





Poste, Hörsing und andern, die für den Eintritt in die Reichsregierung wirken; gefolgt sich auch Otto Braun, der preussische Ministerpräsident, zu, der in einem Artikel noch einmal die Gründe zusammenfaßt, die — auch nach untrer Ansicht — für die Bildung der großen Koalition sprechen. Aber die Entscheidung fällt ja nicht in Preisbildungsfragen, sondern in der Beratung der Reichstagsfraktion und den Verhandlungen, die noch einmal mit Zentrum, Demokraten und dann der Deutschen Volkspartei geführt werden müssen.

Vor Zentrum und Demokraten wird der denkbar stärkste Druck auf die Sozialdemokratie ausgeübt. Ansehend besteht auch der Wille, rasch eine Entscheidung herbeizuführen, was sich aus folgender amtlicher Mitteilung ergibt:

Der Reichspräsident empfing am Montag nachmittag die Abgeordneten Lehrenbach und Koch zu einer gemeinsamen Besprechung. Dabei legte der Reichspräsident dar, daß er trotz gewisser Bedenken seine Entscheidung über die Vertrauensfrage einer bestimmten Persönlichkeit mit der Regierungsbildung ausgeübt habe, um die beiden Parteien, die auch nach dem Scheitern des Versuchs des Abgeordneten Koch noch nicht alle Möglichkeiten für die Schaffung der großen Koalition erschöpft hätten und erneute Verhandlungen begonnen hätten, in ihren Absichten nicht zu ändern und zunächst ihre Beschlüsse abzuwarten. Er müsse aber nunmehr dringend bitten, mit aller Beschleunigung eine endgültige Klärung darüber herbeizuführen, ob eine konkrete Möglichkeit zur Schaffung der großen Koalition vorliegt. Eine weitere Verzögerung durch die Wiederholung von programmatischen Erörterungen der Parteien erschiene ihm nicht vertretbar. Deshalb bitte er, bis spätestens Donnerstag vormittag ihm das Ergebnis der zwischenparteilichen Verhandlungen mitzuteilen.

Was werden sein, wenn die große Koalition doch nicht zustande kommt, steht im Ungewissen. —

### Notstandsdebatte im Reichstagsauschuss

Der Soziale Ausschuss des Reichstags befaßte sich am Montag mit der Erwerbslosenfürsorge. Ministerialrat Weigert vom Reichsarbeitsministerium berichtete zunächst über den Stand der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Hauptunterstützten dürfte jetzt etwa 1 1/2 Millionen betragen. Auf Grund der letzten Reichstagsbeschlüsse sind vom Reichsarbeitsministerium inzwischen folgende Maßnahmen erfolgt:

Anordnung über die neuen Höchstätze der Unterstützung. Erlass über die Ausschüttung von 5 Millionen Reichsmark, die über die Fürsorgeämter an Ausgesteuerte und nicht unterstützte Arbeitslose verteilt werden sollen. Vorberatung einer Änderung zur 5. Ausführungsverordnung betr. Einschränkung der Beitragsbefreiung in der Landwirtschaft. Entwurf für einen Reichsausgleich. Gejenseitig über die Einbeziehung der höhern Angehörigen in die Erwerbslosenfürsorge.

Auf Antrag des Reichstagsabgeordneten Aufhäuser (Soz.) wird beschlossen, zunächst über die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zu debattieren, in der folgenden Sitzung den Entwurf zur Einbeziehung der Angehörigen zu beraten und anschließend die noch unerledigten Anträge materieller Art, wie Kurzarbeiterunterstützung, einmalige Beihilfe usw. zu erledigen.

In der Aussprache wurde von allen Rednern betont, daß die an sich geringe Summe von 5 Millionen Reichsmark überhaupt noch nicht zur Verteilung gekommen ist. Ein Antrag Koch (Soz.) und Genossen, worin die Regierung aufgefordert wird, über die Ausschüttung der 5 Millionen, die Verteilung an die Länder und die Auszahlungen an die einzelnen Arbeitslosen zu berichten, wurde angenommen. Die Ländervertreter sollen in der nächsten Sitzung über die Ausführungsbestimmungen berichten.

Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Vorbereitungen zur Erledigung der Kurzarbeiterunterstützung und der sonst noch ausstehenden Anträge materieller Art beschleunigt zu treffen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten zurückgewiesen.

Zu dem Gejenseitig über die Einbeziehung der höhern Angehörigen in die Erwerbslosenfürsorge hatten die Angehörigenvertreter im Ausschuss Schneider, Aufhäuser und Thiel, gemeinsam beantragt, daß auch die Stellenlosen, die bereits 1923 und 1924 ohne Beschäftigung waren, bei der künftigen Unterstützung miteinbezogen werden sollen. Die Regierung befaßt sich ihre Stellungnahme vor, während der Aussprache den Antrag annahm.

### Auf wieder eine Satz.

Am 21. Januar wird vor dem großen Schöffengericht in Chemnitz ein neuer politischer Prozeß im Stile des Loeb-Suppe- und Borch-Prozesses stattfinden. Es handelt sich um den an der Freiburger Strafkammer seit etwa einem Jahre vom Dienst entbundenen Oberstaatsanwalt Dr. Assmus, der Sozialdemokrat ist, wegen Vergehens gegen § 346 des Strafgesetzbuchs (Begünstigung).

Diese „Begünstigung“ ist von der Strafkammer mit ähnlichen Mitteln konstruiert worden, wie der Mißbrauch der Amtsgewalt des einstigen Leiters der thüringischen politischen Polizei Borch. Im Jahre 1923 hatte Oberstaatsanwalt Assmus in sechs oder sieben Fällen die Einstellung von Strafverfahren gegen Arbeiter oder Parteifunktionäre ordnungsgemäß verfügt. Diese Verfahren sind nicht etwa durch ungeschickte Aktenbehandlung verhindert, sondern ordnungsgemäß mit durchschlagender Begründung abgeschlossen worden. Sie behandelten politische Verbrechen und menschenwürdige Zehnjahre auf Grund der Inflationszeit bzw. des Belagerungsstandes.

Die Generalstaatsanwaltschaft in Dresden hat es in der Mehrzahl aller Fälle durch offiziellen Beschluß bei der Einstellung des Verfahrens belassen und das Strafverfahren gegen Assmus eingestellt. Assmus hat, wie Loeb, dann selbst infolge einer reaktionären Heße auf die Durchführung des Verfahrens bestanden, das von der Strafkammer Freiberg später auch eröffnet wurde. Die Voruntersuchung wurde aber in einer Form durchgeführt, daß sich sämtliche Freiburger Ankläger weigerten, richterliche Funktionen zu übernehmen.

Die dem Soz. Presseblatt mitgeteilt wird, dürfte der Prozeß Assmus den größten politischen Skandal aufdecken, der jemals durch eine Richterbeamtenteile offenwändig geworden ist. Da infolge der Regierung der Freiburger Ankläger ein ordnungsmäßiges Gericht überhaupt nicht zu organisieren werden konnte, verlor die Generalstaatsanwaltschaft den Prozeß an das Schöffengericht in Chemnitz. —

### Luthers Preisabfuhr-Versuche

Die Reichsregierung hat dem Reichsrat am Sonnabend den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaus zugeworfen. Dieses Gesetz geht auf das Preisabbauprogramm des Reichstagsabgeordneten vom 8. August 1923 zurück. Es verfolgt den Zweck, durch Senkung der Lebenshaltungskosten und der Warenpreise die deutsche Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Der erste Teil des Entwurfs (Artikel 1, Vergleich zur Abwendung des Konkurses) ist durch die Regierung bereits im Dezember 1923 veröffentlicht worden. Ueber den übrigen Inhalt des Gesetzes erfährt der „Sozialdemokratische Pressedienst“:

Der Artikel 1 wird durch drei weitere Artikel ergänzt. Davon sehen Artikel 2 Maßnahmen gegen die Ringbildung, Artikel 3 eine Abänderung der Kartellverordnung vom 2. November 1923 und Artikel 4 eine Abänderung der Gewerbeordnung vor.

Die Maßnahmen gegen die Ringbildung sind durch äußerst bedenkliche Zustände auf dem Gebiet des Submissionswesens notwendig geworden. Die Preisverabredungen haben ein derartiges Ausmaß angenommen, daß man von freiem Markt und freier Konkurrenz nicht mehr sprechen kann. Deshalb sieht der Entwurf vor, daß jeder, der sich an einer Ausschreibung beteiligt, in seinem Angebot anzugeben hat, welche Verabredung er mit andern Personen über die von ihm abgegebenen Preise und Bedingungen für dieses bestimmte Angebot getroffen hat. Weiter ist anzugeben, ob der Lieferant ujm. Mitglied eines Kartells ist, das für alle etwa in Betracht kommenden Verabredungen und Angebote den Wettbewerb unter seinen Mitgliedern grundsätzlich geregelt hat. Stellt sich heraus, daß diese Angaben verschwiegen oder nur unvollständig gemacht worden sind, so kann der Ausschreibende vom Vertrag zurücktreten oder die Verabredung des vereinbarten Preises (allgemein um 15 Prozent) verlangen.

Wer im Falle einer Auftragserteilung eine Erklärung hinsichtlich unrichtig angibt, soll mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Weiter ist für denjenigen, der es unternimmt, jemand von der Ausschreibung abzuhalten oder ihn veranlaßt, ein sogenanntes Schutzangebot, d. h. ein für den Ausschreibenden ungünstigeres Angebot abzugeben, ebenfalls eine Geldstrafe oder eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre vorgesehen.

Artikel 3 bestimmt, daß die Kartellverordnung auch Anwendung auf Zwangs syndikate und die Zwangsinnungen findet. Nach § 19 der Kartellverordnung vom 2. November 1923 waren diese der Kartellverordnung nicht unterworfen, um eine Doppelbeurteilung zu vermeiden. Die tatsächliche Entwicklung hat aber erwiesen, daß die Unterstellung der Zwangs syndikate und Zwangsinnungen unter die Kartellverordnung unbedingt notwendig ist. Der neue Gesetzesentwurf will die sichere Rechtsgrundlage für ein Einschreiten gegen Ueberverpannungen schaffen, soweit es sich um die unter andern Wirtschaftsverhältnissen genehmigten Zahlungs- und Lieferungsbedingungen, weiter um die Verschärfung von Sperrn und um ähnliche Maßnahmen handelt.

Von außerordentlicher Wichtigkeit ist Artikel 4 (Abänderung der Gewerbeordnung). Vor allen Dingen wird die Erweiterung des § 78 der Gewerbeordnung begrüßt werden, worin der Verkehr mit Brot in einer Weise geregelt wird, die die Kontrolle der Polizei und des Käufers wesentlich erleichtert. Der Entwurf geht hier zu weit, vorzuschlagen, daß die Mädel Brot, dessen Gewicht vorgeschrieben ist, nur feilhalten dürfen, wenn das Gewicht auf dem Brot durch eingedrückten Stempel bezeichnet ist.

Im übrigen sieht Artikel 4 vor, daß dem § 96 der Gewerbeordnung ein § 96a hinzugefügt wird. Nach diesem Paragraphen kann die oberste Landesbehörde einer Innung unterjagen, Preise (besonders Mindestpreise oder Höchstpreise), Arten der Preisfestsetzung oder der Preisermittlung und Geschäftsbedingungen festzusetzen, zu empfehlen oder bekanntzugeben. Die Landesbehörde ist ferner nach dem § 96a berechtigt, Beschlüsse der Innungen außer Kraft zu setzen, welche die Bekanntgabe oder Nichtbekanntgabe von Preisen oder Geschäftsbedingungen durch die Innungsmitglieder betreffen.

### Nun bitte, scharf zusaffen!

Vor dem Kartellgericht wird demnächst ein sehr interessanter Prozeß ausgetragen werden. Der Verband der deutschen Schreibmaschinenfabriken hat in Leipzig ein Kartell geschlossen, das sich den Reichsadressen erlaubt, seine Preise ab 1. Januar bzw. 1. Februar 1926 ganz erheblich heraufzusetzen. In einzelnen Fällen liegt eine Steigerung von 20 Prozent vor.

Eine Verurteilung für diese Preissteigerung fehlt völlig. Vor allem wird die Preissteigerung den Kartellmitgliedern zugerechnet. Da dieser bei seinen Vorverkäufen die Erhöhung nicht mehr einfaktulieren kann, beabsichtigt der zuständige Großhändlerverband das Kartellgericht anzurufen. Ein Mißbrauch der wirtschaftlichen Nachstellung im Sinne der Kartellverordnung wird ferner in der überaus rigorosen Kondition des Verbandsverbandes erblickt, nach der jede Verbandsmitglied zur Bedingung ihrer Fortsetzung auch Waren eines Auftraggebers, die sich bei andern Verbandsfirmen in der Ausführung befinden, zurückhalten kann.

Der Verbandsverband ist ja seit Jahren seiner Kondition wegen sehr berüchtigt. Hoffentlich findet sich eine Justiz, die das Gebot einmal auftritt. —

### Everlings halber Verzicht.

Der demissionäre Reichstagsabgeordnete Friedrich Everling verleiht eine Erklärung, nach der er „um jeden Schein eines Anlasses zu nehmen, die Vertretung der Partei des Herzogs von Altenburg niedergelegt hat“. Die Wogstellung des Everlingschen Doppelmandats als „Synodus“ eines deutschen Fürsten und als Angehöriger des Reichstags durch die Linkspresse hat offensichtlich nun doch einen Gewissenskonflikt in den Reihen der demissionären Reichstagsabgeordneten hervorgerufen.

Damit ist der Fall Everling selbstverständlich nicht erledigt. Dieser „Benjamin“ der demissionären Reichstagsabgeordneten hält es offenbar noch wie vor für richtig, trotz seiner Eigenschaft als mehrjähriger Anwalt und Justizreferent eines deutschen Fürstentums im Reichsausgleich des Reichstags sein Votum über die von ihm privatrechtlich angelegene Materie abzugeben.

So sind die Mitglieder der „nationalen“ Genossenschaft: Unter den Juristen der öffentlichen Meinung trennen sie sich schonend von ihren Mandanten. Aber die Hand am Geldbeutel des Landes und an der Gesetzgebungsmacht der Republik lassen sie in letztem Falle los. Sie verteidigen die Interessen ihrer Klasse bis zum Tode. —

### Hitler und sein Eid.

Die niederträchtige Heße des weltlichen Papas des Reiches, die den Zweck verfolgte, den als anständigen Demokraten von den Reichsrechtlern aller Schattierungen mit gutem Glauben verfolgten Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe zur Strafe zu bringen, ist nun den „Rechtlichen“ selbst überlassen. Während noch vor wenigen Tagen die Rechtspresse ein weiches Urteilsurteil anstimmte, daß es zu einem Meinheitsverfahren gegen Luppe komme, ist jetzt die Sache peinlichst dazu, daß auch gegen Adolf Hitler und neuerdings auch gegen Hermann Gieser ein Verfahren wegen Meineseid eingeleitet worden ist.

Dieser Einleitung des Verfahrens liegt folgender Tatbestand zugrunde: Im Prozeß Luppe-Ereiter, in welchem Gieser als Zeuge vernommen wurde, hat er unter Eid ausgesagt, daß der am 1. Mai 1923 erfolgte Aufmarsch seiner Sturm-

armee nicht gegen die Regierung, sondern lediglich gegen die „Roten“ gerichtet gewesen sei. Dieser Aussage Hitlers stehen aber Tatsachen gegenüber, die das gerade Gegenteil besagen. Schon am 20. April 1923 fand in München eine Sitzung statt, an der außer Hitler auch der fastam bekannte völkische Führer Alfred Zeller, der Leiter des Bayerischen Bezirksvereins „E. W.“ teilnahm, und welcher Klipp und Klar beschlossen wurde, am 1. Mai 1923 nicht nur den Innenminister Schweyer, sondern auch den Landwirtschaftsminister Wulhofer zu stürzen, da die beiden (nach Hitlers Ausführungen!) „eine Gefahr für Bayern bilden“. Sogar mit General von Lossow fanden dieserhalb Besprechungen statt, der anfänglich seine Hilfe zusagte, aber in der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai sein Versprechen zurückzog, wodurch der schön aufgebaute Plan ins Wasser fiel. Polizeipräsident Kork, der auf Zureden Zellers — gegen den ausdrücklichen Befehl Schweyers — die „Mopolizei“ mobilisierte (sie war fast völlig in Händen Zellers), mußte seinen Dienst quittieren. Dieobrich Eckhardt nannte Lossow einen „Meinheitsbauern“, und Lossow meinte, „er habe unter dem Druck gewisser Meinungen nicht anders handeln können“. Zeller, der auch später noch bis zum Hitler-Rückzug führend in der „völkischen Bewegung“ tätig war, verlor nach dem 1. Mai jeden Einfluß in der „E. W.“.

Jedenfalls steht es einwandfrei fest, daß der Aufmarsch der „Hitler-Armee“ sich gegen die Regierung Schweyer gerichtet hat und daß Hitlers Drohung an die „Roten“ nur die Kulisse darstellte, hinter der der Kampf gegen Schweyer vorbereitet wurde. Man darf gespannt sein, wie sich die Staatsanwaltschaft zu diesen Tatsachen, die ihr doch nicht unbekannt sein dürften, stellen wird. —

### Der Fall Bewersdorff.

Der Herr Präsident des Landgerichts Magdeburg erinnert durch folgende Zuschrift unsere Leser an den Fall Bewersdorff:

Unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender Berichtigung in der nächsten Nummer der „Volkstimme“.

Die Nummer 7 der „Volkstimme“ vom 9. Januar 1926 hat aus dem Vorwärts folgende Nachricht übernommen:

Dem aus dem Magdeburger Landesvertragsprozeß bekannten Landgerichtsdirektor Bewersdorff ist mit dem 1. Januar der Vorsitz einer Zivilkammer in Magdeburg übertragen worden. Bewersdorff war bisher Vorsitzender einer Strafkammer! Auch bei seiner vorgelegten Behörde scheint er, wenn auch reichlich spät, den Eindruck hervorgerufen zu haben, daß er sich für alles andre, nur nicht für das Amt des Vorsitzenden einer Strafkammer eignet und deshalb seine Veretzung notwendig wurde. Die Akten über den „Fall Bewersdorff“ werden mit dieser indirekten Rüge der vorgelegten Instanz noch nicht geschlossen.

Dieser Artikel enthält unrichtige Angaben. Es hat keine Veretzung des Landgerichtsdirektors Bewersdorff stattgefunden. Die vorgelegten Instanzen waren mit der Veretzung seines Geschäftskreises nicht befaßt, haben mithin keine „indirekte Rüge“ ausgesprochen. Der Uebertritt von der strafrechtlichen in die zivilrechtliche Beschäftigung ist auch nicht „notwendig“ geworden.

Vielmehr ist, wie alljährlich, durch den Präsidenten und die Direktoren nach der Bestimmung des Gerichtsverfassungsgesetzes § 62 über die Verteilung des Vorsitzes in den einzelnen Kammern Beschluß gefaßt worden. Dabei ist außer zahlreichen sonstigen Veränderungen auch dem Direktor Bewersdorff — seinem Wunsch entsprechend — für das Geschäftsjahr 1926 der Vorsitz in einer Zivilkammer übertragen worden, auf den er Anspruch hatte, weil er als Landgerichtsdirektor bisher nicht in Zivilsachen, sondern nur in Strafsachen beschäftigt gewesen ist. Bei der Geschäftsbereitstellung wird darauf Bedacht genommen, daß die Tätigkeit der Richter in Zivil- und Strafsachen von Zeit zu Zeit wechselt.

Magdeburg, den 9. Januar 1926.

Der Landgerichtspräsident. M u g e l.

Es ist sicherlich sehr interessant, zu erfahren, daß Bewersdorff den Wunsch empfand, sich auf den Vorbeeren, die er als Vorsitzender einer Strafkammer erworben hat, auszurufen und daß der Herr Landgerichtspräsident und das Kollegium der Direktoren diesem Bewersdorffschen Wunsch entsprochen haben. Aber viel interessanter wäre es, zu erfahren, wie der Herr Landgerichtspräsident und seine Direktoren über die nicht ganz alltäglichen Vorwürfe denken, die ein Jurist vom Range Otto Landberg gegen Bewersdorff und Schulze erhoben hat. —

### Der Bischof und die Fälscher.

Die ungarische Regierung stellt die Untersuchungen in der Frankenfälschungssache ein. Der aufgedeckte Skandal bricht ihr das Herz, sie kann den Anblick so vieler Verbrechen einfach nicht mehr ertragen und deshalb schließt sie die Untersuchung.

Dieses Resultat — daß nämlich gerade so viel aufgedeckt werden sollte, als der Anstand und Frankreichs Drohung erforderte, aber auch nicht ein Jota mehr — stand in dem Augenblick fest, als die Formel zur Entschuldigung der Verbrecher gefunden war: sie hätten nur aus reinem Patriotismus gefehlt. Freilich war der reine Patriotismus durch Spielschulden stark gemildert. Staunen wir darüber? Auch bei uns hat die Rechtspresse stets die Verbrechen der Reaktion in dieses Mäntelchen gehüllt. Das Berliner Polizeipräsidium erläßt Steckbriefe hinter ein Duzend Fremden. Eine Anzahl sitzt bereits — alles natürlich reine Patrioten. Was darf ein Patriot überhaupt nicht aus Patriotismus tun? Er darf morden, plündern, Banknoten fälschen, Mein-eide leisten.

In einem Punkte nur haben uns die Ungarn übertroffen. Sie haben einen Feldbischof, der den Fälschern den Eid der Verschwiegenheit abgenommen hat. Das ist der Gipfel des Skandals. Es handelt sich um den Feldbischof Stephan Badrawecz, dessen Vernehmung in der Fälschungssache bereits erfolgt ist und großes Aufsehen erregt hat. Er hat stets gute Beziehungen zum Reichsverweser Gorthy unterhalten und gehörte zu dessen allerengsten Kreisen. Da ist es kein Wunder, daß die Gorthy-Regierung durch Einstellung der Untersuchungen weitere sensationelle Enthüllungen verhindern will.

Die Sozialdemokraten und die liberale Opposition sind aber mit solcher Vertuschung nicht einverstanden



und verlangen vor allen Dingen eine reifliche Klärung der Rolle, die der Feldbischof Zadrawecz in dieser Affäre gespielt hat. Auch der Sekretär des Bischofs, der Vater Bonis, wurde von der Polizei verhaftet, wobei festgestellt wurde, daß auch dieser von den Fälschungen gewußt hat.

Der Landesauschuß der Sozialdemokratischen Partei, der am Sonntag eine Sitzung abhielt, fordert, es möge festgestellt werden, ob der Bischof tatsächlich alle Fälschermittel auf ihre Verschwiegenheit in Eid genommen hat. Die auf den Bischof bezüglichen Akten befinden sich beim Oberkommando, das bis zur Stunde noch keinerlei Verfügung getroffen hat. Die Opposition fordert, daß das Verfahren gegen den Bischof und dessen Sekretär von den Zivilbehörden durchgeführt werde.

Die Regierung, die zu diesen Forderungen Stellung nehmen muß, bemüht sich vorderhand krampfhaft, die Bedeutung der Fälschung abzuschwächen, indem sie bei einem Teile der Kompromittierten ihre wirkliche Rangstellung verschweigt. So macht sie aus dem Major des Generalstabes Gerö, der die Fälschungen im Kartographischen Institut leitete, einen bescheidenen Betriebsleiter Gerö, aus dem General Gattich einen unauffälligen Oberregierungsrat. Der christliche Kurs hat, wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ sich ausdrückt, die überführten Militärs kurzerhand in den Zivilstand versetzt, damit die Außenwelt nicht erfahre, daß Leiter der Fälschung kein Geringerer war als — der ungarische Generalstab. Vielleicht wird der Feldbischof Zadrawecz noch mit der Zeit in einen simplen Feldbäder verwandelt werden.

Man braucht sich nicht zu wundern, wenn Gorthy und sein Stab eines schönen Tages den Spieß umdrehen und alle hinter Schloß und Riegel setzen, die die Aufklärung des Fälscherbandes verlangen. In einem monarchistischen Saufall ist alles möglich. Aber unmöglich ist es, den Gestank zu unterdrücken, der aus der Budapestener Eiterbeule aufsteigt und selbst Monarchisten unangenehm in die Nase steigt.

## Die ungarische Freundschaft.

Von einem Manne, der aus eigenem Wissen die Dinge kennt, wird uns geschrieben:

Daß zwischen den ungarischen Banknotenfälschern und den rechtsradikalen Elementen in Deutschland Beziehungen bestanden haben, ist seit langem kein Geheimnis mehr. Abgeordneter Ullain, der Führer der ungarischen Patentkreuzler, hat in engerster Beziehung zu Hitler gestanden und es ist noch in Erinnerung, welche Verhandlungen zwischen den ungarischen und deutschen Patentkreuzlern vornehmlich im Jahre 1923 geführt worden sind. Damals, vor dem Novemberputsch, ist es zu einem Vertrag zwischen den extremen Nationalisten in Deutschland und in Ungarn gekommen, in dem sich beide Parteien die gegenseitige Unterstützung bei Ausführung der vorbereiteten Putsch zusagten. Diese Unterstützung sollte nicht nur politischer, sondern auch militärischer Art sein: Die Deutschösterreichischen wollten ihre „Truppen“ (Kampfbereitschaften), wie es in dem Vertrag wörtlich heißt, den ungarischen Patentkreuzlern zur Verfügung stellen, umgekehrt Ullain und Gömbös (bei dem die Erzbergermörder Schulz und Tillesen monatlang wohnten!) ihre Verbände den Deutschösterreichischen.

Nach diesem Zusammenbruch des Hitlerputsches im November 1923 hat man diesem Zusammenspiel deutscher und ungarischer Nationalisten nicht mehr die nötige Beachtung geschenkt. Daß es fortbauerte, ist aber Tatsache. Die Ullain, Gömbös, Radojich haben es verstanden, ihren Vertrauensmann für Deutschland in einer offiziellen Mission nach Berlin zu bringen. Es ist dies der ungarische Gesandte in Berlin, S. P. Kanya, einer der rechtsradikalen Männer Ungarns und Vertrauensmann des allmächtig gewordenen Polizeichefs Radojich. Wenn auch Kanya nach außen wenig in die Erscheinung trat, so befolgte seine Vernehmung doch hauptsächlich den Zweck, die deutschen Rechtsradikalen für die Pläne der ungarischen Patentkreuzler zu gewinnen und in Berlin die Fäden zu befestigen, die nach Bayern in die Kreise des Erzkonprinzen Rupprecht bereits gesponnen waren. Daß Kanya, der nur im Nebenamt ungarischer Gesandter in Berlin, im Hauptamt aber der Förderer der Ullain, Gömbös Pläne der Radojich in Berlin und der Verbindungsmanne der ungarischen Patentkreuzler in Deutschland ist, auf dem Berliner Posten fernhin unmöglich ist, ist eine Selbstverständlichkeit, an der auch alle Dementis des „aperts Information“ nach Budapest gezeigten Herrn Kanya nichts zu ändern vermögen.

Wr.

## Aussichtsloser Einigungsvorschlag.

Die englische Unabhängige Arbeiterpartei (I.L.P.) dürfte, wie „Daily Herald“ meldet, auf Grund eines Parteivorstandsbeschlusses bei nächster Gelegenheit der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Vorschläge für eine Einigungsaktion mit der kommunistischen Internationale machen.

Der Generalsekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei, Fenner Brockway, vertritt in Zukunft an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Parteivorsitzenden Clifford Allen die Partei in der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und dürfte in der nächsten Sitzung dieser Parteibeschlüsse vor dem Exekutivkomitee begründen.

Der Erfolg bzw. Mißerfolg eines solchen Vorstoßes dürfte nach den jüngsten Entscheidungen der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale nicht zweifelhaft sein.

Die Unabhängige Arbeiterpartei dürfte für ihren Versuch nicht nur von keiner der Parteien der Sozialistischen Internationale, sondern auch nicht von den Vertretern der Labour Party in der Internationale unterstützt werden, denn die Antragssteller übersehen, daß Moskau diese Einigung gar nicht will, sondern nur als Agitationsparole benutzt, was auch schon sehr häufig mit befruchtender Offenheit zugegeben worden ist. Leider!

## Domers Vorlage.

Die Finanzkommission der französischen Kammer ist am Montag nachmittag zusammengetreten, um die Diskussion der Doumerschen Finanzvorlage zu beginnen. Sie nahm zunächst eine längere Aufstellung über das Sanierungsprogramm von Doumer entgegen. Da die Kartellparteien in der Kommission mit 22 Stimmen über die absolute Mehr-

heit verfügen, gilt es schon heute als sicher, daß die Regierungsvorlage von der Kommission abgelehnt werden wird.

Die Frage ist im Augenblick lediglich die, ob die Kommission ähnlich wie sie es Doumer gegenüber getan hat, es gar nicht erst zu einer Diskussion des Gesetzentwurfs kommen lassen, sondern diesen direkt an die Regierung zurückverweisen wird. Das Wahrscheinlichere ist, daß sie die definitive Entscheidung der Kammer überläßt und dieser in ihrem Bericht die Ablehnung der Vorlage empfiehlt.

Eine dritte Möglichkeit liegt darin, daß die Kommission die von dem Finanzminister beantragte Priorität zugunsten der Regierungsvorlage ablehnt und zuerst den Gesetzentwurf der Kartellparteien beraten wird.

## Ludwig Windtcharak.



Prinz Ludwig Windtcharak, das Haupt der Gorthy'schen Frankfälscherbande, blickt auf eine bewegte Vergangenheit zurück. Er zog vor mehr als zwei Jahrzehnten nach abenteuernd durch die Welt, war während des russisch-japanischen Krieges in Port Arthur, hielt sich dann lange Zeit in wenig „standesgemäßer“ Gesellschaft in den Vereinigten Staaten auf. Nach Ungarn zurückgekehrt, lebte er, als echter Magnat, meist in Spielclubs und Freudenhäusern. Seine hierbei gewonnenen Kenntnisse waren es vermutlich, die ihn befähigten, 1918 Erziehungsminister Ungarns zu werden. Die von ihm in den letzten Jahren ausgeübte Tätigkeit, auf seinem Schloß schänden Mammon listweise herzustellen, und Europa damit zu überflutem, hat nun allerdings eine unangenehme Unterbrechung erfahren, doch wird in Gorthy-Ungarn seine Tätigkeit kaum als ehrenrührig betrachtet werden.

## Französischer Parteitag.

Die Auseinandersetzung auf dem außerordentlichen Parteitag der französischen Sozialisten hat am Montag morgen mit einer scharfen Kontroverse zwischen Leon Blum und Renaudel ihren Höhepunkt gefunden. Die Sitzung, die am Montag unter dem Vorsitz von Compeere-Morel stattfand, wurde eingeleitet durch Braude, der in heftigster Weise nicht nur gegen jede Beteiligung an einem bürgerlichen Ministerium, sondern auch gegen die bisherige Politik der Fraktion, die sich wiederholt über die Beschlüsse der Parteitage hinweggesetzt habe, polemisierte.

Leon Blum,

der von starkem Beifall begrüßt die Tribüne bestieg, führte einleitend aus, man müsse unterscheiden zwischen der Eroberung der Macht, die das Vorzeichen einer revolutionären Aktion sei, und der Ausübung der Regierung, die lediglich eine Konsequenz der parlamentarischen Aktion sei. In den letzteren beiden Fällen sei es für die Sozialisten unmöglich, ihre politische Meinung mit Gewalt durchzusetzen, wie das Compeere-Morel erklärt habe. Gerade deshalb aber sei die Ausübung der Regierung im Rahmen der gegenwärtigen verfassungsrechtlichen Zustände für den Sozialismus ein sehr gefährliches Experiment. Die Gefahr werde noch größer, wenn es sich nicht um die Hebernahme der Regierung durch die Sozialisten allein, sondern um die Beteiligung an einem bürgerlichen Ministerium handle. Was den Abschluß eines „Chefontafts“ zwischen Renaudel und Gerriot besonders schwierig mache, sei der Umstand, daß es sich nicht nur darum handle, sich über ein gemeinsames Finanzprogramm zu einigen, sondern daß daneben auch das marokkanische und das jhrische Problem, die Frage der Wahlreform, der Reduktion der militärischen Dienstzeit, der Einheitschule usw. zu lösen seien, in denen die Auffassungen der Sozialisten und der demokratischen Parteien sehr beträchtlich auseinandergingen. Der von den Anhängern der Regierungsbeteiligung aufgestellten These, daß ein negatives Votum der sozialistischen Partei den Übergang der Regierung an ein reaktionäres Ministerium zur Folge habe, bestreitet Leon Blum die Richtigkeit. Als dritte Möglichkeit gebe es die Wiederaufnahme der Politik der parlamentarischen Unterstützung, die eine ganze Reihe positiver Resultate gebracht habe. Die Aufgabe des französischen Sozialismus sei außerordentlich schwierig. Deshalb rate er der Partei, geradeaus zu marschieren, ohne sich von rechts oder links von ihrem Ziele ablenken zu lassen.

Leon Blum, dem die Mehrheit eine minutenlange Ovation bereitetete, wurde auf der Rednertribüne von Renaudel

abgelöst. Er erklärte, daß er und seine Freunde, d. h. die Anhänger der Beteiligung, für den Fall, daß eine Resolution eingebracht werden sollte, die eine Spaltung zwischen den divergierenden Auffassungen und damit ein einstufiges Votum ermöglichen, bereit seien, sich eine derartige Resolution zuweigen zu machen. Nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit verlorere in Wirklichkeit den Geist des Klassenkampfes, denn sie sei es, die die Aktion wünsche und vorbereite. Renaudel gibt dann ein kurzes Exposé der augenblicklichen Situation. Das Ministerium müsse trotz Bocaro wegen seiner Finanzpolitik von den Sozialisten aufs schärfste bekämpft werden. Dieser Kampf werde bereits am Montag nachmittag in der Finanzkommission beginnen. Aber die sozialistische Partei würde leeres Stroh dreschen wenn sie sich lediglich auf die Ausarbeitung von Programmen beschränken wolle, die in kurzem von dem Staube der Archive begraben würden. Ihre Pflicht sei es, alles zu tun, um diese Programme auf dem Wege der Aktion zur Annahme und zur Anwendung zu bringen. Die Politik der Unterstützung genüge nicht mehr für eine Aktion dieser Art, denn nur die Beteiligung gestatte die Bildung einer neuen Keinen aber sichern Mehrheit. Deshalb könne es sich nicht darum handeln, die Beteiligung an einem nicht rein sozialistischen Ministerium anzunehmen, sondern die Partei müsse sie im Gegenteil verlangen. Renaudel erinnerte daran, daß im Juli eine Mehrheit bestehend aus 248 Sozialisten, Radikalsocialen und republikanischen Sozialisten für die Kapitalabgabe gestimmt habe. Das und die neuerdings erfolgte Einigung auf ein gemeinsames Programm gebe wirklich keine Berechtigung, an der innern Festigkeit der bürgerlichen Kartellparteien zu zweifeln. Die Gefahren für den

Sozialismus seien im Falle der gemeinsamen Hebernahme der Regierung weit geringer als bei Wiederaufnahme der Unterstützungspolitik.

Die Nachmittagsitzung ließ mit Grumbach und Maurange die letzten Anhänger der Beteiligung und mit Paul Braude deren Gegner zu Worte kommen. Nachdem die Abg. Grumbach, Mauranges und Faure gesprochen hatten, wurden die Verhandlungen abgebrochen und eine Kommission zur Ausarbeitung einer Resolution eingesetzt.

Die Unterbrechung erwieß sich auch deshalb als notwendig, weil verschiedene Abgeordnete in die Deputiertenkammer fahren mußten, wo eine wichtige Sitzung des Finanzausschusses stattfand. Die Beratungen der Resolutionskommission dauerte bis nach Mitternacht. In den Wandelgängen der Kammer betrachtete man die Möglichkeiten einer Einigung über eine Kompromißformel als gering und man rechnet mit der Annahme der Resolution Faure mit 300 bis 400 Stimmen Vorsprung.

## Notizen.

Suppe wurde vorgeladen. Dem Münberger Oberbürgermeister Suppe ist am Sonnabend vormittag der richterliche Bescheid übermittle worden, daß gegen ihn die Voruntersuchung wegen eines Verbrechens des Meineides eingeleitet worden ist. Die erste Vorladung erfolgte auf Sonnabend den 16. Januar.

Wandt bleibt im Zuchthaus. Nachdem das Wiederaufnahmegesuch für den wegen Landesverrat zu Zuchthaus verurteilten Schriftsteller Wandt vom Reichsgericht abgelehnt worden ist, hatten Wandts Anwälte nach einer Besprechung mit Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer einen Antrag auf vorläufige Strafunterbrechung mit Rücksicht auf ein zweites Wiederaufnahmegesuch gestellt, das sich auf weiteres neues Material stützen sollte. Auch dieser Antrag auf Strafunterbrechung ist jetzt abgelehnt worden.

Die „Brüde“ frei erfunden. Nach einer Meldung der „Polnischen Volkszeitung“ bezeichnet René Schiele die Nachricht des „Echo de Paris“, er werde in Straßburg eine Zeitung „Die Brüde“ herausgeben, als frei erfunden.

Mittritt Mataja. Der am Montag stattgefundenen Ministerrat nahm den bevorstehenden Mittritt des Außenministers Mataja zur Kenntnis. Der Mittritt erfolgt durch die Bankaktien-Affäre, wird aber mit Gesundheitsrücksichten begründet. Die Korruptionsaffäre hat wenigstens den Vorteil, daß der sehr anspruchsvolle österreichische Außenminister verschwindet.

Die bolschewistischen Lokarone. Wie die offiziellen „Polnischen Nachrichten“ aus Warschau melden, hat zwischen Polen und Rußland ein unverbindlicher Meinungsaustrausch über den Abschluß eines Garantievertrags nach dem Muster des russisch-türkischen Traktats stattgefunden. Sowohl die polnische wie auch die russische Regierung haben Erklärungen der grundsätzlichen Bereitwilligkeit zum Abschluß eines solchen Abkommens gegeben. Auf Deutschland wird geschimpft nach allen Regeln der Demagogie, mit Polen macht man daselbe, ohne daß es einem kommunistischen „Gläubigen“ als Widerspruch auffällt.

## Depechen.

Regierungsbeteiligung nur unter Vorbehalt.

Ab. Paris, 12. Januar. Die Resolutionskommission des sozialistischen Parteitag, die 3 Stunden tagte, konnte sich auf einen einheitlichen Text nicht einigen. Mit Stimmenmehrheit (18 Stimmen) wurde die Tagesordnung Paul Saure angenommen. Die Resolution der Minderheit (Renaudel) erzielt 13 Stimmen. Die Resolution, der die Mehrheit zustimmte, jagt u. a. folgendes:

Die sozialistische Partei glaubt bestimmt, daß eine Möglichkeit der finanziellen, steuerlichen und budgetären Sanierung besteht. Sie erklärt sich bereit, aufs neue die Politik der Unterstützung zu zugunsten jeder Regierung der Reformen und des Friedens entschlossen durchzuführen, um den Widerstand der finanziellen Kreise, der Unternehmer und des Senats zu brechen. Wenn sie sich weigert, einige ihrer Vertreter an ein von einer anderen Partei gebildetes Kabinett abzugeben, so will sie jedoch angesichts der gegenwärtigen Ereignisse und unter den gegenwärtigen außerordentlichen Umständen sich der direkten Verantwortung an der Regierung keineswegs entziehen. Sie ist bereit, sie zu übernehmen, sei es mit Unterstützung der links stehenden Gruppen, sei es, daß sie in die Regierung, die sie bildet und in der sie die Autorität der Mehrheit bewahrt, Vertreter anderer Gruppen beruft, und zwar bereit, daß sie immer die Gewißheit hat, daß bei der Regierungsbeteiligung energische und entschlossene Maßnahmen den Vorrang haben, die allein geeignet sind, die Zukunft des Landes sicherzustellen und die bedrohte Demokratie zu retten.

Diese Resolution wurde vom Plenum mit 1766 gegen 1331 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

Ungarn will entschädigen.

Paris, 12. Januar. (Radio.) Der französische Ministerpräsident hat am Montag den ungarischen Gesandten in Paris empfangen, der die Versicherung abgab, daß die ungarische Regierung alles tun werde, um die durch die Frankfälschungen entstandenen Schäden zu ersetzen.

Er kann nicht verteidigen.

Budapest, 12. Januar. (Radio.) Ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse und Zusammenhänge in der ungarischen Notensächterfrage wirft der Schritt des Verteidigers des Sekretärs des Prinzen Windtcharak. Dieser politische rechtstehende Anwalt hat die Verteidigung mit der Begründung niedergelegt, der Sekretär des Prinzen kompromittiert durch seine Aussagen so viele und hervorragende Patrioten, daß er, der Verteidiger, die Verteidigung unvereinbar halte mit seinem majestätischen Empfinden.

Wieder in Haft genommen wurde der Bruder des in Holland verhafteten Obersten Rantowitsch, weil nunmehr feststeht, daß er ein Darlehen von 330 Millionen ungarische Kronen auf einer Bank aufgenommen hat, das er mit 150 gefälschten französischen 1000-Frank-Noten „sicherte“.

Serbien macht mit.

Belgrad, 12. Januar. (Radio.) Die jugoslawische Regierung hat dem Völkerbundsekretariat in Genf mitgeteilt, daß sie die Einladung zu der vorbereitenden Abrüstungskonferenz annimmt.

Vorschläge der Türkei.

London, 12. Januar. (Radio.) In der Antwort, die die türkische Regierung dem Kabinett Baldwin überreichen ließ, stellt die Türkei ihren ausdrücklichen Wunsch fest, den Konflikt wegen Mosul zu entscheiden. Die Entscheidung des Völkerbundes hält sie für unverbindlich. Die Türkei erhält ihren Anspruch auf Mosul aufrecht unter Zugrundelegung der Bestimmungen des Lausanner Friedens. Auch das von England gemachte Friedensangebot einer Anleihe könne nicht einen völligen Verzicht auf das Mosulgebiet zur Folge haben. Die türkische Regierung erklärt sich aber bereit, mit England über die Regelung des Mosulproblems ein vorläufiges Abkommen abzuschließen, das alle fünf Jahre erneuert werden soll, bis die öffentliche Meinung den beiden Ländern eine endgültige Lösung ermöglicht. Schließlich wird in der Antwort die völlige Entmilitarisierung des unkritischen Gebiets von den Truppen beider Staaten verlangt. In den Kreisen der englischen Regierung sieht man in dieser Antwort der Türkei eine Grundlage zu erfolgreichen englisch-türkischen Verhandlungen zur Regelung des Mosulproblems.



Einige Beispiele:

# Konfektion

zu gewaltig herabgesetzten Preisen!

- |  |             |   |             |
|--|-------------|---|-------------|
| 4 Serien Mäntel darunter be-<br>finden sich<br>solche aus prima Mouliné-Flausch, Velour-<br>Mouliné, Tuch, Donegal und Covercot<br>Inventurpreis jetzt 19.75 10.75 12.50 | <b>9.75</b> | 4 Serien Mäntel<br>darunter befinden sich solche aus Flausch-<br>stoffen, Donegal und Mouliné<br>Inventurpreis jetzt 7.95 6.95 5.95 | <b>3.75</b> |
| 3 Serien Röcke aus gestreiften Wollstoffen,<br>Donegal und Cheviot . . . . . 5.50 4.50   | <b>3.50</b> | 3 Serien Hausblusen<br>aus prima baumwollenem Flanell . . . . . 4.95 3.95   | <b>2.95</b> |
| 2 Serien Unterkleider<br>aus Seidentrifot . . . . . jetzt 4.05   | <b>3.95</b> | 3 Serien Unterröcke in Waschstoffen<br>und Halbseide . . . . . jetzt 4.95 3.95  | <b>2.95</b> |

Ein Posten elegante Modellkleider  
aus Wollstoffen, in fabelhaften Qualitäten und Ausführungen  
jetzt 36.50 32.50 29.50 22.50 **19.75**

Ein Posten Waschkleider zum Ausführen . . . . . jetzt 10.50 8.75 **6.90** | Ein Posten Kinderkleider zum Ausführen . . . . . jetzt 4.95 3.95 **2.95**

2 Serien Kostüme in Donegal und Samtgarn-Cheviot . . . . . jetzt 16.95 **12.95**

**Elegante Gesellschaftskleider**  
jetzt weit unter der Hälfte des Preises.

**Kleiderstoffe zu enorm herabgesetzten Preisen!**

- |   |             |   |             |
|---|-------------|---|-------------|
| Hauskleiderstoffe u. Velour<br>in apter schöner Ausmuster. . . . . jetzt 1.25 1.00 75 | <b>60</b>   | Schotten und Streifen für Kleider,<br>Häute und Blusen . . . . . jetzt 4.00 bis 1.75 1.10 | <b>75</b>   |
| Cheviot in reiner Wolle<br>Strapazier-Qualitäten . . . . . jetzt 2.75 2.25 1.75       | <b>1.50</b> | Reinwollene Popeline<br>aparte Farben . . . . . jetzt 3.60 3.00 2.25                      | <b>1.95</b> |
| Flausch und Mouliné<br>180 cm breit . . . . . jetzt 7.50 4.75 4.00                    | <b>2.25</b> | Kostümstoffe 140 cm breit,<br>reine Wolle . . . . . jetzt 3.25                            | <b>2.50</b> |
| Papillon und Zibeline<br>jetzt 7.00 5.75  | <b>2.60</b> | Gabardine 180 cm breit,<br>reine Wolle . . . . . jetzt 7.50 4.50                          | <b>3.25</b> |
| Eolienne<br>Wolle mit Seide . . . . . jetzt 6.50                                      | <b>4.50</b> | Rips 180 cm breit<br>reiner Wolle . . . . . jetzt 7.75                                    | <b>6.50</b> |

**Inventur-  
Ausverkauf**

Unglaublich billig sind  
meine Preise!

**LUBLIN**

**Baukasten Matador**  
wieder eingetroffen!



Siehe 100 bewegliche Maschinen  
und Gegenstände aller Art Damen  
große und kleine Kinder mit

**KORBULY'S BAUKASTEN  
MATADOR**

Ein unwürdiges, lehrreiches Beschäftigungs-  
mittel. Bauelemente sind präzis, nach allen  
Richtungen gelochte hölzerne Klötzchen, Bretchen  
u. Räder, die mit Stäbchen verbunden werden.

Breite: Vollständiger Matador mit vielen Vorlagen  
Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20.  
Kleiner Matadors lassen sich nach In-  
struktion, Gegenstände, z. B. z. B.

Gebaut mit Matador

Zu haben in der  
**Buchhandlung Volksstimme**  
Magdeburg, Große Münzstraße Nr. 3.

**Wir legen Wert darauf**  
Ihnen stets eine frische, saubere  
Ware, die aus besten Rohstoffen mit  
größer Sorgfalt hergestellt ist, zu  
äußersten Preisen zu verkaufen.

**Sie finden bei uns  
reichste Auswahl**  
in Bonbons, Schokoladen, Pralinen,  
Süßwaren, Geschenkartikeln aller Art,  
Keks, Waffeln, Kakao, Tee, Kaffee.

**Naverma-Haus**  
Großhandels-G. m. b. H.

**Breiter Weg 254, zwischen  
Blumenhal- und Molkestraße,  
Otto-v.-Guericke-Strasse 13,  
Eingang Kölner Straße,  
Grosse Münzstrasse 15, Ecke  
Kleine Münzstraße,  
Olvenstedter Strasse 3,  
Hohepfortstrasse 57,  
Halberstädter Strasse 106a,  
Schönebecker Strasse 96,  
Rottersdorfer Strasse 5,  
Alt-Fermersleben 65.**

**Credit-**  
Bewilligung  
Anzahlg. 15%  
Billig. Angebot  
1 schwere, hohe, mod.  
**Bettstelle**  
in eiche od. Nussbaum  
1 Spiralmatratze,  
verjüngt 50 Nt.  
Dress 50 Nt.  
Schranke 60 bis  
135 Nt., Bettstos  
60-90 Nt. Stühle  
28-45 Nt. Stühle  
7-10 Nt. Chatie-  
longues 8-58 Nt.  
Bajstkommoden  
55-104 Nt.  
Erumeaus 60 Nt.  
Pluschsofa 195 bis  
130 Nt. Küchen  
110-300 Nt. usw.  
Ranzstische, eich  
eiche, 25-50 Nt.

Sämtl. Einzelmöbel  
Speise-, Schlafzimm  
**A. Friedländer**  
Alte Ulrichstraße 11.  
Bestand an all. Orten

Burg Burg  
**Bis 16. Januar gebe ich  
auf alle Waren bei  
Barzahlung**

**20  
Prozent Rabatt**

**Carl Schwedhelm**  
Burg, Schartauer Straße 52.

**Wensch, ärgere dich nicht**  
Das Spiel der Spiele  
wieder eingetroffen Preis 1.50 und 1.00 Mark  
Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 3.

**Burg Burg**  
**Niederlage vorgländischer Gardinen**

Ein Posten billige  
**Stores und Kunstler-Gardinen**  
aus allen Abteilungen des Lagers sind  
im Preise ganz besonders herabgesetzt

**M. Hart (Inh.: Moritz Wiener), Egel.**

**Außer Resten**  
werden alle am Lager befindlichen  
**Wollstoffe, Leib- und Bettwäsche**  
Herbsten, Tischdecken  
eine Rücksicht auf Einkaufswert  
jetzt billig verkauft. Jeder Kunde über-  
zeuge sich von unserer neuen Ware

**J. Lösche**  
Strassburger Straße 97.  
Sehr Gelegenheit für Konfirmation und  
Aufbestimmung. Jede Woche zurückgeliefert

Neue  
**Federbetten**  
Bettst. 11.50  
Dressbett 14.50  
Dressbett, ein-  
ger. 25.00  
Eingelassen  
1.00 bis 5.00  
Bettst. Bettst.  
1 30.00 35.00  
20.00 und höher  
fabrikat u. vergütet

**Max Erdstein jr.**  
Königsplatz 5a  
Magenstraße

**Inventur-Ausverkauf**  
bietet Ihnen außergewöhnliche Vorteile

**Damen-, Herren- und Kinder-Garderoben,  
Kleider- u. Blusenstoffen, Semdenflanell-u.  
Wäschetuchen, Leib- u. Bettwäsche, Gardinen**

**Reste** aus allen Abteilungen des Lagers sind  
im Preise ganz besonders herabgesetzt

**M. Hart (Inh.: Moritz Wiener), Egel.**



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. Januar 1926.

Die Erstattungen bei der Lohnsteuer.

In bezug auf die Erstattungen von Lohnsteuer wegen nicht voller Gutbringung des steuerfreien Lohnbetrages bei Verdienstausfall infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit usw., hat das Reichsfinanzministerium in letzter Zeit einige allgemein wichtige Entscheidungen getroffen. Es handelt sich dabei um folgende Punkte:

1. Um zu verhindern, daß Steuerbeträge erstattet werden, die überhaupt nicht gezahlt worden sind, sind die Finanzämter allgemein verpflichtet, Bescheinigungen über die Dauer des Verdienstausfalles zu verlangen. Wenn der Arbeiter eine solche Bescheinigung von seinem Arbeitgeber beibringen kann, wird dies regelmäßig genügen. Wo dies nicht möglich ist, kann er eine solche Bescheinigung oft von seiner Krankenkasse, einem Arbeitsnachweis oder der Stelle erlangen, die ihm Erwerbslosenunterstützung ausbezahlt hat. In einzelnen Fällen wird aber auch dies nicht möglich sein. Das Reichsfinanzministerium hat nunmehr anerkannt, daß in solchen Fällen auch die Gewerkschaften Bescheinigungen über die Dauer des Verdienstausfalles ausstellen können, wenn ihnen an Hand des Mitgliedsbuches usw. eine Kontrolle darüber möglich ist.

2. Es war die Frage aufgetaucht, ob bei den Erstattungen wegen Verdienstausfall immer nur der normale steuerfreie Lohnbetrag zugrunde gelegt werden müsse, wie er im Gesetz angegeben ist, oder ob nicht vielmehr Steuerpflichtige mit einem erhöhten steuerfreien Lohnbetrag verlangen könnten, daß dieser erhöhte Betrag bei der Erstattungsrechnung zugrunde zu legen sei. Der Reichsfinanzminister hat nunmehr entschieden, daß dies grundsätzlich unzulässig ist, vielmehr stets von dem normalen steuerfreien Lohnbetrag auszugehen ist. Er hat jedoch gleichzeitig für die Kriegsbeschädigten eine wichtige Ausnahme zugestanden. Bei Kriegsbeschädigten wird bekanntlich der steuerfreie Lohnbetrag auf Antrag um den Prozentsatz ihrer Erwerbsbeschränkung erhöht. Diese Erhöhung ist durch die besonders hohen Werbungskosten der Kriegsbeschädigten begründet und soll ihnen nebenher einen sozialen Ausgleich bieten. Da beide Umstände auch für die Dauer der Erwerbslosigkeit oder Krankheit Geltung haben, soll bei ihnen auch für die Erstattungen ihr erhöhter Lohnbetrag zugrunde gelegt werden.

3. Schließlich sind Zweifel darüber entstanden, ob die Finanzämter berechtigt sind, bei Erstattungsanträgen, die sich auf ein halbes Jahr beziehen, die Erstattung zu unterlassen, wenn der zu erstattende Betrag 2 Mark nicht übersteigt. Das Gesetz kennt grundsätzlich nur Anträge für ein Vierteljahr oder ein ganzes Jahr und hierbei haben die Erstattungen zu unterbleiben, wenn im ersten Fall nicht mehr als 1 Mark, im zweiten Fall nicht mehr als 2 Mark zu erstatten wären. Das Reichsfinanzministerium hat sich jetzt auf den Standpunkt gestellt, daß Halbjahresanträge als zwei zusammengefaßte Vierteljahrsanträge gelten müssen und daß dementsprechend die Erstattungen zu unterbleiben haben, wenn sie zwei Mark nicht erreichen.

Herrn Mann ins Stammbuch.

Der völkische Stadtverordnete Mann hat in den Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung vom 29. Oktober und 12. November vorigen Jahres in bezug auf die Verträge, welche von der Stadt aus Anlaß der Gründung der Reederei-Mitgliedschaft oom. Julius Krümling abgeschlossen worden sind, den Vorwurf der Korruption erhoben, insbesondere gegen Stadtrat Wittmann. Stadtrat Wittmann hat daraufhin gegen sich selbst die Eröffnung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung beantragt. Oberbürgermeister Weims hat diesen Antrag mit einem entsprechenden Begleitschreiben an den Regierungspräsidenten weitergeleitet. Der Regierungspräsident hat nunmehr unter dem 30. Dezember 1925 eine ablehnende Entscheidung getroffen, welche wir nachstehend im Wortlaut folgen lassen:

Dem Antrage des Stadtrats Wittmann auf Eröffnung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen ihn selbst bin ich nicht in der Lage stattzugeben.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann ein Disziplinarverfahren nur eröffnet werden, wenn gegen einen Beamten ein begründeter Verdacht vorliegt, daß er entweder die Pflichten verletzt habe, die ihm sein Amt auferlegt, oder sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt habe. Aus den Vorgängen, die sich in den Stadtverordneten-Sitzungen vom 29. Oktober und 12. November 1925 abgepielt haben, sowie aus den nachfolgenden Verhandlungen im Rechtsausschuß vom 24. November 1925 ist aber ein Verdachtsgrund in keiner Weise zu entnehmen. Der Stadtverordnete Mann ist für seine Behauptung: „Der Abschluß des Vertrages mit der jüdischen Gesellschaft ist eine Korruption!“ nicht nur jeden Beweis, sondern überhaupt jede Begründung und jede sachliche Erklärung schuldig gelieben. Sein ganzes Verhalten zwingt zu der Annahme, daß seine Behauptung völlig aus der Luft gegriffen ist.

Auch sonst habe ich in den mir vorgetragenen Vorgängen keinerlei Anhalt für eine disziplinar zu ahnende Handlungsweise des Stadtrats Wittmann gefunden. Es fehlt hier nach jeder Anlaß zur Eröffnung eines Disziplinarverfahrens.

Die „männliche“ Haltung des völkischen Mann, der erst in der Stadtverordneten-Versammlung lange Reden hält und unerhörte Anschuldigungen erhebt, dann aber vor dem Rechtsausschuß flucht, wird hier von einer amtlichen Regierungsstelle in bewußtster Form gekennzeichnet. Damit aber auch der Wert von „Stadträtinnen“ gleicher Qualitäten. Herrn Mann und seinem Anhang im Stadtparlament möchte für alle Zeit die Luft vergeblich, auch nur einmal den Mund aufzumachen, zumal ihnen nach dem Ergebnis der letzten Wahl nicht einmal ein halber „Mann“ zur Vertretung zustände. Bei den ganz unmännlichen Eigenschaften des Herrn Mann ist allerdings nicht zu erwarten, daß er diese moralische Züchtigung durch den Regierungspräsidenten auch nur verspürt. Er wird sich weiter als der Retter Magdeburgs aufzuführen und bombastische Reden halten. Öffentlich nimmt man dann auch im Stadtparlament seine Reden so auf, wie er es verdient.

Seefische als Volksnahrungsmittel.

Dem „Jahresbericht über die deutsche Fischerei 1924“, herausgegeben vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, entnehmen wir, daß Deutschland 1913 254 Fischdampfer hatte, während es 1924 400 zählte. Diese 400 Dampfer fingen 1924 in der Nordsee und im Nordmeer 185 Millionen Kilogramm Seefische, wovon nur 128 Millionen Kilogramm in deutschen Häfen angebracht wurden, während der Rest fast völlig in Aberdeen (Schottland) verkauft wurde. Nur ein geringer Prozentsatz ging noch nach Dänemark. „Für diese Fische“, heißt es im Bericht des Ministeriums, „war in deutschen Häfen kein lohnender Absatz.“

Aber auch die 128 Millionen Kilogramm, die in deutschen Häfen angebracht wurden, dienen nicht reiflos der Volksernährung, sondern gingen zum Teil noch in die Fischmehlfabriken.

Rückständiges von der Reichspost.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß am Weihnachtsheiligabend in Berlin der letzte Postkoffer in einem geschmückten Festzug sein Lebenslicht „ausgeblasen“ hat. Feierlicher Umzug, Meben und das letzte Postfahrzeug ist von den Straßen Berlins verschwunden. Wohlgerichtet: Pferde- und Krafthandwerk. Das Krafthandwerk ist an seine Stelle getreten. In Magdeburg ist schon seit zwei Jahren an Stelle des „Postillons“ von „Lionneaux“ und seiner Romanistik die Autohufe und — das Knattern des Motors eingeführt worden. Stillschweigend sind damals die alten treuen Heinrichschen Postkutsche abgetreten, die sich wie die Postillon wahrhaftig nicht über zu wenig Dienst zu beklagen hatten. Ein paar Jahre Dienst, dann hingen die Köpfe, dann war alle Lebenslust futsch.

Neben dem Güter- oder Paketverkehr hat sich die Post dem Personen- und Kraftwagenverkehr zugewandt. Die großen städtischen Angehörigen sind bekannt. Ein städtischer Wagenpark macht natürlich auch eine Reparaturwerkstatt, ferner Büroräume für den gesamten technischen Betrieb notwendig. Das Grundstück des Postamts 1, kurz „Hauptpost“ genannt, liegt zwischen dem Breiten Weg einerseits und der Prälatenstraße andererseits eingeteilt, ohne jede Ausdehnungsmöglichkeit. Erweiterungsarbeiten können nicht vorgenommen werden. Aber auch die Einfahrtsstraße sind gänzlich „veraltet“. Wie eine Burg aus dem Mittelalter mit einem ganz unpraktischen Einfahrtskorridor nach dem Breiten Weg und einer Doppelfahrt von der Prälatenstraße, streng im Sinne wilhelminischen Zeitalters: eng, klein, festungsmäßig, pedantisch, auf tausend Lebensjahre berechnet, ist der Bau in räumlicher sowie verkehrstechnischer Hinsicht nicht mehr auf der Höhe.

Seine Baumeister vor 30 Jahren konnten freilich ja nicht voraussehen, welche technischen Entwicklungsmöglichkeiten den Betrieb der Post noch beeinflussen. Vom Wasserflugzeug sei hier nur nebenbei die Rede. Wenn man aber die großen Personenautos sich in das Tor hineinwinden sieht, dann fragt man sich doch, ob die Verkehrsverhältnisse nicht besser sein könnten. Es muß beachtet werden, daß sich der Personenautoverkehr ja erst im Anfangsstadium befindet.

Das Postamt an der Listemannstraße.

Die Post errichtet gegenwärtig an der Listemannstraße ein fünfstöckiges Gebäude, welches verschiedenen Zwecken gewidmet werden soll. Ein Fernsprechkontrollamt, das Telegrafienamt, das Postfachamt, das Postamt 4 (jetzt Kasse) u. a. sollen dort untergebracht werden.

Die Verhältnisse des Postamts 3, das tatsächlich als „Bahnhofpostamt“ vom Publikum bezeichnet wird, und im Ostflügel des Hauptbahnhofesgebäudes liegt, sind unverbesserlich. Hier kann nur die schärfste Kritik angewandt werden. Hier sind derzeit beschränkte räumliche Zustände, daß es hoch an der Zeit ist, sich damit zu beschäftigen. Man sagt sich doch nicht zuviel, wenn man behauptet, daß der Postverkehr gewaltsam von seinem natürlichen Lauf — vom Hauptbahnhof — abgedrängt worden ist.

Dasselbe Bild ist in verkehrstechnischer Hinsicht vorhanden. Das eigentliche „Bahnhofpostamt“, das notwendig in der alten „Domkaserne“ untergebracht ist, hat mit dem lokalen Dienst nichts zu tun. Sein Personal bearbeitet die Sendungen in den Postwagen der Eisenbahngänge. Es hat ein primitives Gebäude am Bahnhofsplatz 0 im Garten an der Köhler Straße erhalten. Notbehelf! Also, wo man hinsieht, immer dasselbe Bild: Beengtheit, Verwirrung, Planlosigkeit.

Es wurde in der Vorkriegszeit sehr viel von einer Verlegung des Hauptbahnhofes

geredet. Der wachsende Verkehr zwang dazu. Wir wissen nicht, ob an dieser Aufgabe noch gearbeitet wird. Vielleicht hätten wir schon zwischen der Wilhelmstadt und Neuen Neustadt einen Personenaufbahnhof, wie wir in Kopenhagen einen musterhaften Personenaufbahnhof haben, wenn nicht der Krieg alles durcheinandergewirbelt hätte. Es wäre ein für den Postverkehr idealer Zustand geworden, wenn die Post das große Empfangsgebäude des Hauptbahnhofes hätte erhalten können. Das Postamt 3, das Bahnhofpostamt 7, der gesamte Durchgangs- oder Fernverkehr, sowie der gesamte Zustellendienst am Orte hätten in allerhöchster Nähe der Bahn eine Zentralstation erfahren, die gar nicht vollständiger hätte sein können. Leider kann wohl auf absehbare Zeit mit dieser Entwicklung nicht gerechnet werden. Der Verkehr steigt zwar, aber da gegenwärtig vom Hauptbahnhof ein neues Gleis nach Duxau gebaut wird, ist mit dem großen Umbau nicht zu rechnen.

Die Stadt erweitert sich nach Norden in räumlicher — weniger in wohnwirtschaftlicher Hinsicht. Der Anschluß des Rhein-

Elbe-Kanals kommt trotz aller Widerstände. Die Stadt hat bereits fertige Pläne für einen großen mitteldeutschen Güter- und Umschlagverkehr:

sechs Hafenbecken

sind geplant. Da die Post dem Verkehr auf dem Fuße folgt, bedeutet der Ausbau des Wasserstraßenverkehrs auch eine gewaltige Betriebsvergrößerung für den postähnlichen Kraftwagenverkehr.

Wir sprachen oben von einer „Vergewaltigung“ des Verkehrs. Die jetzigen Zustände belasten den Betrieb ganz ungenügend. Es ist zu unterscheiden zwischen Annahme postämter und Zustellpostämtern. Die „Hauptpost“ ist beides. So ist es falsch, daß der gesamte Briefdurchgangs (Transit-)Verkehr einer Stadt von 300 000 Seelen erst nach einem Stadtpostamt geleitet, von dort dem Postamt 3 zugeführt, und durch dessen Vermittlung dem Bahnhofpostamt 7 übergeben wird. Wieviel unrentable Verwaltungsarbeit macht sich dadurch nötig! Das weiß die Verwaltung. Aber die „Raumfrage“ des Postamts 3! Vor genau 25 Jahren wurden die Zustände auf obigem Postamt so unbetanktlich, daß man die Verlegung der „Abfertigung“ nach der „Hauptpost“ vornehmen mußte. In Buchstäblichem Sinne sah man fest mit dem Verkehr. Der Aufsehen erregende macht sich gar keinen Begriff z. B. vom Massenbriefverkehr. Einzelne Firmen liefern in kürzester Frist Hunderttausende von Sendungen auf. Tagelang laufen die Verfrachtungsmaschinen. Da alles in unzureichenden Räumen geschieht, leidet natürlich die Beamtenschaft sehr stark darunter.

Ebenso ungewöhnlich ist der Badereidienst. Antommende Pakete werden auf dem Bahnhof ausgeladen, eingeladen, umgeladen, zum Postamt 1 gefahren, wieder ausgeladen, umgepackt, sortiert und dann wieder verladen, um an die Empfänger zu gestellt zu werden! Warum diese

ungeheure Mehrbelastung von Arbeit?

Weil die Raumfrage nicht rechtzeitig gelöst worden ist. Als die Eisenbahn noch Platz zur Verfügung stellen wollte, mußten glänzende Ueberschüsse — 1913 180 Millionen Mark — herausgequetscht werden. Jetzt ist die Eisenbahn hartleibig.

In technischer Beziehung steht die Oberpostdirektion Magdeburg sicherlich mit an erster Stelle im Reiche. Die neuesten Stempelmaschinen, der Umbau des Fernsprechkontrollsystems, ein kompletter Kraftwagenverkehr sind Beweise dafür. Aber unhaltbar sind die Raumverhältnisse trotz des großen Neubaus an der Listemannstraße. Zieht man also alle Fäden zu einer Schnur zusammen und fragt, was mühte geschehen, um den Postverkehr in Magdeburg rentabler zu gestalten, so muß die Antwort lauten: es ist höchste Zeit, daß ein neues großes Postgebäude mit eigenem Schienenstrang geschaffen wird. Das bedingt eine ganz allein die Verhältnisse auf Postamts 3 mit seiner großen Bedeutung und Verantwortlichkeit. Das bedingt die Aufwärtsentwicklung des Kraftwagenverkehrs. Das bedingt der starke Brief-Durchgangsverkehr, der zeitweilig stark gesteigerte Druckadverkehr. Das bedingt nicht zuletzt eine Lösung des gesamten Zustelldienstes.

Aber die Platzfrage macht Schwierigkeiten. Für ein

moderates neues Postgebäude

muß die denkbar günstigste Lage gesucht werden. Die Altstadt als Geschäftsviertel stellt die erste Bedingung. Der Güterverkehr in der Bahnhofstraße macht einen Postneubau wohl unmöglich. Können die Port- und Landwehrstraße noch in Frage. Es muß den zünftigen Dezernaten überlassen bleiben, diese Frage von allen Seiten zu beleuchten; das Projekt aber energisch zu betreiben. Geht es in technischer Beziehung vorwärts und aufwärts, dann kann das auch in verkehrspolitischen Hinsicht geschehen.

Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Der praktische, schaffende Geist läßt sich nicht torkeln. Die Milliardenwerte, die die Post zu beibringen hat, bedingen, daß eine Lösung gefunden wird. Zur Verwirklichung des Verkehrs sind z. B. auf dem Postamt 77 in Berlin die Anlagen so gebaut, daß ganze Eisenbahn-Postzüge in das erste Stadtwerk des Postgebäudes hineinfahren, um dort entladen zu werden. Die Eisenbahn sollte aus nationalen Interessen die Schwierigkeiten nicht künstlich schaffen. Sie hat die Übergabe des Elbehafens an die Stadt abgelehnt und läßt ebenso die wirtschaflichen Interessen der Bevölkerung unberücksichtigt. Die Post ist aber nicht für sich selber, sondern für die Gesamtheit des Volkes da. Es liegt also nicht allein an der Post, sondern auch an anderen Leuten, wenngleich auch die Post nachhaftig nicht eine vorausschauende Verkehrspolitik in der Vorkriegszeit bewiesen hat.

Außerdem nahm ein Klippfischwert in Weiermünde 13 Millionen Kilogramm auf und das zweite deutsche, kleinere Klippfischwerk in Rughaven 2 1/2 Millionen Kilogramm. Diese beiden deutschen Werke arbeiten für Nebersee und treffen, besonders auf den südamerikanischen Märkten, auf die Konkurrenz deutscher Fischschotischer Produktion. Die nach Aberdeen verkauften Fische finden fast keine andere Verwendung als in der Umarbeitung zu Stockfisch.

Der staatliche Fischereidirektor S. Lübbert (Hamburg) weist im „Wirtschaftsdienst“ auf diese Erscheinung hin und regt an, in jedem deutschen Fischereihafen ebenfalls Klippfischwerke zu errichten. Durch die Beteiligung der Fischdampferreedereien an solchen Werken könnten diese ihre Kollagen abstellen, was er an der Hand der Entwicklung der isländischen Fischerei nachweist.

Gegen diesen Vorschlag läßt sich nur eins einwenden: Es kommt nicht darauf an, ob die Fische im natürlichen oder getrockneten Zustand ausgeführt werden, sondern es ist anzustreben, daß die Fische sofort den deutschen Konsumenten zugeführt werden.

Ueber den Wert des Seefisches als Nahrungsmittel ist schon häufig von berufenen Leuten geschrieben worden. Erwähnt sei nur, daß Ernährungspophysologen behaupten, daß die neuntägige Verdauungsdauer den doppelten Sättigungswert des Fisches gegenüber dem Rinderbraten beweist. Außerdem wird der Fisch fast völlig verdaut, sein Ernährungswert also ausgeschöpft. Auch gesundheitlich ist der Fisch nur zu empfehlen. Englische namhafte Mediziner behaupten sogar, daß das fast völlige Verschwinden der „englischen Krankheit“ auf den stark fettigenen

Verbrauch an Seefischen zurückzuführen ist. Nazi noch wichtiger ist für den Augenblick der Hinweis, daß der Seefisch auch dann noch billiger als Fleisch ist, wenn er durch den Zwischenhandel um 300 bis 400 Prozent des Auktionspreises verteuert worden ist, ganz abgesehen davon, daß diese Preise ohne große Mühe stark gekürzt oder ganz beseitigt werden kann. Es ist deshalb sehr bedauerlich, daß das völlig unberücksichtigte Vorurteil gewisser Konsumentensichtlichen gegen den Seefisch so schwer zu überwinden ist. In England, dessen Arbeiterbevölkerung gewiß besser zu essen gewohnt ist als die deutsche, ist der Seefisch ein wahres Volksgericht geworden. Dabei war der Fisch in England durchaus nicht beliebter als bei uns. Nach Major Sleight liegen die Soldaten an Fischtagen den Fisch siehen, doch, „sowie sie dienstfrei waren, führten sie ins nächste Pfaffenrestaurant“.

Das ist der Punkt: Wie das Vorurteil gegen das Gefrierfleisch seine Ursache in der falschen Behandlung und Zubereitung hat, so auch das gegen den Seefisch. Aber wie dieses Hindernis in England überwunden wurde, muß es auch in Deutschland gelingen. „Wahrscheinlich gibt es in der gesamten Geschichte von Handel und Industrie kein zweites Gewerbe, das einen so beschwerlichen und unangenehmen Anfang hatte wie der „Handel mit gebadenem Fisch“, sagt Chatwin in seinem Buche: „The fish frier and his trade.“ Es ist eine unbeweisbare Redensart, wenn gesagt wird, der Engländer sei eben ein Fischesser, der Deutsche aber nicht. Chatwin sagt: „Wenn Vorurteile, üble Nachrede und Lästerung töten könnten, so wäre der Handel mit gebadenem Fisch seit langem tot, doch statt dessen hat er seine Lebensfähigkeit Jahr für Jahr stärker bewiesen.“ Und an einer anderen Stelle heißt es: „Der Durchschnittsarbeiter rumpft jedesmal die Nase, wenn keine bessere Hälfte von Fisch spricht, sofern sie nicht vorlägt, fried fish vom fried fish shop zu holen, und das kommt ihm niemals unlegen.“ Also auch in England hat sich der Seefisch erst im langen Kampfe durchgesetzt. Seine mächtigste Waffe war — ein Ofen.

Selbst die parasitäre Gausfrau hat meistens wegen des entsetzlichen Geruchs gegen das Fischbraten eine gewisse Abneigung. In den wenigen Lokalen, die sich früher als Fischlokale halten usw. aufhalten, hatte der Gast diesen unangenehmen Geruch trotz Kühlung mit in den Kauf zu nehmen. In den modernsten Fischrestaurants fällt dank der neuartigen Ofen und der Zubereitung der Fische diese Unannehmlichkeit weg, so daß sogar Hotels Fischbraten aufstellen. Die Herstellung von 1000 Portionen gebadenen Fisches ist geruchlos als die eines einzigen Seefisches. Es muß Spezialisten überlassen bleiben, die Vorurteile der neuen Zubereitungsweise eingehend zu widerlegen.

Filmvortrag über Ford und seine Riesenbetriebe am Montag den 1. Februar, abends 8 Uhr, im „Hoffjäger“.

Eintrittskarten à 50 Pfennig sind bei sämtlichen Betriebsvertragsmännern, in der Buchhandlung Volkstümliche und im Parzellenspark zu haben. — Es wird nur eine bestimmte Anzahl Eintrittskarten verkauft. Wir ersuchen daher die Interessenten, sich rechtzeitig um Eintrittskarten zu bemühen.











# Im billigen Inventur-Ausverkauf!

— Soweit Vorrat! —

## Wollwaren

Damen-Hemdchen weiß, 2x2 gestreift	Mt.	0.65
Damen-Hemdlose weiß, 2x2 gestreift	Mt.	1.95
Kinder-Anzug Wolle gemischt, Größe 60 Jede weitere Größe 2 Pf. mehr	Mt.	1.35
Herren-Normalhemd mit Doppelbrust, gute Strapazier-Qualität	Mt.	2.65
Damen-Sportjacken reine Wolle, moderne Farben	Mt.	5.90
Rodel-Garnituren für Kinder, Heilig, Jade, Schal und Mütze, reine Wolle, Größe 1	Mt.	8.50
Schal und Mütze in verschiedenen Farben Garnitur	Mt.	1.95

## Handschuhe

Damen-Handschuhe farbig Tritot, mit ange- rauhtem Futter	Paar Mt.	0.88
Damen-Handschuhe farbig Tritot, halb ge- füllt	Paar Mt.	0.95
Damen-Handschuhe Leder-Imitation, mit hellem Wollfutter	Paar Mt.	0.98
Damen-Handschuhe Leder-Imitation, in ver- schleuderten Farben, halb gefüllt	Paar Mt.	1.20
Damen-Handschuhe Tritot, ganz gefüllt, farbig	Paar Mt.	1.90
Herren-Handschuhe Tritot, mit angerauhtem Futter, farbig	Paar Mt.	0.88
Herren-Handschuhe Tritot, halb gefüllt, farbig	Paar Mt.	0.95
Herren-Handschuhe Leder-Imitation, ganz ge- füllt, farbig	Paar Mt.	1.75

## Barchentwäsche

Damen-Wäsche mit Achselstich, aus weißem Körperbarchent, mit Bangette	Mt. 8.75	2.95
Damen-Hemden mit Vorderstich und Verrn, aus weißem Barchent	Mt. 4.75	3.95
Barchent-Beinkleider weiß, Bündchenform mit Bangette	Mt. 8.75	2.65
Barchent-Beinkleider bunt	Mt. 8.65	2.95
Barchent-Unterröcke buntgestreift und einfarbig	Mt. 4.85 8.65	2.95
Barchent-Männerhemden gestreift, gute Qualitäten, volle Weiten	Mt. 4.50 3.95	3.45
Schlafdecke richtige Größe, einfarbig mit Bordüre	Mt. 2.20	1.85

# LANGE & MÜNZER Breiter Weg 51/52

Neu eröffnet!  
Schöne  
Maskenkopie  
bislig zu verlei-  
von 2 Mt. an  
für Vereine Bar. etc. um,  
nur Tischlerstraße 22, Telefon 6174.

Shafte angue,  
Anlage - Matrassen,  
reelle - Serkhanvied,  
aus. preisw. zu ver. auf.  
Spezial - Polsterwerkst.  
Apfelstraße 3, part.

**Herrenkrug**  
heute Mittwoch ab 6 Uhr abends  
**Gr. Bockbierrummel**  
in sämtlichen Räumen.  
Stimmung. Humor. Jodel und Trudel.  
Stimmungskanone Oswin.

**„Zum alten Thiem“**  
Inhaber Fritz Buch. Thiemstr. 2.  
Jeden Mittwoch ab 4 Uhr nachmittags  
**Kaffee-Kränzchen**  
mit Unterhaltungs-Musik  
Sonntage: Am Sonntag den 16. und Sonntag den 17.  
**Großes Bockbierfest**

## 4 Worte genügen

um das Gesamtinteresse aller auf unser ab  
Donnerstag beginnendes Programm zu lenken

**Hans Schomburgk spricht persönlich**  
über seine abenteuerlichen Erlebnisse in dem in  
allen maßgebenden Theatern des In- und Aus-  
landes mit unbeschreiblichen Erfolgen gelaufenen  
Filme:

**Mensch und Tier im Urwald.**  
Im lustigen Teil:

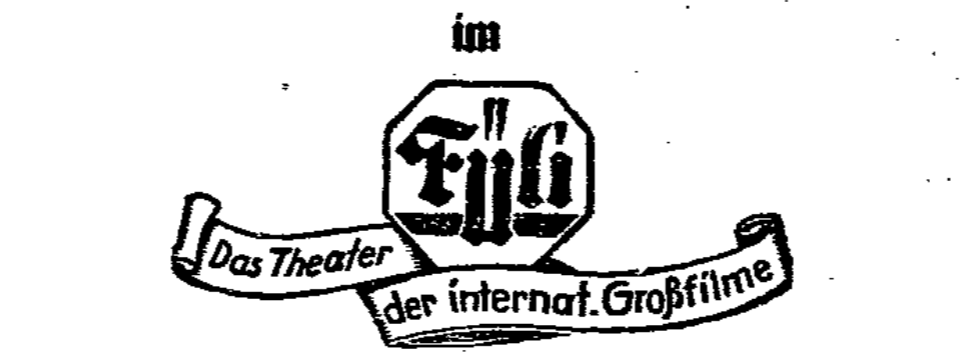
**Pat und Patachon**

Jugendliche und Kinder haben zur  
ersten Vorstellung Zutritt.

Mittwoch letzter Tag:  
**Der Abenteuerer**  
aus dem Roman von Rudolf Kerp.

**Ballhalla-Lichtspiele**

## Das kommende große Ereignis



## Der 2. Zille - Großfilm

# Die da unten



**FÜRSTEN-ARKADIA**  
5 Uhr Abends 8 Uhr  
Gesp. Spiel Ende Sieb. um Theater  
Königsgr. Straße Berlin  
- Die Sensation des Tages!  
**Der Kronprinz**  
Die Tragödie eines Kaiserhofes  
in 5 Akten von Edwin Searle.  
Sonderauf 11-12 Uhr

**VEREIN  
MAGDEBURGER PRESSE  
E. V.**  
Vortragsreihe 1925/26  
1. Abend  
Mittwoch den 13. Januar,  
abds. 7 Uhr Maria-Grobian-Steinweg-Seal  
der Stadtmission.  
Prof. Dr. Hans Driesch (Leipzig)  
spricht über  
**China und Japan**  
Mit 75 Lichtbildern  
Karten zu 250, 150 und 0.75 bei  
Heinrichshofen und an der Abendkasse.

## ZENTRAL

Nur noch wenige Tage!  
Abends 7:15 Uhr  
**Die Geliebte Sr. Hoheit**  
Voranzeige!  
Am Freitag den 15. Januar  
**Premiere!**  
**Das Weib im Purpur!**  
Katharina II., die große Zarin  
Musik von Jean Gilbert.  
In der Fiktional:  
Orch. Kapelle von Kap. Theater Wien u. G.

Am 2. Akt:  
Das russische Tänzerpaar  
**Karinka u. Dolinoff**  
vom Casino de Paris.  
Ebenbürtiger Spitzenvorverkauf!

**Zentraltheater-Restaurant**  
Süßer-Salon-Spezialität  
mit Vorküchen und Parbretungen der  
ersten Güteklasse und eines Charis  
von Köcheln des Zentraltheaters  
**LUCULLUS**  
Jazz-Band Saslawsky.

**Die Jovennett den Stanes,**  
zum Erben, Senden und Schenken.  
Mit Schenkerbogen täglich 40 Pf.

**TIVOLI**  
Magdeburg-Friedrichstadt Magdeburg-Friedrichstadt  
Jeden Sonntag gr. Gesellschaftsball  
Doppelorchester 114  
Jeden Mittwoch Kränzchen.

**Konzerthaus**  
Mittwoch und Donnerstag:  
Die beliebten  
**Kaffeekonzerte**  
Einlage?  
Auftreten erster Künstler  
Anfang 3 1/2 Uhr.  
• Eintritt frei •

**Gasthaus  
Anhaltiner Hof**  
Branneburgerstraße 3  
- Tel. 1891 -  
Diverse Vereinszimmer  
bis 150 Personen  
Walter Grunow.

**Stadttheater**  
Mittwoch den 13. Januar  
6. Abend  
Am 7.15. Ende n. 9.15 Uhr  
**Irrgarten der Liebe.**  
Schwank von H. Stugu  
Donnerstag, 14. Januar  
Am 7.15. Ende geg. 11.11.  
7. Abend

**Carmen.**  
Sonntag, 17. Januar  
norm. 11.15 Uhr  
Literarische Morgen-  
veranstaltungen  
**Karl Sternheim**  
sich a. seinen egn. Wert.

**Wilhelm-Fuenter**  
Offiz. Vorverkauf  
Sonntag, 17. Januar  
abends 8 Uhr  
**Nickel und die  
36 Gerechten**  
Mittwoch, 18. Januar  
Sond. 11.15. 1.15. 1.15.  
Schauspiel: Einm. Langsch.  
Terre Eburne und  
Gerold Kreuzberg.

Sie lachen  
Sie jubeln  
Sie schreien  
über  
**Hans  
Göbel**  
den Atomischen  
**Libelle**

Anmeldungen für den Bücherkreis nimmt  
an Buchhandlung Polakstimm.

**Stadttheater Stendal**  
Dienstag den 15. Januar: Die verurteilte  
Rache, Schwank von Arnold und Bach.  
Mittwoch den 16. Januar, abends 8 Uhr:  
Der wein am Judensack, Tragikomödie von  
H. Hefflich.  
Donnerstag den 17. Januar, abds. 8 Uhr:  
Die Schmetterlingsflucht, Komödie von  
Sudermann.  
Freitag den 18. Januar, abends 8 Uhr:  
Auf der Sonnenseite des Lebens, Lustspiel  
von Blumenfeld und Kadelburg.  
Vorverkauf: Buchhandlung Schöe, Sonn-  
tag Brüderr. 11, 2c.



# Subiläumfeier der Kreisparteiorganisation Wanzleben.

Am 13. Januar sind es 25 Jahre, daß eine Kreisorganisation der sozialdemokratischen Partei im Kreise Wanzleben besteht. Diesem Jubiläumstage hat die „Volksstimme“ eine besondere Beilage gewidmet, in der die Entwicklungsgeschichte der Kreisorganisation im Unterbezirk Wanzleben in diesem Vierteljahrhundert geschildert wird, um die Verdienste aller derer festzuhalten, die in harter, ernster, aufopfernder Arbeit die Organisation stark und mächtig gemacht haben.

Die jüngeren Parteigenossen aber sollen aus den Darlegungen von Koch, Silberjohann und Schumacher erkennen, wie notwendig die Kleinarbeit im Dienste der Partei ist, eine mühselige Arbeit, die immer wieder von vorne beginnen muß wenn das feste Gefüge der Partei erhalten bleiben soll zum Wohle der werktätigen Bevölkerung des Kreises.

Die Parteigeschichte der Kreisorganisation zeigt, wie sich die pflichtbewußten Genossen nie von Rückschlägen haben entmutigen lassen, wie sie immer aufs neue versucht haben, möglichst viele Kreisbewohner von der Wichtigkeit sozialdemokratischer Auffassung über die politischen, wirtschaftlichen u. sozialen Verhältnisse zu überzeugen. Daß diese Opferwilligkeit, diese unermüdlige Tatkraft Gemeingut der gesamten Mitgliedschaft im Unterbezirk Wanzleben werden möge, damit sich der sozialdemokratische Einfluß im Kreise immer mehr steigert, das ist die Hoffnung und der Wunsch, den wir alle am Jubiläumstage der Parteiorganisation hegen.

Am Sonntag den 17. Januar soll im Groß-Ottersleben eine schlichte eindrucksvolle Jubiläumfeier stattfinden. Der Unterbezirksvorstand hat alle Anhänger und Freunde der Sozialdemokratie aus dem Kreise dazu eingeladen. Die Feier findet am Sonntag nachmittags um 3 Uhr in den „Ganfsälen“ in Groß-Ottersleben statt. Das Magdeburger Konzertorchester eröffnet den Festakt mit der „Internationale“, dann singen der Männergesangverein Groß-Ottersleben und die Arbeiterjäger Klein-Ottersleben „Ich warte dein“. Es folgen die Rezitation „Die Partei“ (Vortragender Genosse Krüger-Burg) und die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Groß-Otterslebener Parteiver eins.

Ein besonders feierlicher Akt wird die Ehrung der Jubilare des Wanzleber Kreisvereins werden, die der Unterbezirksvorstand, Landtagsabgeordneter Genosse Julius Koch, im Anschluß an die Feste vornehmen wird. Das Panzerlied „Lord Goloson“ und der Sozialistenmarsch beschließen den ersten Teil der Feier. Dann werden noch Musikstücke, Rezitationen, turnerische Darbietungen des Arbeiter-Turnvereins Jahn, moderne Bühnenakte der Freien Turner-Benedictenbed, Volkstänze der sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Ottersleben und Volkstänze des Männergesangvereins Groß-Ottersleben geboten werden. Die Schlußansprache hält Parteisekretär Genosse Schumacher. Um 7 Uhr soll die Feier beendet sein. Von 8 Uhr an veranstaltet dann der Parteiverein von Groß-Ottersleben einen Festball.

Wir erwarten, daß die Parteigenossen des Kreises Wanzleben mit ihren Frauen recht zahlreich an dieser Jubiläumsvorstellung am Sonntag den 17. Januar in den „Ganfsälen“ zu Groß-Ottersleben teilnehmen werden, um dadurch zu bezeugen, daß sie an diesem Ehrentage der Partei des Kreises Wanzleben geloben wollen, allezeit bereit zu sein, wenn die Partei ruft, um für die Ziele der Sozialdemokratie in Stadt und Land sich einzusetzen.

## Erlebnisse bei der Agitation.

Zur Ergänzung der Schilderung der Parteibewegung im Kreise Wanzleben durch die Genossen Koch, Silberjohann, Müller, Braune und Schumacher in unserer heutigen Jubiläumsvorstellung lassen wir noch unsern Genossen Karl Schrader von einigen Erlebnissen bei der schwierigen Agitation in den Jahren der wilhelminischen Polizeiherrschaft erzählen:

### Groß-Ottersleben 1889.

Es war im Sommer 1889, noch zur Zeit des Sozialistengesetzes, da gingen die Genossen Gerde und Vater aus Magdeburg und Schrader aus Groß-Ottersleben nach Egelin, um die Rede des Genossen Nebel zum Haushaltungsetat im Reichstag in Form eines Flugblattes dort zu verbreiten. Gewichtig aus früheren Vorkommnissen hielten die drei einen großen Teil der Flugblätter unauffällig am Körper versteckt, um sie vor der Beschlagnahme zu retten. Und richtig, bald hatte das Auge des Gesezes des Genossen erblickt und bei der Arbeit erwischt. Ein Diener des Gesezes, schon alt an Jahren, stellte die Namen fest und verlangte die Herausgabe der Flugblätter. Das verweigerten die drei, und deshalb mußten sie mit zum Bürgermeister Pflugbeil. Dort angekommen, verweigerten die Genossen wieder die Herausgabe der Flugblätter; der Bürgermeister gab deshalb dem Polizeibeamten den Befehl, den „Nebelstern“ die unter dem zugeknüpften Faden verborgenen Flugblätter gewaltsam abzunehmen. Das geschah, und die drei gingen ihres Weges; die andern Flugblätter hatte die hohe Behörde nicht entdeckt. In einiger Entfernung von der Bürgermeisterwohnung holten nun die drei Genossen die am Körper verborgen gehaltenen Flugblätter hervor, und wieder ging es an die Arbeit. Von Freunden wohlwollend aufgenommen, von den Feinden mit Schmähworten verfolgt, hatten sie fast den ganzen Vorrat verteilt, da spritzte Episkop um die Ecke. Diesmal ließen die drei sich nicht stellen, sondern verließen Egelin auf Pfaffenfüßen, um dem Gefängnis zu entzinnen. Ein gerichtliches Nachspiel ohne böse Folgen war das Ende dieser Flugblattverteilung mit Hindernissen.

### Langenweddingen 1891.

Im Mai des Jahres 1891 gingen, wie so oft des Sonntags, wohl ein halbes Duzend junger Männer aus Groß-Ottersleben nach Langenweddingen, um Flugblätter zu verbreiten. Die Kirchzeit war unsere Frühjahrspause. Weil wir noch nicht allzuviel Ortskenntnisse hatten, zeigte uns der Arzt Krummshoff den nächsten Weg zu einem Gasthof. Auf dem Wege dahin kamen wir an dem Gehöft des damaligen Amtsvorstehers Otto vorbei, dessen landwirtschaftliche Wandaarbeiterinnen hinter zwei veralteten Fenstern nach der Straße zu wohnten. Die Mädchen

wurden uns gewahrt, und bald standen wir unter den Fenstern und unterhielten uns mit ihnen. Es war natürlich ein Verbrechen, daß wir uns mit den Arbeiterinnen über den niedrigen Lohn der Landarbeiter und -arbeiterinnen unterhielten. Dr. Krummshoff kam eben des Weges zurück, da erschienen der damalige Amtsvorsteher Otto und sein Bruder in der Hofstr. Sie redeten uns in wenig höflichem Ton an und erhoben, auf uns zukommend, ihre Spazierstöcke, die so dick wie Knüppel waren. Genosse Schrader wurde festgenommen und auf den Hof geschleppt, mit allerlei Kosenamen betitelt und mißhandelt. Der Gemeinbediener wurde geholt, um Schrader ins Gefängnis zu stecken. Ehe Schrader aber die Reife antrat, machte er den Amtsvorsteher auf sein ungeheures Verhalten aufmerksam. Darauf schlug ihm dieser die Legitimation aus der Hand, ließ ihn aber dann gehen.

Ein Strafantrag gegen den Amtsvorsteher und dessen Bruder wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt mit der Begründung, es läge kein öffentliches Interesse vor. Geld zur Privatklage hatte Schrader nicht, und so gingen die Herren frei aus. Aber ein Strafantrag des Amtsvorstehers gegen den Genossen Schrader wegen Aufreizung brachte unserm Genossen 3 Wochen Gefängnis ein.

Die „Volksstimme“ kritisierte damals das Verhalten des Otto in einem Artikel, betitelt „Ein preussisch-deutscher Amtsvorsteher“, worauf ebenfalls eine Anklage folgte. Während der Redaktion nicht mehr gefast werden konnte, weil er ins Ausland gegangen war, mußte der Verleger der „Volksstimme“ die angelegte Verleumdung mit einer Geldstrafe büßen.

### Klein-Wanzleben 1890.

Von festen Vereins- oder Parteibeiträgen konnte man nur in kleinem Umfange reden. Die notwendigen Gelder wurden auf Listen, auf dem Arbeitsweg und in der Arbeitsstätte gesammelt. Das langte kaum dazu, den Drucker, die Flugblätter und sonstige Agitationschriften zu bezahlen. Deshalb konnten diejenigen Genossen, die die Flugblätter Sonntags in den Orten im Kreise vorbereiteten, keinerlei Speisen und Fahrgelder bekommen. Sonntags morgens in aller Frühe nahm jeder sein Bündel Flugblätter auf den Rücken, die jüngsten Genossen mußten die weitesten Märsche machen, oft gut 3 Stunden Weges von Groß-Ottersleben entfernt. In Klein-Wanzleben wollten wir das Familienhaus Belfort belegen. Wir zwei jungen Kerle (K. Schrader und Otto Hoppen) waren aber den steilen Weg, der zum Hause führte, noch nicht halb hoch, da hatte uns schon das wachsame Auge des Kasernewärters Bauernack entdeckt, ein Pfiff, ein Ruf und ein halb Duzend kräftiger Arbeiter kamen mit erheblichen Fäusten und Knüppeln auf uns und begrüßten uns mit lebenswichtigen Anreden wie: „Ihr verfluchten Sozialdemokraten, ihr Aufseher, ihr Aufwiegler, wollt Ihr mal machen usw.“ Und vor der Hebermacht mußten wir schneller verschwinden, als wir gekommen waren. So ging es den Flugblattverbreitern heute vor 35 Jahren des öfters.

Wir wählten dann aber einen andern Weg ins Dorf und brachten unsere Flugblätter doch an den Mann.

15 Jahre später! Die Zuderfabrik Klein-Wanzleben bezahlte jedes Flugblatt, was von den Arbeitern abgeliefert wurde, mit 20 Pfennig, und wehe dem, der es nicht abgelieferte. Damit die schlecht bezahlte Landarbeitererschaft durch unsere Flugblätter zu Geld kam, brachte ein Versicherungsagent (Schrader) oft mehrere Tage hintereinander Flugblätter, so daß die Zuderfabrik Klein-Wanzleben schließlich doch die Zahlung für Flugblätter einstellte.

### Altenweddingen 1905.

Wie in so vielen Orten im Kreise konnten wir auch in Altenweddingen kein Lokal zur Versammlung bekommen. In diesem großen Ort aber mußte Versuche geschossen werden, alle Gerissenheit mußte angewandt werden, um hier eine Versammlung zustande zu bekommen. Wohl vorbereitet fuhrten bei anbrechender Dunkelheit eines Abends die Genossen Silberjohann, Koch und Schrader mit einem Gefährt von Groß-Ottersleben nach Altenweddingen. Dort angekommen, stiegen wir im Gasthaus Ballstab ab. Genosse Silberjohann blieb im Lokal, Koch und Schrader schlichen in der Dunkelheit von Stufe zu Stufe im Dorf und luden die Arbeiter ein, den Reichstagskandidaten Silberjohann kennenzulernen. Eine Stunde später, und das Lokal war überfüllt. Was erreicht werden sollte, war erreicht; an dieser zwinglosen Versammlung, zu der nicht eingeladen war, konnte die Polizei nichts mehr ändern. Sie mußte ja nicht, wie die Versammlung zustande gekommen war.

### Egelin 1890.

Bei Reichstags- oder andern Wahlen die Resultate im Kreise zusammenzubekommen, ist heute einfach gegen früher. Ein Telephon hatte das Wahlkomitee damals nicht zur Verfügung. Otterslebener Genossen mußten die Resultate von den Orten holen. Genosse Albert Heude ging zu diesem Zwecke nach Pabelhorn. Er sollte ja zeitig nach Egelin zurückkehren, daß er den Zug nach Langenweddingen erreichte. Weil aber die Befragung des Wahlresultats demmaßen verzögert wurde, daß der Genosse den Zug in Egelin nicht mehr faßte, ließ er ihn laufen und brachte lieber das Resultat in selbständigem Marsch, hungrig und durstig, in der Februarnacht um 2 Uhr nach Ottersleben. So mußten die Genossen damals oft ungeheure Opfer bringen.

### Pabelhorn 1900.

Wenn Flugblätter im Kreise verbreitet wurden, bekamen die Amtsvorsteher von der Regierung oder vom Landrat Bescheid. Diese instruierten dann die Polizeibeamten. Pflüchtgemäß waltete der Polizei Schuft seines Amtes. Schon am Eingang des Dorfes nahm er die drei Flugblattverteiler Sonntagsmorgens in Empfang, brachte sie zum Amtsvorsteher und nahm ihnen dort die Flugblätter ab. Das strenge Auge des Gesezes wachte; es galt also, der Polizei ein Schuppchen zu schlagen. Am nächsten Sonntag ging es wieder nach Pabelhorn. Diesmal ging nur einer vor, die andern hielten sich im Versteck. Und richtig: „Schuppchen, dich haben wir“ jagte Schuft, führte den nur mit einigen Flugblättern versehenen Verbreiter zum Amtsvorsteher, und unterdessen verbreiteten die andern beiden in aller Eile eine große Menge Flugblätter. Als Schuft erfuhr, daß er genasführt war, sagt er in seinem Amtszorn: „Die Fonde soll mit noch mal wieder kommen.“

Karl Schrader.

## Nachrichten aus der Provinz.

### Einberufung des Provinziallandtags.

Das preussische Staatsministerium hat den Landtag der Provinz Sachsen zum 28. Januar, vormittags 11 Uhr, nach Merseburg berufen.

### Ein neuer Landbundsandal.

Man könnte Mitleid haben mit dem Unglück, das in rasender Eile den Landbund verfolgt. Kaum haben sich über allenthalben Unterdrückungen und verheerende Spekulationen die Gemüter beruhigt, so kommen immer wieder neue Unglücksnachrichten. Dieses Mal betrifft es den schlesischen Gebirgsreis Schönau, wo halb vergötterte Führer des Landbundes das in sie gesetzte Vertrauen in ganz grober Weise mißbraucht haben. Vor nicht allzu langer Zeit mußte der Geschäftsführer Stachel von der Bezugs- und Abfahrtsbesitzung des Landbundes wegen unkorrekter Geschäftsführung plötzlich entlassen werden. Unter unkorrekter Geschäftsführung kann man bei plötzlichen Entlassungen solcher wichtigen Persönlichkeiten allerhand verstehen. Nach glaubwürdigen Versicherungen von Interessenten und Eingeweihten in dieser Genossenschaft wird behauptet, daß erhebliche Unkorrektheiten auf finanziellem Gebiet die Ursache der plötzlichen Amtsenthebung gewesen sind.

Durch diese plötzliche Beseitigung jener deutschnationalen Leuchte ist naturgemäß bei den Landwirten das Vertrauen zu der Genossenschaft stark geschwunden, um so mehr, als kurz vor Weihnachten sein Komplotte, der Stahlhelmführer und Jungdohlschäppling, Geschäftsführer des Landbundes für den Kreis Schönau, mit Namen Albert Rißer, plötzlich das Weite suchte.

Dieser ausgewählte Geschäftsführer mit seinen vielen Fähigkeiten genöß derartigem Vertrauen bei den Landbundsmitgliedern, daß ihm die Bauern vielfach ihre Steuergelder anvertrauten zu dem Zwecke, sie dem Finanzamt zu übergeben. Sein plötzliches Verschwinden hat nun den starken Verdacht bei den vertrauensseligen Bauern erweckt, daß neben andern Geldern auch ihre ihm anvertrauten Staatssteuern mit verschwunden sind.

Es verdichtet sich die Meinung in der Behauptung, daß dieser Stahlhelmmann und diese deutschnationalen Vertrauenskanone unter Mitnahme von 30 000 bis 40 000 Mark Geldern die nationale Grenze überschritten hat. Bei seinem Abgang hat er geäußert, daß er von den Bauern nichts mehr lernen könne. Ein sehr weiser Ausspruch, wenn man bedenkt, wie er durch den Mißbrauch des Vertrauens die Landwirte belächelt hat.

Einige Tage vor seinem freiwilligen Verschwinden mit den unterjochlagene Geldern ins Ausland hat diese Glanznummer von nationalem Führer noch in Stahlhelmsversammlungen versucht, die Arbeiterbewegung totzureden und im nationalen Phrasentum die monarchistische Werbetrommel zu bearbeiten.

Ganz besondere Schmeideigkeit legte dieser famose Geschäftsführer Rißer bei Verhandlungen über Land- und Forstarbeiterfragen an den Tag, indem er auf geradezu raffinierte Art versuchte, auch die berechtigtesten Ansprüche der Arbeiterschaft abzumehren. Auf diese Weise erschlich er sich die Gunst und das Vertrauen der landwirtschaftlichen Kreise und verstand es, das Vertrauen ganz gehörig für sich auszunutzen. Die deutschnationalen Kreise mit ihren neugeistlichen Organisationen wetteten und geiferten über die geringsten Vorkommnisse in der Arbeiterbewegung und behaupten, daß nur die Deutschnationalen Führertafelre beistehen, die allein Staat und Wirtschaft regieren können.

Das vergangene Jahr hat wahrhaftig bewiesen, daß viele der von deutschnationalen Landbündlern ausgewählten leitenden Persönlichkeiten wie gemeine Verbrecher an den ihnen anvertrauten Geschäften und andern gehörigen Geldern handelten. Was sich für ible Vorfälle unter den von Deutschnationalen gebundenen und vorgeführten Wanderrednern zur Befämpfung der Arbeiterbewegung befinden, haben wir im letzten Wahlkampf gemerkt.

### Kreis Wanzleben.

Diesdorf. Verkehrslokal der Arbeiterschaft. Der mit dem Wirt des „Schwarzen Adlers“, A. Thiele, entstandene Konflikt ist beigelegt. Eine Tagung der Arbeiterschaft muß nicht mehr erfolgen. Aufgabe und Pflicht der Arbeiterschaft muß es nun sein, dafür zu sorgen, daß uns unser Verkehrslokal erhalten bleibt.

Groß-Ottersleben. Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung veranstaltet am Mittwoch den 13. Januar, abends 8 Uhr, in den Ganfsälen einen öffentlichen Bildervortrag. Genosse Graul (Magdeburg) wird das Thema „Die Feuerbestattung“ behandeln. Die arbeitende Bevölkerung ist dazu eingeladen.

Anseburg. Die Generalversammlung der Partei war gut besucht und zeigte, daß in den Mitgliederkreisen ein lebhaftes Interesse für die Partei vorhanden ist. Zum Vorstandes- und Kassenerbericht sprachen die Genossen H. Wenig und Albert Behrens. Genosse Hermann Thomas bemängelte die Tätigkeit der Ortsverwaltung auf dem Gebiete der Bildungswesen. Im kommenden Jahre soll der Bildungsarbeit mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der neue Vorstand des Ortsvereins setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Genosse Heinrich Wenig; 2. Vorsitzender Genosse Hermann Thomas; Schriftführer Genosse Heinrich Müller; Kassierer Genosse Albert Behrens; 2. Schriftführer Genosse Reinhardt; Beisitzer Genosse Hermann Breitmeier und Genossin Franziska Mähring; Revisoren die Genossen Karl Schulze und Heinrich Weyerling. Dann erbatete Genosse Thomas Bericht aus der letzten Gemeindevertreterversammlung, und Genosse Reinhardt gab einen kurzen Überblick über die von unserer Fraktion geleitete Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit. In der Ansprache ergänzte Gemeindevorsteher Genosse Albert Wenig die Ausführungen. Genossin Franziska Mähring berichtete über die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt im verfloßenen Jahre. Mit dem Wunsche, es möge noch mehr als bisher zum Wohle der Arbeiterschaft geleistet werden, schloß die Genossin ihre interessanten Ausführungen. In der Ansprache wurde gewünscht, auch einmal über die Tätigkeit des amtlichen Wohlfahrts-Ausschusses, in dem mehrere Genossen und Genossinnen tätig sind, etwas in der Parteiversammlung zu hören, da gerade über die Tätigkeit der Arbeiterschaft herrscht. Dann wurden noch einige Rundschreiben der Partei und die Einladung zum Jubiläumstfest nach Groß-Ottersleben zur Kenntnis genommen. Mit der Aufforderung, eifrig weiter im Interesse der Partei zum Wohle der werktätigen Volksgenossen zu arbeiten und am 17. Januar zahlreich an der Jubiläumfeier in Groß-Ottersleben teilzunehmen, schloß der Vorsitzende, Genosse Wenig in vorgerückter Stunde die interessante Versammlung.

### Kreis Jerichow 1.

Wiederitz. Bevölkerungsbewegung. Seit der letzten Volkszählung am 16. Juni 1925 bis zum Schluß des Jahres 1925 sind in unserm Ort 179 Personen angemeldet und 132 Personen abgemeldet; im Ortsteil Gehroßberge 66 hgm. 69 Personen. Am 31. Dezember betrug die Einwohnerzahl in Wiederitz 2482, in Gehroßberge 747 gegen 2455 und 751 am 16. Juni 1925, also in Wiederitz 27 mehr, in Gehroßberge hier weniger. Geboren sind 1925 62, gestorben 20 Personen. Eheschließungen haben 19 stattgefunden.

Germisch. Generalversammlung. Dem alten Vorstande wurde Entlastung erteilt. Der neue Vorstand setzt sich wie



...zusammen: 1. Vorsitzender Dunas, 2. Vorsitzender ...

Stadtkreis Burg. Aus dem Stadtparlament.

Zur Ausübung des Kontrollrechts auf Grund der Städteordnung werden Genosse Sowa, Stadtb. Schade und Schüller ...

Ein Schreiben der deutsch völkischen Freiheitspartei wird ...

Der Bürgerverein verlangt in einem Schreiben, daß verjährte ...

Es findet sodann eine Aussprache über die Befestigung des ...

Die Sitzung wird sodann auf kurze Zeit unterbrochen, ...

Die Unterlassung werden gebeten, ihr Material vom ...

Ein Frauenabend findet am Mittwoch abend 8 Uhr im ...

Betriebskollektiven. Die Krise in der Schuhindustrie nimmt ...

Die Hauptversammlung des Naturheilvereins war sehr gut ...

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Barleben. Frauenversammlung morgen (Dienstag) ...

Samstagen. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen ...

Kreis Calbe.

Barby. Parteiverammlung. Während unsere Gegner von rechts ...

schnell wie möglich ein Ende zu machen, da sie zu den Unterstü...

Vierte Parteiverammlung am Sonnabend den 18. Januar ...

Calbe. Genosse Paul Eichhorn. Einen außerordentlich ...

Eidendorf. Die Parteigeneralversammlung war sehr gut besucht. ...

Fürberstedt. Willi Henning gestorben. Wieder hat der Tod ...

Groß-Salze. Als Kommisarischer Bürgermeister an Stelle ...

Fr. Wünnede. Lohn eingezahlt. Laut Tarif steht den ...

Die Passion.

Roman von Klara Siebig. (23. Fortsetzung.)

Es war doch gar nicht schön für ihre kleine Eva, daß ...

Sie war zudem nicht so groß, daß sie die Lehrerin sehen konnte, ...

Olga hätte am liebsten mitgeweiht: ihr Kind, ihre kleine ...

Als der Sommer nahte, hatte Eva Lust, mit in eine ...

aus fernem Belien, stolze Fregatten mit geblähten Segeln, ...

„Ich würde Eva'n nicht mit an de Diffe geben,“ sagte Frau ...

Olga freute sich aufrichtig; es hatte sie oftmals zum Bruder ...

Für Eva die glücklichste Lösung — die Worte des Bruders ...

(Fortsetzung folgt.)



Der Ader bedeutet ein Teil des Lohnes. Die Arbeiter des Oberamtmanns Schaper haben ungehörigen Ader bekommen, was zur Folge hatte, daß ganz miserable Ernten erzielt wurden. Da gebührender Ader bei Berechnung des Lohnes in Anrechnung gekommen ist, zogen die organisierten Arbeiter den Oberamtmann vor den Schlichtungsausschuß. Sie wollten und konnten sich diesen Lohnabzug nicht gefallen lassen. Der Schlichtungsausschuß entschied selbstverständlich zugunsten der Arbeitnehmer. Gefordert war die Nachlieferung von 10 Zentner Kartoffeln für jeden der Betroffenen. Durch Schiedspruch wurden 8 Zentner zugebilligt. 22 Arbeitern ist durch die Organisation zu ihrem Recht verholfen worden. Hoffentlich wachsen nun die außenstehenden Arbeiter auf und schließen sich alle dem Landarbeiterverband an.

**Fr. Wörner:** In der Gemeindevertreter-Sitzung wurde von der außerordentlichen Kassenrevision Kenntnis gegeben. Die Ueberziehung des Kontos bei der Kreisparatasse von 6000 auf 10000 Mark, wurde genehmigt. Zum Leiter für die gemeinliche Berufsschule wurde Herr G. v. H. bestimmt. Von den Gewerkschaften war eine einmalige Beihilfe beantragt. Leider konnte dem Antrage nicht stattgegeben werden, da gesetzliche Bestimmungen den Weg versperren. Laut gesetzlicher Bestimmung dürfen nur in Einzelfällen Nebenunterstützungen gewährt werden. Der Antrag wurde der Fürsorgekommission zur Veratung und Feststellung der Bedürftigkeit überwiesen. Ein Antrag der Ortsgruppe des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen wegen Ueberlassung von zwei Sitzen im Fürsorgeauschuß wurde abgelehnt. Der Ortswohlfahrtsauschuß wurde neu gebildet. Der Gemeindevorstand hat in Klein-Gemeinwesen eine Scheune auf Abbruch gekauft und wünscht nachträgliche Zustimmung der Vertretung. Die Zustimmung wurde erteilt. Der Preis beträgt 1200 Mark, wozu noch 500 Mark Kosten für Abbruch kommen. Holz und Dachziegel sollen für den Neubau Verwendung finden. Die Arbeiten zur Errichtung des Spielplatzes sind am Montag in Angriff genommen. Beschäftigt werden vorläufig nur die Erwerbslosen, die eine größere Familie haben. Der Aufnahme eines langfristigen Darlehens wurde zugestimmt. Eine besondere Last ist der Gemeinde noch dadurch auferlegt, daß sie künftig pro Jahr 900 Mark für ihre Anstalts-Pfleglinge aufbringen muß. Bisher brauchte die Gemeinde diese Lasten nicht zu tragen. Der Zentralverband der Invaliden und Witwen beantragt für 85 der bedürftigsten Mitglieder Ueberweisung von Röhren. Auf Antrag des Genossen Hering werden 200 Zentner Zement zur Verfügung gestellt. Die Verteilung wurde dem Vorstand der Ortsgruppe übertragen. Um der überhöhen Wohnungsnot etwas abzulassen, verlangte Genosse Hering, daß die Gemeinde versucht, im Pfarrhause zu Oberhörsel einige Wohnungen freizubekommen.

### Stadtkreis Wüherleben.

Eine Verpachtung städtischen Wälders wurde am Sonnabend vormittag im Stadtverordnetenitzungsaal wieder einmal vorgenommen. Es handelte sich um Pläne im „Friedrichs-Hain“ und im „Hallerleben“. Es hatten sich nur etwa 40 Bewerber, das sind weniger als sonst, eingefunden. Die Zahl derjenigen, die Gebote abgaben, war noch weit geringer. Die ausgetobtenen Wärdellen waren sämtlich nicht von hohem Werte, weil sie teils weit entfernt von der Stadt liegen und weil teils der Boden von geringerer Bonität ist. Die erzielten Pachtgelder bewegten sich zwischen 80 und 85 Mark je 25 Ar im Jahr. In der Vorkriegszeit wurden für jene Pläne 20 bis 26 Mark bezahlt. Es ist also eine nennenswerte Steigerung der Pächte eingetreten. Im Versteigerungstermin wurden noch die Pachtbedingungen bekanntgegeben, die unter anderem darin bestehen, daß die steuerlichen Lasten der Grundstücke die Stadt trägt.

Für eine neue Straße werden in den nächsten Tagen die Erdbewegungen beginnen. Sie soll das Stadttor durch die Wabergasse mit dem Stadtteil „Baumgarten“ verbinden. Die Fertigstellung der Straße selbst wird sich im Hinblick auf die jetzige Geldknappheit in den städtischen Kassen noch einige Zeit hingziehen. Es soll nur jetzt für die zahlreichen Erwerbslosen Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Gehört doch zur Vollendung des ganzen Planes, daß die Häuser der jetzigen Wabergasse niedriger werden und an Stelle der gegenwärtigen Holzbrücke über die Eine, welche die Wabergasse mit dem „Apothekergraben“ verbindet, eine breite massive Brücke gebaut wird. Die neue Straße bewegt sich dann, ein Stück gleichlaufend mit dem Apothekergraben, in einer Windung hinauf bis zur Baumgartenstraße. Um die Steigung erträglich zu machen, wird sie so lang gezogen, als es das Gelände gestattet. Die Steigung wird durchschnittlich nur 6 Zentimeter auf 1 Meter betragen. Die Erdbewegungen werden in der Gestalt der Arbeiterarbeiten durchgeführt. Es sei noch folgende historische Betrachtung daran geknüpft: Am Ausgang der Wabergasse, an der Eine, befand sich in früheren Zeiten das „Damentor“, dieses bildete vormals wohl den wichtigsten Teil der ganzen städtischen Befestigung nach Süden hin. Dieses Tor ist aber im Jahre 1899 niedergedrückt worden, weil es gänzlich baufällig war. Vor langen Zeiten mag der Turm die Höhe der andern Türme in unrer Stadtmauer gehabt haben, zuletzt war er soweit abgebröckelt, daß er nur noch die Höhe eines Hausstodwerkes besaß. Aber auch diese Reste, namentlich die Torbogen, zeigten architektonische Schönheiten. Da, wo einst dieser Turm jeden Zugang in unsere Stadt absperrte, wurde nach Wiederlegung des alten Bauperkes dem immer mehr sich entwickelnden Verkehr ein neuer Weg gebahnt. Es wurde die jetzt vorhandene Fußgängerbrücke über die Eine hergestellt und der längst ersehnte Zugang zu den um jene Zeit neu geschaffenen reizvollen Promenadenanlagen an der „Malzmühle“ erschlossen. Was aber noch vor einem Vierteljahrhundert als ein großer Fortschritt erschien, ist heute bereits wieder überholt. Neue, größere Bedürfnisse des Verkehrs sind entstanden, denen Rechnung getragen werden muß. Die jetzt in der Herstellung begriffene neue Straße ist bislang mit der Bezeichnung „Gangstraße“ belegt worden. Es ist aber die Frage aufzuwerfen, ob sie im Hinblick auf ihre weitverbreitende Vorgesichte nicht besser „Vor dem Damentor“ genannt werden könnte. Damit würden die schon vorhandenen hinterriichen Straßennamen Wüherlebens wie „Vor dem Johannisbor“, „Vor dem Steintor“, „Vor dem Wasserbor“ usw. vervollständigt. Zweifellos wird sich die Straße bald zu einer Hauptverkehrsader der Stadt entwickeln. Ist doch heute die südwestliche Vorstadt mit Fahrzeugen nur sehr unübersichtlich und auf großen Umwegen zu erreichen.

Die Frauengruppe des Sozialdemokratischen Vereins hält heute (Dienstag) den 12. Januar, abends 8 Uhr, im Besiehornhaus eine wichtige Versammlung ab.

Der Einheitsverband deutscher Eisenbahner hielt am Sonntag eine stark besuchte Versammlung ab. Der Verbandsvorsitzende G. H. H. sprach über wirtschaftliche Fragen der Eisenbahner. Die Tarif- und Personalpolitik bei der Reichsbahn muß geändert werden. Es sprachen auch noch der Bezirksvorsitzer H. H. H. und andere.

Der Mitteldeutsche Handwerkerbund veranstaltete ebenfalls am Sonntag eine Kundgebung. Sie war nur mäßig besucht. Man wandte sich besonders gegen den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaues. Das Referat hatte Dr. F. H. H. In einer Entschließung wurde die Ablehnung jenes Entwurfs und der Preisabbau von andern Stellen (z. B. den Steuern) verlangt. Sehr bequem.

### Stadtkreis Etendal.

Partei-Generalsammlung. Sonntag den 17. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale von Oeter, Karlstraße. Jahres- und Kassenbericht; Neuwahl; Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Gustav F. H. (Magdeburg) über „Die politische Lage und die Partei“. Vollzählig und pünktliches Erscheinen der Parteigenossinnen und -genossen ist der wichtigen Tagesordnung wegen dringend erforderlich.

Genosse August Boignon. In einem Schlaganfall verschied am Montag unser langjähriger und treuer Genosse Boignon. Wir werden seiner in Ehren gedenken. Die Trauerfeier findet am Mittwoch den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Trauerhause, Bismarckstraße 19, statt. Anschließend Ueberführung zum Krematorium. Die Parteigenossinnen und -genossen müssen an der Trauerfeier teilnehmen.

In die Mitglieder der Gewerkschaften. Der Ortsauschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes schreibt: In Etendal ist eine Theatergemeinde errichtet. Der Vorstand des Ortsauschusses hat seine Beteiligung zugesagt; die Direktion Gril und Sohn ist bestrebt, nur das Beste zu bieten in vollendet künstlerischer Form bei guter Ausstattung. Gegen Zahlung eines Monatsbeitrages von 3 Mark kann jeder Mitglied werden und sich unter den etwa 20 Vorstellungen sechs, seinem Geschmack entsprechende Stücke auswählen. Die Karten sind übertragbar und können von jedem Familienmitglied benutzt werden. Für nummerierte Sitzplätze sind je nach der Wahl zur Bedeckung der weiteren Unkosten 10 bis 40 Pfg. Aufschlag nachzugahlen. Listen zur Einzeichnung liegen beim Kollegen Treumann, Brüderstraße 16, Zimmer 16, in der Zeit von 5 bis 6 Uhr abends aus. Dort können die Karten gegen Zahlung sofort in Empfang genommen werden. Der Spielplan des Theaters wird regelmäßig in der Sonntagsnummer der „Volksstimme“ bekanntgegeben werden. Kollegen, helft auch ihr mit, daß das Theater der Stadt Etendal erhalten bleibt; es ist auch eine der Bildungsstätten der aufstrebenden Arbeiterkraft.

Volkseingekommen. Einen hiesigen Kraftwagenführer wurde in vorlehter Nacht vom Auto, das vor einem Lokal stand und ganz kurze Zeit unbewacht blieb, eine Autobede, eine Seite grau, die andere Seite schwarz, entwendet. In der Nacht zum Montag wurde bei einem Geschäftsmann die Schaufelstange zerbrochen. Entwendet wurde eine Anzahl Kleidungsstücke. Festgenommen wurde eine Person wegen Zechprellerei. Kürzlich wurde einem Bäckermeister ein Fahrrad Marke „Mönus“ vor dem Hause Windelmannstraße 28, gestohlen.

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Wüherleben. Mittwoch den 19. Januar, abends 8 Uhr, in der „Reinraube“ Mitgliederversammlung. Wichtige Angelegenheiten sind zu besprechen.

Reinraube. Jugendgruppe. Mittwoch abend 8 Uhr Treffen bei Hering.

Etendal. Zur Beerdigung des Kameraden Bongion treten die Kameraden morgen Mittwoch nachmittag um 3 Uhr am Konsum, Bismarckstraße, an.

## Immer daran denken

daß nur eine starke Sozialdemokratie in der Lage ist, die Not des Volkes zu lindern.

Küßt darum jede Minute für den Ausbau der Partei!

Werdet unermüdet!

neue Mitglieder für die Sozialdemokratie und neue Leser für die „Volksstimme“!

### Aus der Partei.

Zwei heimgegangene Kämpfer.

In Frankfurt a. M. verstarb der Genosse Parteisekretär Fritz Gipe an Lungenerkrankung. Von frühesten Jugend war der Verlorbene für die Arbeiterbewegung tätig. Im Jahre 1888 in Kleinwerther in Thüringen geboren, erlernte er das Zimmerhandwerk, wurde Parteisekretär für den Bezirk Nordhausen und folgte dann im Frühjahr 1922 dem Ruf der Frankfurter Genossen nach Frankfurt a. M.

Der Bezirk Franken und der Ortsverein Koburg haben durch den Tod des Genossen Wilhelm Weßelmann, des Schöpfers des Koburger „Volksblattes“ und Führers der Koburger Arbeiterbewegung, einen empfindlichen Verlust erlitten. Unter einer Massenbeteiligung, wie sie die Stadt Koburg selten gesehen hat, wurde Genosse Weßelmann von der Parteigenossenschaft und von einer Kameradschaft des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu Grabe getragen.

Berechtigte Ehrentitel. In Jülich hat der in seiner Mehrheit sozialdemokratische Stadtrat der bayerischen Regierung und ihrem Neujahrserlaß über die Verteilung der neuen Titulaturen eine beachtenswerte Kritik erteilt. Er prämierte nämlich nicht titelhungrige Anwärter auf den „Arbeits-“ und „Barmagazin-Rat“, sondern jechs bewährte Pflegemütter, welche die Pflegefinder mehr als drei Jahre großenteils unentgeltlich erogen hatten. Bei der Ehrung wurde dieser außerordentlichen Tätigkeit rühmlich gedacht und von dem der Partei angehörenden Stadterordnetenvorsitzer darauf hingewiesen, daß die Pflegemütter nicht nur ein Werk freier Liebesbätigkeit vollbringen, sondern darüber hinaus durch die Erziehung fremder Kinder Jugendfürsorge im besten Sinne leisten.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Gefeswidrige Ueberstunden.

Eine interessante Entscheidung wurde am Freitag vor dem gemeinsamen Schöffengericht in Leipzig gefaßt. Es hatten sich wegen Vergehens gegen das Arbeitszeitgesetz der Direktor und der Personalchef der Dresdner Bank, Filiale Leipzig, zu verantworten.

Die Angeklagten hatten im vorigen Jahre ihre Angestellte wiederholt bis zu 12 Stunden arbeiten lassen, obwohl die tarifliche Arbeitszeit im Bedarfsfall nur 52 bis 54 Stunden wöchentlich im Handwerke betrug. Wegen dieser unerhörten Arbeitszeitübertretung wurde von der Staatsanwaltschaft Strafentwurf gegen den Direktor gestellt.

Der Staatsanwalt beantragte insgesamt 7600 Mark Geldstrafe, das Gericht beurteilte den Direktor zu 1000 Mark und den Personalchef zu 400 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten.

Abänderung des Knappschäftsgegesetzes.

Der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat sich in den letzten Wochen mehrfach mit dem Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des Knappschäftsgegesetzes beschäftigt. Auf Grund der von einem Sonderauschuß geleisteten Vorarbeit hat der Ausschuß sein Gutachten in einer Anzahl von Entscheidungen niedergelegt, die der Reichsregierung unmittelbar überwiesen wurden.

Aus den Entschlüssen geben wir folgende wichtigen Bestimmungen wieder: Soweit eine künftige Rentenberechnung in Frage kommt, soll sie sich auf die Summe der einzelnen monatlichen Steigerungsbeträge stützen. Der einzelne monatliche Steigerungsbetrag ist so festzusetzen, daß er ein Zwölftel von 15 Prozent des Endlohnes der jeweiligen Lohnklasse entspricht. Im Fall der Bewilligung eines Nachschußes ist dieser bei

der Berechnung der aufzubringenden Beiträge in Ansatz zu bringen und auf die Renten anzuzurechnen.

Die der Berechnung der Renten zugrunde zu legenden Beiträge sind vom Reichsknappschäftsverein einheitlich in Prozentföhen von insgesamt fünf Lohnklassen, von denen der einzelne Beitragsknappschäftsverein je nach der Höhe der in seinem Bezirk üblichen Löhne drei auswählt, zu erheben. Als Mindestpension sind 80 Steigerungsbeträge zu gewahren. Der Berufsunfähigkeit ist gleichgültig die Erreichung des 50. Lebensjahres, wenn gleichzeitig mindestens 800 Beitragsmonate und davon mindestens 180 Monate wesentlich bergmännischer Arbeit nachgewiesen sind. Soweit Berufsunfähigkeit besteht, erhöht sich die Altersgrenze auf 55 Jahre. Die Rente beträgt in beiden Fällen 80 v. H. der erdienten knappschäftlichen Invalidenpension; sie erhöht sich mit jedem spätern Jahre der Antragstellung um 2 v. H. der zur Zeit des Antrages erdienten knappschäftlichen Invalidenpension.

Weiter heißt es in den Entschlüssen: Durch das Reichsknappschäftsgegesetz vom 23. Juni 1923 sind dem R. A. S. unvorhergesehene Lasten erwachsen. Um die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novelle bestehenden Renten- und Anwartschaftslasten zu erleichtern, ist hierfür aus Reichsmitteln eine entsprechende Beihilfe zu gewahren. Soweit hierdurch die verbleibende Mehrlast auf Grund der alten Renten- und Anwartschaften nicht aufgehoben wird, hält der Arbeitsauschuß eine Verrückung der laufenden Renten und Anwartschaften bis zu folgendem Ausmaße notwendig:

- Nachwirkende Berechnung der Renten und Anwartschaften dergeßalt, daß für jedes Dienstjahr 15 v. H. des betreffenden Hauereiberechnungslohnes in Anrechnung gebracht werden.
- Kürzung der Alterspension bis 80 Prozent der erdienten Rente.

Bezüglich der „Gemeinsamen Bestimmungen“ liegt folgende Entschlüssen vor:

Unter im Falle der Gewährung einer Hilfslosenrente ist beim Zusammentreffen mehrerer Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung derjenige Teil der knappschäftlichen Rente ruhen zu lassen, der zusammen mit den übrigen Rentenbeträgen 90 v. H. des Arbeitseinkommens eines dem Rentenbezieher gleichartigen Aktiven überschreiten würde. Dies gilt sowohl für Invaliden- als wie für Hinterbliebenenrenten. Voraussetzung der Bezugberechtigung von Alters- und Invalidenpensionen ist das Ausscheiden der Berechtigten aus der Arbeit in knappschäftlichen Betrieben. Der Anrechnung des Grundbetrages aus der reichsgesetzlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung auf die knappschäftlichen Pensionen wird zugestimmt. Zu den laufenden Leistungen der knappschäftlichen Pensionsversicherung ist ein Nachschuß in gleicher Höhe wie in der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu zahlen.

Soweit die Angestelltenpensionskassen in Frage kommen, heißt es in der Entschlüssen: Lebensalter und Dienstalter sind für die Alterspension der Angestellten wie in der Arbeiterklasse zugrunde zu legen. Der Anfangsbetrag der Alterspension für Angestellte soll ebenfalls auf 80 v. H. festgesetzt werden. Höchstbegrenzung beim Zusammentreffen mehrerer Renten soll wie bei der Arbeiterklasse geregelt werden. An einer Beihilfe für die Gegenwartslast ist die Angestelltenklasse nach den gleichen Grundsätzen zu beteiligen wie die Arbeiterklasse.

Weiter erkannte der Ausschuß die Berechtigung des Wunsches eines Teiles der Industrien der Steine und Erden an, wieder aus der Knappschäft auszutreten zu können. Als Voraussetzung für ein solches Auscheiden hält der Ausschuß es für nötig, daß vorher zwischen dem ausscheidenden Teil und dem Reichsknappschäftsverein über die beiderseitigen Verpflichtungen aus dem bisherigen Versicherungsverhältnis eine Regelung getroffen werden muß.

### Die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften aller Richtungen zählten Ende 1921 rund 46 Millionen Mitglieder, 1922 41 Millionen und 1923 nur noch 36,5 Millionen. Der Mitgliederverlust war allgemein; es zählten z. B. (in Millionen):

	1921	1923
die Amsterdamer Richtung	22,4	16,5
die kommunistischen Gewerkschaften	7,0	5,2
die christlichen Gewerkschaften	3,8	2,4
die syndikalistischen Gewerkschaften	1,3	0,4

Zum großen Teil wurden die Mitgliederrückgänge durch die schwere Wirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit veranlaßt, die in den Jahren 1921 bis 1923 herrschte. Auch 1924 waren die allgemeinen Verhältnisse noch ungünstig, so daß die Stärke der Gewerkschaften eine weitere Einbuße erlitt. Mit dem Jahre 1925 scheint jedoch ein neuerlicher — borerst langamer — Aufschwung eingeleitet zu haben.

Einen erheblichen Teil der von den freien Gewerkschaften wieder Abgewanderten hat die kommunistische Seite auf dem Gewissen. Sehr häufig wollten die Moskauer aller Länder „revolutionäre“ Klassenkämpfer schaffen, und der Erfolg war ein Rückfluten in den Indifferenzismus, zum Segen der Unternehmer.

### Krise im finnischen Gewerkschaftsbund.

Der finnische Gewerkschaftsbund macht zurzeit eine ernste Krise durch. Die meisten finnischen Gewerkschaften stehen unter kommunistischer Leitung und die Streitigkeiten, die die Kommunisten durch ihre Verjährung der politischen Gegensätze innerhalb der Gewerkschaftsbewegung heraufbeschworen haben sowie die endlosen Debatten über die gewerkschaftlichen Grundsätze und die gewerkschaftliche Taktik haben nicht nur die Gewerkschaften allgemein geschwächt, sondern auch zur Folge gehabt, daß die sozialdemokratischen Mitglieder sich immer mehr von der gewerkschaftlichen Tätigkeit zurückzogen.

In der letzten Vorstandssitzung des Gewerkschaftsbundes wurde der bisherige Vorsitzende H. J. J. J., der als kommunistischer Vertreter im Parlament saß, später jedoch aus der kommunistischen Partei austrat, wegen der Treibereien, die die Kommunisten innerhalb und außerhalb des Vorstandes gegen ihn inszenierten, zum Rücktritt gezwungen. Zum Protest verteilte mehrere sozialdemokratische Vorstandsmitglieder die Sitzung. Dies hat den Becher zum Ueberlaufen gebracht. Die ganze sozialdemokratische Presse Finnlands enthält heftige Angriffe gegen die Vorstandsmitglieder, der man vorwirft, daß sie durch ihre Politik die Gewerkschaftsbewegung zur völligen Machtlosigkeit herabgeführt hat.

Von sozialdemokratischer Seite wird nun die Einberufung einer sozialdemokratischen Gewerkschaftskonferenz geplant, die im Januar stattfinden und die gewerkschaftliche Lage besprechen soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die kommunistische Wählerarbeit in den Gewerkschaften schließlich zu einer Sprengung des Gewerkschaftsbundes führt.

Die Streiklage in Belgien. Die Streiklage in der Schwereindustrie des Hennegaus hat sich sehr verschärft. Die Ablehnung des Kompromißvorschlages durch die Urabstimmung der Arbeiter beantworteten die Unternehmer mit der Ankündigung, daß die Werke am Montag wieder eröffnet und die Arbeit wieder aufgenommen würde. Gleich darauf sandte der katholische Gouverneur der Provinz Hennegau, deren Regierung sonst rein sozialistisch ist, ein Rundschreiben an alle Bürgermeister des Provinzgebietes, in dem diese aufgefordert werden, die sogenannte Freiheit der Arbeit nötigenfalls mit Waffengewalt zu schützen und ihnen gleichzeitig die Ankunft von Genarmeeverstärkungen ankündigt.



Aus den Gerichtssälen.

Ueber die Dächer.

Der Vater des jetzt 20jährigen Artisten Otto Thiemann verstarb sehr früh. Die mütterliche Erziehung blieb fast ohne Einfluß auf ihn. Er kam schon früh in Fürsorgeerziehung...

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Vor dem erweiterten Schöffengericht hatte sich am Montag der Kaufmann Walter Jenke wegen Diebstahls und Gemahrsamsbruchs zu verantworten. Der Angeklagte, der bereits eine Familie besitzt, war bis 1. August 1924 Polizeibeamter...

Da der Staatsanwalt der Auffassung war, daß die Verhandlung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeute, beantragte er, die Öffentlichkeit aus diesem Grund auszuschließen. Das Gericht schloß sich dieser Ansicht an.

Das Gericht ist der Auffassung, daß aber zumindest in einem Falle der Angeklagte als Erbrecher des Briefkastens in Frage kommt. In Verbindung mit den andern Straftaten, wie Urkundenfälschung, Sachbeschädigung und Betrug verurteilt ihn das Gericht zu einer Gesamtstrafe von einem Jahre Gefängnis.

Kleine Chronik.

Mädchenmord in Ostbuss. Ein jüngeres Verbrechen ist am Sonntagabend am dem Grundstück der Mädchenmittelschule in Ostbuss verübt worden. Der 40 Jahre alte Richard Regling, der in dieser Schule als Heizer beschäftigt ist, hat nach Schluß der 14 Jahre alte Schülerin Herta Knäuper in den Heizungsraum geführt und verurteilt, an dem Kinde ein Mordverbrechen zu verüben.

Die betrübten Hüte. In Aling's Reis- und Kopfsachen in der Kanakstraße in Berlin ist in der vergangenen Nacht ein Verbrechen verübt worden. Die Hüte liegen durch ein offenes Schließfenster in die Reformationsstraße ein und konnten bei den Nachbarn, wo ihnen in die Hände fiel, in Bausch und Packung für nur einen geringen Betrag, dafür halten sie sich an wertvollen Schmuckstücke, Figuren und Juwelenstücke. Sie hielten auch gleich an Ort und Stelle ein kleines Banden ab und gaben die Hüte der ersten Person, die sie in einem großen Korb behälter, in den Kanak, Heide und Spitze unterbrachten. Das Ergebnis war, daß die Hüte billig unter Auktionspreis wurden. Als Montag morgen der Besitzer seine Gegenstände bekam, fand er seine Hüte im Hande vollständig zerstört. Es wird wohl einige Tage dauern, bis Spitze, Heide und Spitze wieder hergestellt werden.

Der Geigenkünstler als Hoteldieb. Zwei Hoteldiebe, die nicht nur in Berlin reiche Beute gemacht haben, wurden jetzt hinter Schloß und Riegel gebracht. Ein 25 Jahre alter Hans Mahl, ein Berliner, und ein 27jähriger Walter Muntens aus Düsseldorf, der sich auch Hans Günter Glums oder Döhler aus Breslau nannte, und auf diesen Namen auch einen Paß besaß, betrieben gemeinsam planmäßig den Hoteldiebstahl.

Alt-Hamburg verschwindet.



Unser Bild zeigt einen Hof in der Springweite, die mit andern ähnlichen Gehöften verschwinden soll, um auf dem Gelände Industriebauten und Geschäftshäuser zu errichten. Manche Romantiker klagen über den Abbruch dieser „schönen Winkel“, keiner aber hat für sie Geshwärmt und gleichzeitig mit ihnen Kindern darin gewohnt. Licht und Luft braucht vor allem die heranwachsende Jugend, und darum ist es Zeit, daß die „schönen“ und zumeist überflüssigen alten Winkel verschwinden — nur schade, daß es einstweilen nur in Hamburg geschieht.

Uebervoll Banknotenfälscher. In Düsseldorf wurde dieser Tage ein junger Mann aus Dresden bei der Ausgabe falscher Zwanzig-Mark-Scheine verhaftet, wobei er den ihn festnehmenden Schutzmann durch einen Schuß verletzte. Ein auf der Rückfahrt nach Dresden befindlicher Wittkater wurde in Paderborn im Zuge verhaftet. Die in Dresden vorgenommene Hausdurchsuchung erbrachte den Beweis, daß die beiden auch die Hersteller der Fälschungen sind. Die Polizei fand dort noch rund 400 falsche Scheine vor.

Nach im Juwelierladen. In Ludwigshafen ist Montag nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr der Juwelier Karl Sidlin in seinem Geschäft durch einen von ihm vor kurzem entlassenen Uhrmachergehilfen erschossen worden. Der Gehilfe war um die angegebene Zeit in das Geschäft gekommen und hatte verlangt, daß er wieder eingestellt werde. Als ihn Sidlin abwieh, zog er einen Revolver und tötete den Juwelier durch einen Kopfschuß. Die im Geschäft ebenfalls anwesende Frau Sidlin wurde durch einen weiteren Schuß schwer verletzt, während die Verkäuferin, auf die der Gehilfe die Waffe dann richtete, flüchten konnte. Der Täter richtete nach der Tat die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Kopfschuß.

Der Raubüberfall im Schlafwagen. Die Pressestelle der Reichsbahnverwaltung Hannover teilt zu dem in der Nacht zum 9. d. M. in dem D-Zug 8 verübten Diebstahl nach folgendes mit: Nur der außerordentlichen Gewandtheit des Täters ist es zuzuschreiben, daß er nicht sofort hat festgenommen werden können. Der durch das Klingelzeichen des Reisenden herbeigerufene Schlafwagenführer war sofort zur Stelle und ergriß den flüchtigen Täter. Da dieser ihm einen heftigen Stoß gegen die Brust gab, gelang es ihm, sich loszureißen und trotz der Mühsal von zwei Reisenden zu verschwinden. Der Täter ist augenblicklich auf dem Wege nach Hannover und von diesem Ort über Göttingen des Tages in Hannover über das Triebfeld des Wagens, auf dem er von dem Zugpersonal gefangen wurde, auf den Bahnhof gefahren. Sofort vorgenommene Untersuchungen der Strecke waren ergebnislos. Der Dieb ist demnach höchstwahrscheinlich mit einem der nächsten Züge nach Berlin zurückgefahren, da festgestellt wurde, daß er im Laufe des Vormorgens seine dortige Wohnung aufgesucht hat. Es handelt sich um den als internationaler Taschendieb bekannten Kaufmann Johann Günter, geboren in Chemnitz, wohnhaft in Berlin. Seine Festnahme ist noch nicht gelungen.

Die Produktion der Farb-Perle. Die Fabrikanten Henry Jords haben nach der Statistik der Firma im vergangenen Jahre 2 100 000 Perlen, farbige, verkauft. Verkaufsziffer und Flugzeugproduktion, was eine Steigerung über 2000 gegen das Vorjahr bedeutet.

Ein Nachspiel zum Haarmann-Prozess. Vor dem Schöffengericht in Hannover begann am 12. Januar das Wiedereröffnungsverfahren gegen den Hans Grans, der mit dem Massenmörder Haarmann befreundet war und im Haarmann-Prozess seinerzeit eine Rolle spielte. Grans wurde außer Diebstahl, Hehlerlei und andern Vergehen zur Last gelegt, von dem Umstän Haarmanns, mit dem er lange Zeit die Wohnung geteilt hat, gewußt und Haarmann junge Leute zum Zwecke der Ermordung zugeführt zu haben, um dann nach ihrem Verschwinden die Kleidungsstücke zu Geld zu machen. Haarmann, der in der Verhandlung scheinbar den jungen Grans zunächst schonen wollte, brachte schließlich immer mehr belastendes Material gegen Grans vor und bezeugte ihn schließlich sogar der Mithilfe und der selbständigen Ermordung eines jungen Menschen, an dessen Verschwinden Haarmann angeblich nicht beteiligt gewesen sein wollte. Da das Gericht im wesentlichen auf die Aussagen Haarmanns angewiesen war und Grans jede Mithilfe und Mitwisserchaft leugnete, war eine Überführung des Grans in den meisten Fällen nicht möglich. Nur in einem Falle, dem des 18-jährigen Arbeiters Fritz Wittig aus Kassel, hielt das Gericht Grans der Anstiftung zum Mord für schuldig. In einem andern Falle, dem des 17-jährigen Zimmermanns Adolf Cannappel aus Düsseldorf, hielt es Weisheit zum Mord für erwiesen. Haarmann wurde dann wegen Mordes in 24 Fällen 24mal zum Tode, Grans wegen Anstiftung zum Mord in einem Falle zum Tode und wegen Weisheit zum Mord in einem Falle zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Haarmann nahm das Urteil an. Grans beteuerte nach wie vor seine Unschuld, lehnte jedes Gnadengesuch ab und ließ durch seinen Verteidiger Revision einlegen. Die Revision wurde aber vom Reichsgericht verworfen. So wäre auch das Urteil gegen Grans rechtskräftig geworden, wenn nicht im letzten Augenblick noch eine Wendung eingetreten wäre. Haarmann gelang es, kurz vor seiner Hinrichtung bei einer Inspektion im Gefängniswagen einen Brief auf die Straße zu werfen, der an den Vater des Grans, den Buchhändler Grans in Hannover, gerichtet war. In diesem Briefe widerrief Haarmann alle im Laufe der Gerichtsverhandlung gegen Grans erhobenen Beschuldigungen und erklärte Grans für völlig unschuldig. Der Inhalt des Briefes lautete:

„Geständnis des Mörders Fritz Haarmann. Ich habe die Gelegenheit, da ich persönlich per Auto durch die Straßen gefahren werde, um zum Polizeipräsidenten zu fahren, diesen Brief der Öffentlichkeit zu geben. Ich möchte nicht daß diese Zeilen dem Gericht oder aber der Polizei in die Hände gelangen, da ich annehmen muß, daß dann mein Geständnis der Öffentlichkeit vorenthalten und dadurch ein unschuldiger Hans Grans durch das Beil des Henkers zu Tode gebracht würde. Möge der ehrliche Finger Gottes Segen in Ewigkeit der Familie und Kinder bringen.“

Es wird dann des weitern ausgeführt, Grans habe von keinem Mord etwas gewußt, nie etwas gesehen, und nie eine Wohnung von dem gehabt, was in der Haarmannschen Wohnung vor sich ging. Haarmann ist inzwischen hingerichtet worden, gegen Grans ist auf Grund dieses letzten Briefes Haarmanns ein Wiedereröffnungsverfahren verübt worden, das nunmehr in Hannover stattfinden wird. Etwa 30 bis 40 Zeugen sind zu dem Prozesse geladen, größtenteils schon bekannte Zeugen aus dem Haarmann-Prozesse.

Der lebhafteste Träumer. Ein merkwürdiger Unglücksfall trug sich in einem schlesischen Orte zu. Ein Hausbesitzer träumte, es brenne bei ihm, und als er erschrocken aus dem Schlafe fuhr, glaubte er, daß es in Wirklichkeit brenne, da er im halbawachen Zustand die blendende Scheibe des untergehenden Mondes für Feuersehen hielt. Durch den Schreck und die Aufregung erlitt er einen Schlaganfall.

Eine kostbare Perle. Ein 18-jähriger Taucher hatte das Glück, in den südafrikanischen Wässern eine Muschel zu finden, welche eine Perle einschloß, die zurzeit als die kostbarste geschätzt wird: matter Glanz (Orient) mit leicht grünlichem Schimmer und von 30 Karat Gewicht. Auf die Nachricht von dem Funde strömten die Händler in Scharen herbei, welche dem armen Fischerjungen das seltene Stück für 10 000 Pfund Sterling abkauften. Obgleich oft Perlenfischer als arme Leute hinausfahren und mit reicher Beute beladen als Vermögende heimkehren, war es noch bisher keinem gelungen, eine solche Kostbarkeit zu finden.

Bereins-Kalender.

Stadtnur gegen Vorauszahlung, die Seite 30 Preis, aufgenommen. Oberstleutnant, Mittwoch den 12. Januar, abends 8 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal, „Sumbler Bierauskunft“, Breiter Weg 250. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Wirtverein, Veg. Wilhelmstadt, Freitag, 15. Januar, 8 Uhr, Generalversammlung im „Hofener“ (klein Saal). Um vollzähl. Erscheinen wird gebeten. Ständl. Wirtverein. Am Donnerstag abend 8 Uhr Jahresgeneralversammlung bei Deier, Karlstraße.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Hamburg, Brauberg, Melnik), water level (+/-), and other data. Includes a note: + bedeutet über, - unter Null.

Wetterbericht. (Nachdruck verboten.)

Das Hochdruckgebiet über Europa hat noch weiter an Umfang zugenommen und beherrscht heute die Witterung von ganz Deutschland, wo bis unter nach Westen hin strenger Frost eingetretten ist. Ganz Deutschland liegt unter einer Überlagerung mit kalter Nordluft, die die bestehende Wetterlage noch eine Zeitlang aufrechterhalten wird, so daß die Frostperiode zunächst noch weiter andauert.

Hilfe im Alltag. Die Buchhandlung Volkstimme teilt uns mit, daß die „Beyers Hausfrauen-Bücher“ eingetroffen sind. Näheres im Angezeigenteil.

Liebe geht durch den Magen sagt ein altes Sprichwort, welches die menschliche Seele besser charakterisiert als mancher Psychologe. Die kluge Gattin jesselt den Mann an ihr Heim, wenn sie ihn einen ihrer selbst bereiteten Löffel vorsetzt und so nach des Tages Mühe eine frohe Stunde bereitet. Der feurige Mann aber ein vollkommener Bonnetamp, der pikante Curacao wie die feingewaltige Art des Benediktiners oder Chartreuse, der fruchtige Goldorangen oder Cherry Brandy, alle Sorten geraten gleich gut wenn man Reichel-Essenzen mit der Nichterzmarkt verwendet. Die Selbstbereitung mit Reichel-Essenzen macht Freude und setzt Sie in die Lage, sich mehr als nur ein Löffelchen zu leisten. Jeder kann die Probe darauf machen, der sich belehren und überzeugen will. Nehmen Sie aber nur Reichel-Essenzen mit dem Reichel, die allberühmte Marke, die allein vollwertige Qualität und süßeres Gelingen verbürgt. Erhältlich in Drogerien und Apotheken. Dr. Reichel's Rezeptbüchlein mit erprobten Rezepten daselbst unjont, wenn bezogen, kostenfrei durch die Schrift Otto Reichel, Berlin SO 83, Tienhofstraße 4.



# Parteiubiläum des Kreises Wanzleben.

## Aus dem Parteileben des Kreises.

Am 13. Januar 1926 ist ein Vierteljahrhundert seit dem Tage vergangen, an dem für den damaligen Reichstagswahlkreis Wanzleben der Sozialdemokratische Parteibereich gegründet worden ist. Der 13. Januar 1901 ist aber nicht der Ausgangspunkt der sozialdemokratischen Bewegung im Kreise, er bedeutet vielmehr nur den Zeitpunkt der Zusammenfassung aller Kräfte, die schon seit Jahren im sozialistischen Sinne im Kreise tätig waren. Da möchten wir den heutigen Tag auch nicht vorübergehen lassen, ohne Erinnerungen an jene Zeit wachzurufen, die als die Geburtsstunde der sozialistischen Bewegung im Kreise Wanzleben bezeichnet werden kann. Genosse Julius Koch, der langjährige Unterbezirksvorsitzende, gibt in den folgenden Abschnitten einen interessanten Rückblick auf die verflochtenen Jahrzehnte im Parteileben des Kreises.

### Die ersten Anfänge der Bewegung.

Schon im Jahre 1871 wählten von 12 286 Wahlberechtigten 738 sozialdemokratisch, 1874 sank die Zahl der sozialdemokratischen Wähler bei 13 899 Wahlberechtigten auf 144, 1877 wählten von 14 447 Wahlberechtigten wieder 726 rot. Die Wahlbeteiligung war bei den ersten drei Reichstagswahlen im ganzen Kreise immer nur gering. Sie betrug 1871 34 Prozent, 1874 34,4 Prozent und schnellte dann bei den sogenannten Attentatswahlen im Jahre 1878 auf 68,9 Prozent. Auch die sozialdemokratische Stimmzahl nahm trotz des Attentatschreckens gewaltig zu; sie stieg von 726 auf 1489.

1881 war dann infolge der polizeilichen Drangsalierung, die sich auf das Sozialistengesetz stützte, die sozialdemokratische Stimmzahl auf 466 bei 46 Prozent Wahlbeteiligung gesunken. 1884 konnte aber der immer noch gewaltige Polizeidruck den Aufstieg nicht mehr hindern. Von 16 842 eingeschriebenen Wählern wählten 1393 sozialdemokratisch. 1887, bei den sogenannten Faschingswahlen, stimmten dann 1938 und 1890 4678 Wähler für die Sozialdemokratie. Von je 100 Wählern hatten 37,5 rot gewählt. Damit hatte auch der Reichstagswahlkreis Wanzleben das Todesurteil über das seit 12 Jahren bestehende Sozialistengesetz gesprochen.

### Aus den Kampfjahren der Jugendzeit.

Hohe Verdienste um die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens hatte sich Anfang der 80er Jahre Max Sendich, ein aus Berlin ausgewiesener Schlosser, erworben. In geradezu vorbildlicher Weise hatte dieser Genosse einen in Groß-Ottersleben bestehenden Krankenverein dazu benutzt, um hier unter neutraler Flagge in Mitgliederversammlungen sozialistische Propaganda zu betreiben. Max Sendich, mit glänzender Verehrbarkeit ausgestattet, verstand es, die Zuhörer so zu fesseln, daß mancher wohl bereit gewesen wäre, wenn Sendich es gefordert hätte, mit seinem Leben für die sozialistischen Ziele einzutreten. Sendich war aber auch ein kluger Taktiker. Alle Maßnahmen, die seitens des Amtsvorstehers, des Gutsherrn August Koch, eingeleitet wurden, erwiesen sich denn auch als nutzlos. Erst als im Jahre 1885 am Vorabend des Bismarckgedenktages sich einige Arbeiter allmählich gegen Koch und entzweit darüber, daß die zur Leberwahrung einer Mitgliederversammlung des Fachvereins zusammengekommenen Gendarmen die Versammlung deswegens auflösen, weil der bestellte Redner, der Schneidermeister Habermann, keinen Personalausweis vorzeigen konnte, da kam es zur Katastrophe. „Rebiling, Du bist der Attentäter, Du sollst leben“, so war der Arbeiter Gehling von seinen Kollegen, die gar nicht an der aufgelösten Versammlung teilgenommen hatten, gefrohkelt worden.

Die Gendarmen, die schon in der üblichen Kriegervereinsstimmung waren, dem Gefeue daher schon tapfer zugesprochen hatten, saßen das politisch auf und drohten mit Verhaftungen. Die so Bedrohten wurden aber sogar von Landwehrlenten unterstützt. Ein Landwehrmann war es, der mit kurzem Griff einem der Gendarmen den Säbel entwandte und dadurch einen Auslauf herbeiführte, der dann zum Landfriedensbruch gestempelt wurde. Mehr jugendliche Personen waren es, die später schmer büßen mußten. Bei Nacht und Nebel mußte Max Sendich, der dem ganzen Erlebnis vollständig fernstand, verschwinden. Das führte dann den vollständigen Zusammenbruch der Bewegung herbei.

### Unschuldig im Gefängnis gestorben.

1887 war meine Beteiligung an den Wahlarbeiten eine ganz impulsive. Sie erstreckte sich aber nur darauf, nähere Bekannte und Arbeitskollegen, die das wahlfähige Alter besaßen, zur Pflichterfüllung anzusprechen. Die Reichstagswahlen fanden ja nicht, wie das jetzt der Fall ist, an einem Sonntag statt, sondern jeder Arbeiterwähler mußte einige Stunden Arbeitsdienst einbüßen, um sein Wahlrecht ausüben zu können. Es mußte dann auch überall auf den Arbeitsplätzen schon vor den Wähltagen die Frage erörtert werden, wann Arbeitslohn sein sollte. Erst in letzter Stunde vor Beginn der Arbeit kamen wir — der Winter war so gelinde, daß auch im Februar die Bauarbeit ging — zu dem Beschluß, gar nicht erst anzufangen, sondern jeder nach seinem Belieben sich an der Wahltagung zu beteiligen.

Der sozialdemokratische Kandidat des Kreises Wanzleben war der Schneidermeister Wilhelm Habermann, der mit noch etwa 40 andern Genossen am 7. Februar ins Gefängnis gesteckt wurde. Habermann war schwer krank, als man ihn verhaftete. Als Untersuchungsgefangener ist er, ohne die Freiheit wieder erlangen zu haben, gestorben. Der Wahlkampf mußte ohne den Kandidaten geführt werden. Da Versammlungen fast nirgends abgehalten werden konnten, war das für die Wahlbewegung, soweit das geprüfene Wort in Frage kam, zu ertragen. Immerhin, der Pannsträger fehlte. Unschuldig schmachtete er hinter Gefängnismauern. Ein elender Polizeispieß (Speck) hatte es zumeist gebracht, daß so viele Familien ins Unglück gestürzt wurden. Das war es, was uns so maßlos empörte und mit zur Wahlarbeit antrieb. Der Gewinn von 590 Stimmen, der dann im ganzen Kreise gegenüber dem Jahre 1884 verbucht werden konnte, brachte eine große Enttäuschung. Gegenüber der national-liberalen Partei, die einen Gewinn von 4334 Stimmen aufweisen konnte, fiel unser Gewinn gar nicht ins Gewicht. Viele Arbeiterwähler hatten nationalliberal gewählt. Die Morgenröte einer schönen, einer bessern Zeit war noch nicht zu erkennen.

### Auf Wahlarbeit 1890.

Im Jahre 1888 war der alte Wilhelm, der „Kartägenprinz“ gestorben und das Zwischenpiel der 100 Tage Kaiserzeit des liberalen Kronprinzen konnte kein neues Regime aufkommen lassen. Wilhelm der Redjelige trat die Herrschaft an. Mit Zuderkaut und Peitsche glaubte er sich einführen zu können. Der „eherne“ Bismarck wurde abgetan. Das Sozialistengesetz erschien den Monarchisten überflüssig. Auch unter dem neuen Kurs glaubte man Hilfsmittel in genügender Fülle zu haben, um die Sozialdemokratie dauernd niederhalten zu können. Die Wirtschaftsverhältnisse waren inzwischen immer mißlicher geworden. Eine Krise hatte große Arbeitslosigkeit erzeugt. So kam das Wahljahr

1890, das der Sozialdemokratie jenen schönen Wahlerfolg brachte, der den endgültigen Fall des Sozialistengesetzes besiegelte.

Auch diesmal war die Wahl im Februar. In Siegesgewißheit waren unsere Dispositionen getroffen. Frühmorgens marschierte die Kolonne Wahlhelfer, die die Bahn von Langenweddingen aus benutzen mußte, lautlos durch Ottersleben. Am so lebendiger war es dann aber auf dem Marsch durch die schneebedeckte Landschaft; hier konnten wir unsere Kampflieder frei ertönen lassen. Am Bahnhof Langenweddingen trennte sich der Trupp. Ich war mit noch drei Genossen nach Egerleben und Westeregeln zur Stimmzettelverteilung bestimmt. Kaum graute der junge Tag, als wir unsre Arbeit schon aufnahmen und dabei überall unsere gummierten Zettelchen „Wählt Julius Bremer“ anbrachten. Leuchtendes Blau wurden wir dabei in Westeregeln vor den Vergararbeitern beobachtet. Sie sorgten dann auch dafür, daß mit überwiegender Mehrheit 248 gegen 164 Stimmen rot gewählt wurde. Da auch Egerleben sehr gut gewählt hatte, wurde unsere frohe Stimmung dadurch nicht getrübt, daß wir am Abend den letzten Zug nach Langenweddingen verpaßten und nun den ganzen Weg von Westeregeln bis Ottersleben zu Fuß zurücklegen mußten.

In Vottmersdorf, das wir gegen 10 Uhr abends durchwanderten, zog uns eine Ballmusik in ihren Vann. Hier konnten wir uns noch bei einem Glase Bier göttlich tun. Raum aber hatte der Gastwirt, der uns bediente, aus unsern Gesprächen gehört, daß wir sozialdemokratische Wahlhelfer aus Groß-Ottersleben waren, als er auch schon Revolution witterte und uns bringen ersuchte, doch sofort sein Lokal zu verlassen, da das bei ihm stattfindende Vergnügen ja gerade deshalb abgehalten würde, weil die Bauern des Ortes das ihren Knechten gebundene Versprechen erfüllten und jetzt bei Freiber in den Dank dafür abfaketen, daß keine rote Stimme in Vottmersdorf abgegeben war.

Das war eine sehr kalte Dusch für uns. Unsere gute Laune war plötzlich auf den Nullpunkt gesunken; diese Katerstimmung verließ uns dann auch nicht wieder. Um 2 Uhr morgens trafen wir tiefbetäubt bei Mutter Wasserzier ein. Aber Magdeburg hatte sich glänzend geschlagen: Vollmar war gewählt. Jedoch Wanzleben, o wie! Landbevölkerung; sowie in Vottmersdorf war es auch noch andernorts zugegangen. Die Kriegervereine hatten viele Arbeiterstimmen für von Benda eingefangen. Mit schnellem Witz erfaßten wir, daß hier noch ungeheuer viel Aufklärungsarbeit geleistet werden mußte, wenn der Kreis für die Sozialdemokratie erobert werden sollte.

Was wir 1890 in jugendlichem Enthusiasmus glaubten erreichen zu können, trat erst 22 Jahre später nach unermüdlicher, aufopfernder Arbeit, im Jahre 1912 ein.

### Unter dem neuen Kurs.

Eine unermüdliche Kleinarbeit setzte um die Mitte des Jahres 1890 in vielen Orten des Kreises ein. Sonntag für Sonntag zogen die Funktionäre mit der „Volksstimme“, dem „Landboten“, der „Landpost“, dem „Volkskalender“ und mit Flugblättern hinaus in die jenen Orte, wo es für uns nicht möglich war, in Versammlungen zum Vorschein zu kommen. Immer wieder wurde bei Ausübung dieser Tätigkeit der Versuch gemacht, Lokale frei zu bekommen, um auch einmal in Versammlungen arbeiten zu können. Das hielt selbst im Industriegebiet der Egelnner Mulde und in Orten, die eine starke Arbeiterbevölkerung hatten, die in Magdeburg in Arbeit stand, sehr schwer. Der „Stadtpart“ in Egeln war, als der Besitzer wechselte, nicht zu halten. Der „Blau Löwe“ in Ottersleben, der „Matschler“ in Seehausen wurden uns gelegentlich freigegeben, weil die Inhaber persönlichen Streit mit der Ortsbehörde hatten und nun die Sozialdemokraten als Schwedensperre aufmarschieren ließen. Bei Besitzwechsel gingen die Lokale wieder verloren.

In dem am Magdeburg liegenden Dörfchen war der Kampf um die Lokalfrage immer sehr schnell entschieden. Hier war es der starken Arbeiterbevölkerung möglich, sich durchzusetzen. Am so größer war aber auch die Wut der Großgrundbesitzer, die in diesen Orten ihren Sitz hatten. Ganz besonders rühmlich taten sich die Gebr. Lindau in Groß-Ottersleben herbei, so daß es nur natürlich war, daß die Handlungsweise dieser burghischen Herrschaften der öffentlichen Kritik in Versammlungen und auch in der „Volksstimme“ unterzogen werden mußte.

160 Mark Tagelohn erhielten die Knechte in dieser Zeit an Barlohn ausbezahlt. Dafür mußten sie noch Sonntags regelmäßig mit Pferd und Wagen zur Schmiede, wo sie dann den Spottversen sinen konnten:

Der Lindau gab uns diesen Tag  
Zum Wagen- und zum Aufbeschlag.  
Der Knecht bei solchem Brotkern ist  
Wird nichts gemah von Jesus Christ.

Da auch die „Volksstimme“ diesen Spottvers abdruckte und die zur Schau getragene Frömmigkeit der Gebr. Lindau dabei ironisierte, gaben die Herrn vorübergehend den Befehl heraus, daß Sonntags nicht mehr besalgen werden dürfe.

Wie innig sich das Verhältnis der einzelnen Gutsherrn mit der Polizeibehörde gefakete, beleuchtet eingehend folgende 1891 oom Klostergut Marienstuhl in Egeln aufgestellte

### tolle Hausordnung:

§ 1. Ein jeder Arbeiter resp. Arbeiterin, welche im Dienste oder Arbeit des Klosterguts Marienstuhl steht und dem die Kaserne als Obdach dient, hat sich in jeder Weise nachstehender Hausordnung zu unterwerfen.

§ 2. Jeder Arbeiter und Arbeiterin ist verpflichtet, dem Vorgesetzten, welcher auch als Haushaltungsvorstand fungiert, in jeder Weise Folge zu leisten und sich in die von demselben getroffenen Anordnungen unweigerlich zu fügen.

§ 3. Morgens darf niemand das Lokal verlassen, ohne nicht gründlich gereinigt, ausgefegt und gehörig den Zutritt der Luft herbeiführt zu haben.

§ 4. Am Sonnabend müssen Tafel, Bänke, Fußboden gereinigt, gekehrt, Fenster gepußt werden, überhaupt eine Extrareinigung durch die Bewohner selbst stattfinden.

§ 5. Die männlichen Arbeiter haben nicht das Recht, sich in den Räumen der weiblichen aufzuhalten und umgekehrt.

§ 6. Abends 9 Uhr wird die Kaserne geschlossen und darf über diese Zeit hinaus nur vermittelst besonders eingeholter Erlaubnis vom Kasernenvorstand verblieben werden.

§ 7. Der Zutritt ist durchaus jedem Fremden verboten.

§ 8. Das Rauchen in den Räumen des Arbeiterhauses ist ganz besonders den männlichen Arbeitern unter 20 Jahren streng verboten.

§ 9. Beteiligungen jeder Art an dem gemeingefährlichen Bestreben der Sozialdemokraten seitens eines der Hausbewohner berechtigen den Haushaltungsvorstand zur sofortigen Entlassung aus Haus und Arbeit.

### Marienstuhl.

#### Die Gutsherrverwaltung.

Der Fall des Sozialistengesetzes war den hungernden Großgrundbesitzern höchst uneben. Es galt daher, dem neuen Kurs eine Auslegung zu geben, die allen möglichen Schikanen gegen die Sozialdemokraten Vor und Zurück öffnete. Da die Herren fast allerorts die Polizeigewalt ausübten und mit Sicherheit darauf

#### Die Polizeiverwaltung.

rechnen konnten, daß ihr Kampf gegen die Sozialdemokraten auch an gerichtlicher Stelle auf wohlwollendes Verständnis stieß, wurden die wichtigsten Dinge zum Gegenstand eines Strafverfahrens herangezogen.

Die Maifeier des Jahres 1891 bot der Groß-Ottersleber Polizei Veranlassung, ein Strafverfahren anhängig zu machen. Karl Göcke hatte den Besitzer des „Weißen Schwans“ in Bennedenbeck, Gastwirt Hoppe, bei dem das Maifest stattfand, darauf aufmerksam gemacht, daß der alte Krampel — gemeint waren vorjährige Götlanden — störend wirke und daher entfernt werden müßte. Hoppe nahm auch die neben der Bühne befindlichen Kaiserbüsten fort. Natürlich mußte nach Meinung der Polizei Köcker der Veranlasser gewesen sein. Hoppe ließ der Polizei diesen Glauben. Köcker bekam Anklage wegen Majestätsbeleidigung. Hoppe als Zeuge mußte jetzt der Wahrheit die Ehre geben und das Ergebnis war für ihn 1 Jahr Zuchthaus und für den Vorstehenden des Parteibereichs, Christian Müller, 1/2 Jahre Gefängnis.

Wie sorgfältig man darauf bedacht war, die Partei bzw. die leitenden Parteigenossen aufs schwerste zu schädigen, dafür folgendes Beispiel: Christian Müller hatte, als ihn Hoppe gelegentlich einmal fragte, wie er sich denn in der Gerichtsverhandlung verhalten müsse, geantwortet: „Du mußt doch die Wahrheit sagen.“ Infolge dieses Ausspruches wurde er dann nach einer Reihe von Monaten am Sonntag den 29. November 1891, abends 10 Uhr, direkt aus einer Parteiverammlung heraus verhaftet. „Wenn ihr Sozialdemokraten sagt: „Sage die Wahrheit,“ so heißt das auf gut deutsch: „Du sollst lügen,“ brüllte mich der Landgerichtsrat Weinhardt im Laufe des eingeleiteten Ermittlungsverfahrens an. Christian Müller fiel als Opfer dieser richterlichen Auffassung.

### Die Festigung der Organisation.

Je stärker also der Druck wurde, der auf der Arbeiterenschaft lastete, umso eifriger und überzeugter wurde die Arbeit für unsere Ideen getan. Es bewahrheitete sich wieder das alte Wort, daß Druck Gegendruck erzeugt. Friedrich Köcker, ein Mann der Tat, der in Ottersleben wohnte, war Lokalredakteur der „Volksstimme“. Ausgezeichnet verstand er es, die Launen und Matten immer wieder einmütig zu reißen und bei der Stange zu halten. In den Götlanden, in Lemsdorf sowie in Diesdorf, ganz besonders aber in Egeln und Wolmirsleben (Friedrich Jeserik, Karl Bilz) fanden sich Parteigenossen, die den losen Organisationskörper immer enger zusammenflochten.

Die lose Organisationsform mußte ja allmählich in eine fest gegliederte umgebaut werden. Da aber dann die Satzungen und das Verzeichnis der Mitglieder der Polizeibehörde gemeldet werden mußten, war das mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Immer wieder konnte festgestellt werden, daß einzelne Unternehmener genau wußten, wer für den Sozialismus wirkte, da hielt es dann sehr schwer, feste Parteivereine zu schaffen.

Sinzu kam aber noch, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags gegen eine immer stärker werdende Opposition ankämpfen mußte. Die Haltung der Fraktion wie auch die Tätigkeit des Parteivorstandes erschien manchem jugendlichen Theoretiker zu wenig revolutionär. Bruno Wille, Max Schippel, Hans Müller und andre entfalteten die Fahne der Rebellion. Beteiligt wurde in einer Versammlung, die am 2. August 1890 im 6. Berliner Wahlkreise stattfand und in der Bruno Wille das Referat hatte, in der Aussprache von Wildberger gesagt:

„Durch die Haltung unserer Fraktion, die Erfolgspolitik betreibt, ist es dahin gekommen, daß der eigentliche revolutionäre Charakter unserer Partei nach und nach verschwunden ist. Unsere Partei bedarf fortwährend neuen Blutes. Man dürfe darum junge, aufstrebende Talente nicht, wie es von seiten der Fraktion geschieht, vor den Kopf stoßen und unterdrücken. Man sollte sich vielmehr freuen. Auf der Jugend ruhe die Zukunft unserer Partei. Man dürfe nicht Leute abschrecken, die eben erlich sind wie Genosse Bebel. Freie Kritik müsse waken. Die Fraktion vernachlässige zu sehr den politischen Teil unsers Programms. Schon längst hätte ein Antrag auf Veränderung unsers Vereinsgesetzes eingebracht werden müssen, um einer freien Bewegung Raum zu schaffen. Der politische Teil unsers Programms müsse wieder mehr zur Geltung gebracht werden, dann werde auch der revolutionäre Geist in unserer Partei wieder aufleben.“

### Die Berliner

### Oppositionsbewegung

überzeugt sich sofort auf Magdeburg und beeinträchtigte daher die Parteientwicklung im Kreise Wanzleben. Die Agitation zur Gewinnung eines größeren Referates für die „Volksstimme“, die seit dem 1. Juli 1890 regelmäßig erschien, hatte natürlich auch darunter zu leiden. Immerhin stellte der Kreis Wanzleben von den 40 Provinzorten, in denen schon in den allerersten Tagen des Erscheinens der „Volksstimme“ Ausgabestellen errichtet wurden, 16. Friedrich Jeserik in Egeln, Friedrich Köcker für Groß-Ottersleben, Klein-Ottersleben, Lemsdorf und Bennedenbeck, Joseph Hartmann für Wolmirsleben, Unseburg, Bennedenbeck, Tatzlun, Goldacker für Egerleben, Stohmann für Salbte, Hermsleben und Westeregeln, Karl Schulte für Diesdorf, Gustav Thiers für Hohendodeleben und Adolf Thiele für Behndorf-Solten übernahmen die tägliche Leberweigung an die einzelnen Bezirke.

Unter großer Mühe gelang es allmählich in Ottersleben und Umgebung, in den Götlanden und in Diesdorf, eine feste Organisation zu schaffen. Die Gemnungen, die da zu überwinden waren, werden wohl am besten beleuchtet, wenn eine Notiz wiedergegeben wird, die am 5. September 1890 in Nr. 58 der „Volksstimme“ veröffentlicht wurde:

„Groß-Ottersleben. Unser Ort ist seit einiger Zeit der Schauplatz einer vollständigen Oede, und zwar herbeiführt, daß die hierorts ansässige Bevölkerung, welche mindestens zu sieben Achtein aus Arbeitern besteht, in letzter Zeit selbst den allerbrunnendsten Fragen gegenüber nur ein sehr mäßiges Interesse befindet. Gerade die jüngere Welt ist es, welcher die Pflicht obliegt, den nun schon seit Monaten geplanten „Allgemeinen Arbeiterverein“ zur Wirklichkeit werden zu lassen. Trifft dieser Vorwurf die jüngeren Elemente, so haben auch die älteren bewährten Vertrauenspersonen in letzter Zeit manches veräumt. Während schon an verschiedenen Orten unsers Kreises, z. B. Egeln, die Parteigenossen eifrig dabei sind, ihre Meinungen über die Neuorganisation der Partei auszutauschen, regte sich bei uns hier draußen noch keine Seele. Woher soll denn hier das junge Element seine Lehren nehmen, wenn keine Gelegenheiten geboten werden? Bei aller Achtung, die wir vor unsern älteren Genossen haben, können wir uns dieser Vorwürfe nicht enthalten und erwarten, daß die Adressen, an welche diese Mahnung gerichtet ist, dieselbe verstehen.“

### Einige Ottersleber.

Wenn auch die einzelnen Ortsorganisationen oftmals einen schwachen Stand hatten, der Einfluss, den sie auf das politische Leben ausübten, war nicht zu unterschätzen. In den Gemeindevertretungen von Groß- und Klein-Ottersleben, Bennedenbeck, Diesdorf und Hohendodeleben sowie in den Götlanden zählten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter durch ihre Tätigkeit



den Bürgerlichen sehr bald die notwendige Achtung ab. Das trug dann aber mit dazu bei, daß ganz allmählich die Zahl der „Volksstimme“ Leser stetig. Bei den Geschäftsleuten hielt es allerdings sehr schwer, diese zum Abonnement der „Volksstimme“ zu bewegen. Es wurde erst besser, als Genosse Stohmann und dann Karl Göde in ähnlicher Weise folgende Mitteilung in der „Volksstimme“ veröffentlichten:

Zur Nachahmung empfohlen. Die Leser der „Volksstimme“ in Fernerleben, Salbe und Westerhüsen haben mit ihrem Vertrauensmann eine Abmachung getroffen, wonach der letztere gehalten ist, für die Veröffentlichung aller derjenigen Geschäftsleute zu sorgen, welche ein Arbeiterzeugnis in ihren Lokalen auslegen bzw. die Arbeiterzeitungen durch Zuwendungen der Inserate usw. unterstützen. Der Unterzeichnete erlaubte sich hiermit seines Auftrages, indem er die Namen aller derjenigen Geschäftsleute der genannten Ortschaften, welche den oben angeführten Voraussetzungen entsprechen, veröffentlicht.

#### Fernerleben:

Gastwirt Hochbaum, Gastwirt Rausch, Restaurateur Radow, Restaurateur Verling, Kaufmann Jahn Bäckermeister Schuhmacher, Bäckermeister Jahn, Bäckermeister Goebke, Fleischermeister Schuster, Fleischermeister Thiele, Zigarrengeschäft von Fackner, Barbierherr Wille, Händler Gottfried, Schuhmachermeister Wibelsh, Schneidermeister Theil.

#### Salbe:

Gastwirt Wilhelm, Kaufmann Duh, Schuhmachermeister Lüttge, Schuhwarengeschäft von Glöckel, Schuhwarengeschäft von Bauermeister, Schneidermeister Aht, Handelsmann Koch.

#### Westerhüsen:

Restaurateur Hoffmann, Bäckermeister Böhme, Handelsmann Böhme.

Der Aufforderung, allmonatlich die Veröffentlichung zu ergänzen, werde ich gewissenhaft nachkommen.

Salbe, den 1. September 1900. E. Stohmann.

### Nach dem Schandgeschehen.

Zum Schluß dieses Kapitels noch ein kleines Bild darüber, was alles unter dem „neuen Kurs“ noch viele Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes möglich war. Der Schuhmachermeister Fritz Hermann in Groß-Ottersleben, Halberstädter Straße wohnhaft, war auch in Klein-Ottersleben eine bekannte Persönlichkeit. Gerade deswegen wurde ihm bei der Wahl im Jahre 1900 die Aufgabe, in Klein-Ottersleben als Wahlhelfer tätig zu sein. Im Laufe dieser Aufgabe trat er dann das Wahllokal und zog sich eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs zu. Als er auf Aufforderung des Wahlvorstehers, sich zu entfernen, darauf hinwies, daß er als deutscher Mann geführt auf das Gesetz, in jedem Wahllokal anwesend sein dürfe, weil ja der Wahlakt eine öffentliche Handlung sei. Da es gegen einen Sozialdemokraten ging, wurde die Dummheit des Wahlvorstehers (Höckelmann) zu einer Staatsaktion aufgebauscht, die dann aber am Tage der Gerichtsverhandlung dadurch ihren Abschluß fand, daß der mit der Sache betraute Amtsgerichtsrat dem Herrn Höckelmann unter Zustimmung des aufgebotenen Zeugenapparats und unter Mitwirkung des Genossen Landsberg eine weiße Belehrung erteilte, die ihre Wirkung nicht verfehlte. Und die Staatskasse hatte für die so verpuffte Staatsaktion die Kosten zu tragen.

Höckelmann hat in diesen Jahren überhaupt viel von sich reden gemacht. Daß er und seine Reitorianer, die er ins Gemeindepalament entsandte, nicht mehr so weit kommen konnten, wie das ohne Sozialdemokraten möglich gewesen wäre, konnte dieser Bollwachtartikel nicht verhindern. Auf sein Bestreben hin wurden denn auch die Genossen Andreas Hermann und Heinrich Mühlberg als Vorstandsmitglieder des Hausbesitzervereins zu je 15 Mark Ordnungsbüße verurteilt, weil im Hausbesitzerverein öffentliche — das heißt politische — Angelegenheiten erörtert worden seien. Die Genossen hatten als Hausbesitzer den Mitglieder ihres Vereins damals Kenntnis gegeben, daß sie in einem Schreiben an den Gemeindevorsteher — Verbergen — Kritik geübt haben, daß Höckelmann von sich aus einen öffentlichen Weg eingeschlagen und daß Anträge der Vertreter der 3. Klasse nicht auf die Tagesordnung gesetzt seien.

### Der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht.

Ende der Vierziger Jahre wurde die Auffassung, daß es zwecklos sei, sich in Preußen an der Landtagswahl zu beteiligen, endgültig zu Grabe getragen. Preußen, das härteste Bollwerk der Reaktion, mußte herantreten, um Licht in diese Dunkelkammer zu bringen. Auch die ländlichen Wahlbezirke sollten mit bearbeitet werden, deshalb gingen wir 1903 zum ersten Angriff vor und erzwangen auch für die Landtagswahl so etwas wie einen Wahlkampf in Kreise.

Bei einer Einwohnerzahl von 84 376 waren 18 175 Urwähler in die ausgesetzten Wahllokale eingetragen. Davon gehörten

- 264 Urwähler der 1. Wahlabteilung (1,62 %),
- 1667 Urwähler der 2. Wahlabteilung (9,17 %),
- 16214 Urwähler der 3. Wahlabteilung (99,21 %).

an. Gewählt sind in den 67 Wahlbezirken, die im Kreise gebildet wurden, 316 Wahlmänner. Zu der

1. Wahlabteilung konnten 253 Urwähler 1 Wahlmann,
2. Wahlabteilung konnten 1502 Urwähler 1 Wahlmann,
3. Wahlabteilung konnten 156,90 Urwähler 1 Wahlmann

wählen. Zu 19 von den 67 Wahlbezirken des Kreises konnten wir uns aber nur an der Wahl beteiligen. Von den 316 Wahlmännern, die im ganzen Kreise gewählt wurden, entfielen auf die Sozialdemokratische Partei 38. Da diese das Ergebnis des Abgeordnetenwahl nicht beeinflussen konnten, nahmen nur 5 von ihnen daran teil, die, ohne ihren Lebensberuf einzulassen zu müssen, nach der Kreiswahl hinaus konnten. Der Konjunktur wurde mit 148 Wahlmännern zum Abgeordneten des Kreises Wanzleben gewählt.

Daß der erste Sturz keinen nachhaltigen Erfolg zeigen würde, war uns von vornherein klar. Die verhältnismäßige Stimmstärke war für mandchen innerlich zu uns Selbstvertrauen ein wahres Schreckgespenst. Das durfte uns aber nicht entmutigen. „Nun erst recht“, hieß die Parole im ganzen Lande. Was nur das für ein Wahlrecht, das drei Personen mit einem gewissen Geldbettel so viel Wahlstimmen wie 156 Wahlmänner, die in der Wahl ihrer Eltern weniger wertig gelten werden. Während 16 begüterte Urwähler 2 Wahlmänner bestimmen konnten, durften die 156 Gehobenen nur einen Wahlmann entsenden. Dem Urwähler mußte Gehalt geboten werden; das freie und gleiche Wahlrecht mußte erkämpft werden. Der als Staatsbürger nicht nur Pflichten erfüllen, sondern auch Rechte besitzen mußte, mußte deshalb immer und immer wieder auf seine Rechtshilfe hingewiesen werden. Das konnte in ständigen Wahlberichten und in den dann stattfindenden Versammlungen nicht in genügendem Maße geschehen. Der Wahlrechtskampf mußte unmittelbar geführt werden. Die Redaktionen mußten erkennen lassen, wie groß und wie hart sie am Werk waren.

### Der rote Sonntag.

So kam der 21. Januar 1906, der sogenannte „rote Sonntag“ in Preußen. Merkwürdig, daß es nun irgend möglich war, fanden an diesem Tage, morgens um 11 Uhr, Versammlungen in allen Wahlbezirken statt. In der ersten Versammlung in Groß-Ottersleben, dem Halberstädter Straße wohnhaften Genossen, Friedrich, Hermann, Hermerleben, Semstorf, Soltau-Berthelmann, in Gegen für alle Orte der Sozialdemokratischen Partei. Da Klammern nicht nur die Versammlungen heranzog, hatte zu Folge, daß die Parteimitglieder überall mit ihnen geschildert werden und mit Anmerkungen besprochen werden, daß in den Versammlungen das Militärkommando, das, soweit unser Bezirk in Frage kam, der Kommandeur von Hinderburg, der jetzige Reichspräsident, Vorlesungen getroffen hatte, sofort Militär nach unsern Versammlungsorten zu entsenden, um die geplante Revolution sofort im Keime zu erstickten.

Natürlich hatte niemand die Absicht, Revolution zu machen; nur zeigen wollten wir, wie groß die Zahl der Reichslosen war. Die starke Nervosität, die sich in jenen Tagen der Behörden bemächtigt hatte, kam in einem Minderlaß des Landrats zum Ausdruck, den wir in seinem vollen Wortlaut hier wiedergeben:

Geheim! Von der Sozialdemokratie soll beabsichtigt sein, am Sonntag den 4. März d. J. eine abermalige Massenverteilung eines Flugblattes mit einer Kritik der Polizeiverordnungen vom 21. Januar und Angriffen gegen das Dreiklassenwahlrecht vorzunehmen. Da anzunehmen ist, daß die Flugblattverteilung allgemein geplant wird, so ersuche ich, auf rechtzeitige Eingreifen durch Beschlagnahme der Flugblätter Bedacht zu nehmen. Sollte der Inhalt derselben eine Beschlagnahme nicht rechtfertigen, so ist jedenfalls der Verteilung der Flugblätter am Sonntag auf Grund der Provinzial-Polizeiverordnung vom 27. Oktober 1905 (L. Bl. S. 477) betreffend die äußere Heiligkeit der Sonn- und Feiertage (§ 1) entgegenzutreten.

Gegen die öffentliche Verteilung von Flugblättern am Sonntag ist also unüberzüglich einzuschreiten, wenn nötig durch unmittelbaren Zwang, d. h. durch Wegnahme aus der Hand des Verteilers, die indessen nicht den Charakter einer Beschlagnahme hat, so daß also am folgenden Wochentage die Flugblätter wieder zu Verfügung zu stellen sind.

Der Landrat, gez. Mikusch.

Gegen Sozialdemokraten war eben alles erlaubt. Jeder Polizeibeamte wurde ausdrücklich vom Landrat ermächtigt, vor Gewaltmitteln nicht zurückzuschrecken. Wenn dann der Zweck erreicht, unsere Aufklärungsarbeit also unterbrochen war, konnten ja die geraubten Flugblätter wieder zurückgegeben werden.

### Der Ehrentag 1908.

Die Wahlrechtsfrage blieb aber trotz aller behördlichen Sähtanen auf der Tagesordnung. Der 3. Juni 1908 wurde ein Ehrentag für die Sozialdemokratie in Preußen, aber auch bei uns im Kreise. 88 sozialdemokratische Wahlmänner wurden gewählt. 85 (einer wurde noch vor dem Tage der Abgeordnetenwahl zum Militär eingezogen) gaben am 16. Juni im Schützenhaus in Wanzleben ihre Stimme für den sozialdemokratischen Abgeordneten-Kandidaten ab. In Nr. 141 der „Volksstimme“ konnten wir damals über diese Wahl wie folgt berichten:

Erktaunt rufen die wenigen anwesenden gegnerischen Wahlmänner die Augen auf, als unsere Armee anrückt, und den Saal fast vollständig besetzt. Immer mehr und mehr der „gewichtigen“ Konserverativen drängen sich dann in den Saal hinein; hilflos schauen sie von einem Tische zum andern, doch, „Wo hin er auch spähet und blicket“: überall das leuchtende Rot der Sozialdemokraten.

Doch halt, da hinten rechts die Loge ist noch nicht voll besetzt. Über drei Mann mit roten Hosen sitzen auch hier, also sehr und weiter jenseit, bis endlich ein Platz erwischt ist. Immer länger werden die Gesichter der Herren, immer wüsten der die Blicke, die unsern Genossen zugeworfen werden. Können die Blicke töten, nicht einer unserer Genossen wäre lebend aus dem Saale gekommen.

„Vermaledeite rote Gesellschaft“, knirscht hier und da einer zwischen den Zähnen hervor, wenn die Herren in die lächelnden Gesichter unserer Genossen blicken müssen. Da naht auch Herr Mendelsohn (Zechhausen) und sucht einen Platz. Endlich nimmt sich die Bedienung der Herren, die noch keine Plätze erwischen konnten, an, indem ganz born an der Bühne rechts und links noch je ein Tisch eingenommen wird, rechts nimmt Herr Mendelsohn mit noch einigen Herren, links der Kandidat der Konserverativen, von Kofe, mit Gefolge Platz.

Die Hitze im Saal ist heimatlich unerträglich, als um 11 Uhr der Landrat als Wahlkommissar den Wahlakt eröffnet. Nachdem einige Beschwerden und Proteste durch Beschluß der Versammlung erledigt sind, beginnt endlich, es ist beinahe 12 Uhr, der Namensaufruf. „Herr Landrat a. D. von Kofe“ heißt es immer und immer wieder durch den Saal; es sind die Herren mit dem gewaltigen Körperumfang, wohl jeder hat über 2 Zentner Lebensgewicht, die den Neigen eröffnen. Ein milder gut genährter Landwirt nennt zaghaft „Abrecht Schulze (Diebholz)“, steht er doch dicht neben dem konserverativen Kandidaten, der von seiner Zustimmung Notiz nimmt.

Da erscheint auch der erste Sozialdemokrat: Gewerkschaftsbeamter Hermann Silberstein, Berlin, schallt es bis in die fernste Ecke des Saales. Als im Jahre 1903 die erste sozialdemokratische Stimme abgegeben wurde, wurde sie mit Hochrufen begrüßt. Ganz anders diesmal. Die Herren wußten, daß wir quitierten würden. Unter eisigem Schweigen war der Wahlakt eröffnet worden, unter eisigem Schweigen wurde er nach Bestätigung des Resultats geschlossen.

Unre planmäßige Agitationsarbeit für ein freies Preußenwahlrecht zog denn auch in einer ganzen Reihe von Orten des Kreises für die bekannnten Parteigenossen

### polizeiliche Sähtanen

nach sich. Am 24. Juni 1909 wurden die Hermerleber Genossen Kleps, Mohrlieder und Schneider mit 1 Woche, Hermann und Wener mit je 2 Wochen und Schmoritz mit 3 Wochen Gefängnis bestraft. In der zweiten Instanz wurde Kleps dann freigesprochen, die Strafe für Mohrlieder wurde aber auf 2 Wochen festgesetzt. Wener kam mit 30 Mark Geldstrafe davon. Wegen derselben Wahlrechtsdemonstration, die am 6. März 1909 stattfand, erhielten in Groß-Ottersleben drei Genossen ein Strafmandat von je 30 Mark. 23 Genossen mußten je 10 Mark bezahlen. In der gerichtlichen Entscheidung, die natürlich angefordert wurde, wurden die drei Genossen, die je 30 Mark bezahlen sollten, freigesprochen. Von den 23 wurde für zwei das Strafmandat zurückgegeben, für 21 aber die Höhe des polizeilich festgesetzten Strafmaßes bestätigt. 1906 33 Mark mußten für Wenzel, Strasen usw. infolge des Wahlrechtskampfes aus der Partei entfernt werden.

Die Wahlrechtsfrage war aber eine Lebensfrage für das ganze Volk geworden. Das kam denn auch im Dezember 1908 in einer Petition zum Ausdruck, die von mittelfränkischer Seite dem Abgeordnetenhaus gelang, die wir hier in ihrem vollen Wortlaut wiedergeben:

### Groß-Ottersleben, im Dezember 1908.

Beinhaltet die Einführung der geheimen Stimmabgabe bei Landtags- und Kommunalwahlen.

### Dem hohen Hause der Abgeordneten des Landtags

unterbreiten unterzeichnete Handwerkermeistervereine und Innungen diese Petition zur gefälligen Prüfung.

Außer dem öffentlichen Wahlgesetz bei Landtags- und Kommunalwahlen haben die Gewerbetreibenden schwer zu leiden. Besonders der Handwerker und kleine Geschäftsmann, der von seinen Kunden abhängig ist, darf sich gar nicht erlauben, eine eigene Meinung zu bekunden und sein Wahlrecht nach eigenem Ermessen auszuüben. Die Regierung geht deshalb überhand nicht zur Wahl, denn wenn sie auch wählen, bei einer Partei können sie immer an und verlieren diese infolge dessen als Wahlsieger.

Der Geschäftsmann, der nicht nach Wunsch seiner Kunden wählen kann, wird einfach geschwänzt und auf diese Weise wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Darum ist es unabweisbar notwendig, daß die Stimme bei den Landtags- und Kommunalwahlen nicht öffentlich, sondern geheim abgegeben wird.

Die unterzeichneten Handwerkervereine und Innungen bitten das hohe Haus der Abgeordneten, das Wahlgesetz dahin zu ändern, daß die Stimmabgabe eine geheime wird.

Von weiteren Änderungen des Wahlgesetzes wollen wir vorläufig Abstand nehmen.

In Ehrerbietung

die unterzeichneten Meistervereine und Innungen

Der Vorstand  
Groß-Ottersleben, Friedrichstraße,  
Vorsitzender des Handwerkermeistervereins,  
Bäckerinnung Groß-Ottersleben,  
Georg Duderstadt, Vorsitzender.  
Der Vorstand des Handwerker- und Gewerbevereins Salbe,  
Ernst Pflugmacher, Vorsitzender.  
Der Vorstand der Bäcker-Zwangsinnung Salbe und Umgegend,  
Ernst Pflugmacher, Obermeister.  
Der Vorstand der Bäcker-Zwangsinnung zu Magdeburg,  
Wilhelm Schulze, Obermeister.  
Der Vorstand des Handwerker- und Meistervereins Magdeburg,  
E. Herrmann, Vorsitzender.  
Der Vorstand der Tapezier- und Dekorateur-Zwangsinnung zu Magdeburg,  
E. Herrmann, Obermeister.  
Der Vorstand des Budauer Handwerker- und Gewerbevereins,  
Max Hüneburg,  
Handwerkerverein Magdeburg-Sudenburg,  
J. A. S. Regel, Vorsitzender.

An das hohe Haus der Landtagsabgeordneten Berlin.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich denn auch in seiner Sitzung am 24. April 1909 sehr eingehend mit der Sache. Während die Petitionskommission nur beschlossen hatte, die Eingabe der Regierung als Material zu überweisen, beschloß das Haus nach eingehender Debatte, in der sich die Nationalliberalen einmal wieder als Fraktion Drehscheibe betätigten, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Freiwirtschaftlichen Volkspartei, der Freiwirtschaftlichen Vereinigung, des Zentrums und eines Teiles der Nationalliberalen: „Die Petition Nr. 1264 um Einführung der geheimen Stimmabgabe bei Landtags- und Kommunalwahlen der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.“

Später stoppte die Wahlrechtsbewegung in Preußen etwas ab. Im Reichstag herrschte fortgesetzt Krisensimmung. Da große Abrechnung des Wahljahres 1912 bereitete sich hier vor und beriefte den Kampf in Preußen in einen gewissen Aufbruch. Erst zum Schluß des Jahres 1912 lebte er dann wieder auf. Am 18. Mai 1913 fanden wieder einmal Urwahlen statt; da inzwischen aber Hermerleben, Salbe, Westerhüsen und Quedlinburg aus dem Kreise Wanzleben ausgeschieden waren und die hier gewählten 46 sozialdemokratischen Wahlmänner jetzt an der Abgeordnetenwahl in Magdeburg teilzunehmen hatten, kam die Parteileitung des Kreises zu der Entscheidung, sich diesmal nicht an der Wahl des Abgeordneten in Wanzleben zu beteiligen. Kein Mensch konnte wissen, daß das die letzte Abschiedsvorstellung des elendigen aller Wahlrechts war und daß am 26. Januar 1919 unter dem freiesten Wahlrecht der Welt eine preußische Landesversammlung gewählt wurde, die dem Lande die jetzt maßgebende Verfassung gegeben hat.

Julius Meißner

### Die Jugendbewegung.

Im Jahre 1904 sind in Norddeutschland die ersten Vereinigungen der arbeitenden Jugend entstanden. Die Bewegung ging von Berlin aus, hatte in der ersten Zeit sehr große Hindernisse zu überwinden und konnte deshalb nur langsam vorwärts kommen. Im Bezirk Magdeburg wurde im Jahre 1907 die erste Jugendvereinigung geschaffen. Die Jugend ging auch hier, wie in andern Städten, zunächst ganz selbstständig vor. Die erwachsenen Arbeiterschaft stand im Anfang den Organisationsbestrebungen der Jugend kühl und abweisend gegenüber. Sie hielt die besondere Zusammenfassung der Jugend in Vereinen für eine Straftat. Es wurde sogar von einer unzüchtigen Spielerei gesprochen.

Die Gegner der Arbeiterbewegung sahen die Dinge anders an, für sie war die proletarische Jugendbewegung eine große Gefahr, die mit allen Mitteln bekämpft werden mußte. Das Reichsbereitschaftsgesetz, das 1908 in Kraft trat, sollte ein solches Mittel sein. Es verbot jungen Menschen unter 18 Jahren, sich politisch zu organisieren. Da aber jeder Arbeiterverein, der in Beziehung stand zur großen Arbeiterbewegung, als politisch angesehen wurde, war es den Behörden nicht schwer, den Arbeiter-Jugendvereinen als „ungesetzliche“ Vereinigungen das Lebenslicht auszublasen.

Die nunmehr gegebenen „rechtlichen“ Verhältnisse auf der andern Seite, auch die mittlerweile sehr lebenskräftig gewordenen Bewegung der Jugend zwangen die Partei und die Gewerkschaften, sich mit dem Problem der Jugendvereinigung und Jugendbeziehung auseinanderzusetzen. Die von der Jugend selbst geschaffenen Vereine konnten auf die Dauer nicht bestehen bleiben, deshalb mußte eine andre Form der Verwaltung und Zusammenfassung gefunden werden. Der Hamburger Gewerkschaftskongress und der Nürnberger Parteitag vom Jahre 1908 beschloßen daher, Ortsausschüsse, zusammengefaßt aus Vertretern der Gewerkschaften, der Partei und der Jugend, zu bilden, die Einrichtungen für Jugendkultur und Jugendbeziehung schaffen sollten.

Im Kreise Wanzleben hat man die gesamte Arbeit für die Jugend notwendig war, in die Hände des

### Genossen Heinrich Wunderling

gelegt. Diese Wahl war eine sehr glückliche. In Heinrich Wunderling bekam die Jugend einen wirklichen Führer und Freund. Wunderling war nicht nur in der Jugendbewegung tätig. Er machte sich auf dem Gebiete der Bildungsarbeit verdient, nicht in der Arbeiter-Turnbewegung und war immer bereit, seine Kräfte einzusetzen, wenn es galt, sozialistische Kulturarbeit zu leisten. Der Kreis Wanzleben hat im Bildungswesen manche Einrichtungen geschaffen, die für ländliche Bezirke musterhaft genannt werden konnten. Er hat im Bezirk Magdeburg den ersten Kreisbildungsausschuß, die erste Kreis-Bibliothek eingerichtet.

Die Jugendbewegung gehob unter der Leitung des Genossen Wunderling sehr gut. Als die 1911 geschaffene Bezirks-Jugendzentrale zum erstenmal eine Erhebung anstellte über den Stand der Jugendbewegung im Regierungsbezirk Magdeburg, ergab es sich, daß Wanzleben der beste Landkreis war.

Der Weltkrieg hat die gute Entwicklung abgebrochen. Die Jugend verlor ihre besten Förderer und Führer. Auch Heinrich Wunderling mußte den Feldgrauen Platz anziehen und Kräfte dienst leisten. Er kam nicht wieder. Im Juli 1916 kam die Nachricht aus Russland, daß Heinrich Wunderling am 7. Juli 1916 gefallen sei. Die Jugend und alle Genossen, die diesen treuen und opferbereiten Mann kannten, trauerten aus innerstem Herzen um ihn.

Die Lebenszeit des Krieges ging vorüber; Zusammenbruch des alten kaiserlichen Deutschlands, Revolution! Ein neues Deutschland sollte entstehen, geschaffen vom Volke, getragen, geistigt vom Volke. Neue Verpflichtungen und Aufgaben für die Jugend entstanden. In neuer Form schloß sich die Jugend zusammen und mit neuer Kraft suchte sie ihre Stellung zur gesamten Arbeiterbewegung, zum Staatsganzen.

Nun muß die Jugend aus dem Kreise Wanzleben mit allen anliegen. Aus einer stolzen Vergangenheit entstehen ihr die höchsten Verpflichtungen, sich als lebendige Kraft zu erweisen in großen Kämpfen der Arbeiterschaft um Gegenwart und Zukunft.

E. R. Müller



# Die Arbeit von 1900 bis 1912.

Die wirtschaftliche Struktur des Kreises Wanzleben ist vielfältig. Die in den an Magdeburg grenzenden Orten wohnende Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung findet in der Magdeburger Industrie und dem Baugewerbe Beschäftigung. Dieses Arbeitsverhältnis ist mehr unpersonlich, demzufolge ist deren Betätigung für die sozialdemokratische Agitation mit weniger Gefahren verbunden. Diese Arbeiter haben sich im Kreise Wanzleben andauernd selbstlos und treu in den Dienst der Sache gestellt. Im mittleren Teil des Kreises überwiegt der landwirtschaftliche Großbetrieb. Die hier tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen stonen bei niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen und unter starkem politischen Druck. Klein- und mittelbäuerliche Wirtschaft ist nur in geringem Umfange vorhanden.

Im südlichen Teil des Kreises dominiert neben der Landwirtschaft die Kali- und Kohlenindustrie. Die wertvollen Naturschätze werden zum Teil vom preussischen Staat und in überwiegendem Umfange vom Privatkapital ausgenutzt. In den vier kleinen Städten und auf dem Lande hat sich ein verhältnismäßig zahlreicher Stand von Handwerkern und Geschäftleuten erhalten, die zusammen mit den Arbeitern und Angestellten von den ökonomisch starken Besitzern der Landwirtschaft und des Industriekapitals abhängig sind.

Der Wille zur Herrschaft über die abhängige Bevölkerung ist in diesem Kreise stark entwickelt. Die leitenden Persönlichkeiten der privaten und staatlichen Betriebe wußten diesen Willen zur Macht in ein besonders wirksames System zu bringen, wodurch sie jede selbständige geistige Bewegung und das Aufkommen der gewerkschaftlichen Organisationen zu unterdrücken wußten.

Die Nachwahlen 1900 ergaben 6045 Stimmen für die Sozialdemokratie = 40,4 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Zum Bedauern der tätigen Genossen legte der bisherige Kandidat Herr Verlach das Amt nieder, dem hiermit für seine mühevollen und erfolgreichen Arbeit besonderer Dank ausgesprochen sei. Zu Beginn des Jahres 1901 konnte der Vorsitzende, der schon in zentrale Form gebracht Kreisorganisation berichten, daß der Genosse Silberfischmidt sich bereitgefunden habe, dieses Amt zu übernehmen. Dieser stellte sich alsbald in drei Protestversammlungen, die gegen den Zoll- und Protowucher in Groß-Otterleben, Diesdorf und Salbte stattfinden konnten, den Anwesenden vor, und in der Kreisversammlung am 25. August 1901 wurde einstimmig beschlossen, diesem Genossen die Kandidatur zu übertragen.

Die handelnden Genossen hatte die Erfahrung gelehrt, daß bei den ungleichen ökonomischen und politischen Machtverhältnissen in offener Feldschlacht allein der Sieg nicht zu erringen sei, daß vielmehr gegenüber der offenen, brutalen Macht, welche die öffentliche Betätigung in Versammlungen, in der Presse und in anderer schriftlicher Art völlig erlöschte, mehr die stille, auf die Gewinnung der Seelen gerichtete Arbeit gefördert und gepflegt werden müsse.

Das nun in den Vordergrund tretende stille Werben, das intensiver und jahrelang von unsern braven Anhängern aus der Magdeburger Umgebung systematisch geübt wurde, bildete die Grundlage des Systems. Daneben betätigte sich auch der Kandidat zweimal im Jahre mehrere Wochen. In den entlegensten Orten, wo keine irgendwie geartete Agitation stattfinden konnte, wurden spontan im Kreise der Familien — oft nur mit zwei bis drei Männern und Frauen — Besprechungen arrangiert. Und sonderbar, aber vielmehr erklärlich, am Tage durften die sich von den Angestellten der Werke und Gutsbesitzer beobachtet fühlenden Leute den Kandidaten und seinen Begleiter weder kennen noch grüßen. Dafür öfnete sich das Abend im vertrauten Kreise die Seele und der Mund dieser Bedrückten. Da wurde nicht nur über politische Dinge gesprochen, sondern über alles, was das Herz bedrückte, da wurde Rat erteilt und nach Kräften Hilfe in Sozialversicherungs-, Lohn- und andern Rechtsfragen gegeben. Hier eröffnete sich für den leider zu früh verstorbenen Fritz Lotz das dankbarste Feld, der nun im Auftrage der Partei den Rechtstuchenden in diesen schwierigen Fragen zur Seite stand.

Daneben wurden in jedem Orte statistische Erhebungen veranstaltet, die ein unschätzbares Material über die wirtschaftliche und soziale Struktur jedes Ortes lieferten, und wie sich deren Bevölkerung gruppierte nach Arbeitern, Angestellten einerseits und Besitzern und Besitzergewinnen andererseits. Die Arbeit war schwer, erforderte Zeit und Geduld, aber sie vermittelte genaue Kenntnis der sozialen Verhältnisse und schuf Vertrauen zur Partei und gab den Verzeiwissenen und Verzweigten das Vertrauen zur eigenen Persönlichkeit zurück.

Bei der Wahl 1903 stieg die Zahl unserer Stimmen auf 7900 = 46,4 Prozent der abgegebenen Stimmen, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß sich die Zahl der eingeschriebenen Wähler von 18 024 auf 19 000 vermehrte. In der wachsenden Stimmengahl betraute sich außerdem ein beachtenswerter Erfolg, viel wichtiger aber war das innere Erstarken der politischen und wirtschaftlichen Organisationen, und der wachsende Wille zum Widerstand gegen die starken Mächte der Reaktion. Die Bewegung machte weitere Fortschritte. Die Zeit und die Gegner wirkten für uns, und die Organisation nützte Zeit und Gelegenheit in denkbar bester Weise.

## Die Stottentottenwahlen.

Am 13. Dezember 1906 wurde ganz unerwartet der Reichstag aufgelöst. Er hatte sich den Wünschen der Regierung nicht gefügig genug erwiesen und die angeforderten Kolonialkredite in gewöhnlichem Umfange nicht angenommen. Das Zentrum, das bisher alle Flotten- und Militärvorlagen bewilligte, befand sich diesmal in heftigster Opposition gegen die Regierungsvorlage. Die Regierung unter Bülow organisierte die sogenannten Stottentottenwahlen vom 25. Januar 1907. Dieser Wahlkampf ist von den sogenannten Ordnungsparteien und unter der Leitung des Reichstagsführers, nach den von diesem angeregten und von den Ländern gebilligten Richtlinien geführt worden. Der Stottentottenverein, der Reichstagsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und ähnliche Organisationen wirkten emsig mit.

Das war für die Gemaltpolitiker unserer Kreise ein willkommenes Anlaß, ihr bisher geübtes System zur vollen Blüte zu bringen. Im Rahmen dieser Vorlegung ist es nicht möglich, ein umfassendes Bild über die Flut von Verleumdungen zu geben, die in der Presse, in Flugblättern und Versammlungen auf die Sozialdemokratie herabgeregnet; ganz abgesehen von der persönlichen Einflußnahme auf die wirtschaftlich unabhängigen Schichten. Am tollsten aber trieb es die Firma Rabbeitz u. Giesecke direkt, und indirekt durch ihre Angestellten und andre von ihr abhängige Personen, durch Einschüchterung und Anwendung eines Heberwachungs- und Kontrollsystems.

Man ging von der Voraussetzung aus, die Arbeiter von jeder Berührung mit der Sozialdemokratie abzuschließen; jeden Zutritt zum Wähler zu verhindern. Waren dennoch Flugblätter oder Stimmzettel eingebracht, so wurden diese durch Angestellte den Leuten abgefordert und dafür Vergünstigungen gewährt oder in Aussicht gestellt. Der Einsammler selbst erhielt seinerseits Trinkgelder von höhern Beamten. Damit am Tage der Wahl unsere Wahlkoffer weder in Wohnungen noch in Geschäften oder in Lokalen sich aufhalten und mit den Wählern in Verbindung treten konnten, mißete die Firma diese Geschäftsräume und Geschäfte und schloß diese für die ganze Dauer des Tages. Die Wähler wurden bereits um 7 Uhr zur Antrufsstunde bestellt und unter Bewachung zum Wahllokal geführt und bis in die Wahlzelle unter Kontrolle gehalten.

Doch lassen wir herüber Augenzeugen reden, die unter Eid vor dem Amtsgericht folgendes aussagten:

Zeuge A.: „Ich habe vor dem Wahllokal Stimmzettel verteilt. Als wir am Stichwahltage nach Klein-Wanzleben kamen,

sahen wir schon die Patronen der Firma Rabbeitz u. Giesecke in dem Dorfe unlergehen. An den Ecken und Wänden stand jedesmal ein Posten, so daß die Wohnungen alle beobachtet werden konnten. Ich habe mehrere von diesen Leuten gefragt, was sie dort täten. Sie haben mir darauf geantwortet sie folgten die Wähler beobachtet, damit sie keine Stimmzettel für Silberfischmidt annehmen. Es ist mir auch erzählt worden, daß die Arbeiter der Firma Rabbeitz u. Giesecke an dem Morgen des Stichwahltages instruiert worden sind, daß sie auf die Wähler aufpassen sollten. Wir haben verschiedene Wähler, denen ich einen Stimmzettel für Silberfischmidt übergeben wollte, gesagt, daß sie ihn nicht nehmen dürfen, da sie sonst entlassen würden.“

Zeuge B.: „Am Stichwahltage standen auf der Straße vor dem Wahllokal etwa 20 Arbeiter der Firma Rabbeitz u. Giesecke; ferner standen im Hausflur an dem Stichwahltage immer etwa fünf Angestellte der Firma, die ich für Inzpektoren gehalten habe. Außerdem hielten sich vor dem Wahllokal noch zwei höhere Beamte der genannten Firma auf, die beide Stimmzettel verteilten; der eine von diesen soll der Prokurist Becker gewesen sein, wie mir gesagt wurde. In dem Wahllokal (ein Schulraum) saß auf dem Katheder ein Herr, der mir als der Buchhalter Gentel der Firma Rabbeitz u. Giesecke bezeichnet worden ist. Ich habe gesehen, daß dieser Herr sich Notizen machte, sowie ein Wähler das Wahllokal betrat. Ich bemerkte, daß ich mich selbst mehrere Male längere Zeit in dem Wahllokal aufgehalten habe, da wir uns keine Verteilen der Stimmzettel abließen.“

Als Holierraum diente ein Tisch, der auf drei Seiten in Höhe von etwa 1 Meter über der Tischplatte mit Leinen bespannt war. Die Bespannung war unburdichtig und, soweit ich mich erinnere, mit Tapete überklebt. Dieser Tisch stand etwas schräg in dem Zimmer. Die Wähler, die an den Holierrisch herantraten, konnten in ihren Bewegungen vom Katheder aus beobachtet werden, da die Bespannung des Tisches genau mit der vierten freien Kante desselben abschneidet. Man hätte es vom Katheder aus sehen können, wenn ein Wähler einen andern Stimmzettel etwa aus der Tasche hätte hervorholen wollen. Wenn man auch das Eintreten des Pettels in den Umschlag von dem Katheder aus nicht direkt hätte sehen können, so konnten doch von dort aus die Bewegungen der Arme beobachtet werden, und es hätte von dort aus bemerkt werden können, ob der Wähler etwa einen verdeckt gehaltenen Stimmzettel hervorholte.“

Ich habe einmal gehört, daß der Wahlvorsteher zu einem Polen, als dieser sich hinter dem Holierrisch beugte, sagte: „Was machen Sie denn da so lange?“ Der Pole erwiderte darauf, er würde schon fertig werden. Der nächste Wähler nach dem Polen war der ebenfalls als Zeuge benannte Arbeiter Gddecke. Als dieser gewählt hatte, stand der gesamte Wahlvorstand auf und sah hinter den Holierrisch. Ich hatte den Eindruck, daß man sich überzeugen wollte, ob Gddecke nicht etwa Stimmzettel für Silberfischmidt oder einen andern Zettel, etwa mit der Aufschrift: „Wähler nur für Silberfischmidt“ dort hätte liegen lassen, da Gddecke als Sozialdemokrat bekannt war.“

An dem Tische des Wahlvorstandes saß auch ein Herr, der mir als der Direktor Giesecke bezeichnet worden ist. Dieser Herr saß mit dem Gesicht nach dem Holierrisch und mit dem Rücken nach den Schulbänken. Wer an dem Vorstandstisch saß, hatte Gelegenheit, die Wähler vom Eintritt in das Wahllokal bis nach vollzogener Wahl zu beobachten. Ob Giesecke als Wahlvorstandes stand Schulbänke. Die beiden vorderen Schulbänke waren am Stichwahltage von Leuten der Firma Rabbeitz u. Giesecke besetzt und wurden den ganzen Tag über besetzt gehalten. Auf den Bänken waren die einzelnen Klöße durch Kreidaufschriften nummeriert. Außerdem trugen die Leute der Firma Rabbeitz u. Giesecke an ihrem Rock eine Nummer, die wie ich annehme, ihrer Platznummer entsprach. Auf jeder der Bänke saßen etwa 8 Arbeiter, so daß für niemand anders dort mehr Platz war. Vor jeder Bank stand ein Aufseher der Firma. Die Leute wurden etwa alle 2 Stunden abgelöst. Die Leute haben uns erzählt, daß sie den Tag bezahlt bekamen.“

## Wahlterror.

Die Einflußnahme erstreckte sich auch auf weitere Kreise, z. B. auf die Maurer in Seehausen, die im Betriebe der Firma Rabbeitz u. Giesecke Bauarbeiten ausführten, auf die Kemlersteher Arbeiter und auf alle abhängigen Bevölkerungsteile. Nach der Stichwahl wurde ein Arbeiter mit der Begründung entlassen, weil er „Bezug bekommen“ habe. Einen sozialdemokratischen Stimmzettelverteiler hatte er in seiner Wohnung geduldet.

Diese Umstände übten auf den Ausfall der Wahl einen ungeheuren Einfluß aus. Dazu kam der sehr strenge Winter. Unsere Wahlorganisation funktionierte trotzdem ausgezeichnet und die zahlreichen Mitarbeiter aus den oft genannten Orten haben ungeheure Leistungen vollbracht.

Das Ergebnis war in der Hauptwahl 8814 Stimmen = 47,9 Prozent der abgegebenen Stimmen, und in der Stichwahl 9004 Stimmen. Auf den Gegner Rieseberg vereinigten sich alle bürgerlichen Stimmen, und dieser erhielt 9695 Stimmen.

Welchen Einfluß die Ausübung des stärksten Terrors auf das Wahlergebnis der am bestigsten bekannten Orte ausübte, veranschaulicht nachfolgende Darstellung.

	W.-Wanzleb		Seehausen		Kemlersteb.	
	sozialdemokr. Stimm.	bürgerliche Stimm.	sozialdemokr. Stimm.	bürgerliche Stimm.	sozialdemokr. Stimm.	bürgerliche Stimm.
In der Hauptwahl 1900	8	297	58	576	1	198
In der Hauptwahl 1903	42	304	125	510	7	191
In der Hauptwahl 1907	12	372	146	524	4	184
In der Stichwahl 1907	17	370	117	588	2	191

Gegen die Gültigkeit der Wahl wurde von unserer Kreisleitung Protest erhoben und eingehend begründet durch die Darstellung von 16 besonders trafen Fällen. Die Angeklagten legten mehrere Gegenprotelle ein. Die Entgegnungen auf unsere Anschuldigungen sind sehr interessant. Danach habe es der Firma Rabbeitz u. Giesecke und ihren Beamten und Angestellten natürlich vollständig ferngelegen, durch ihre Terror- und Kontrollmaßnahmen einen Einfluß auf das Wahlergebnis auszuüben.

Die geschilderten Kontrollmaßnahmen, das Nieten und Schließen der Geschäfte und Gaststätten von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, die Besetzung des Wahllokals und andres mehr sollte nur der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dienen. Im Gegenprotelle heißt es an der betreffenden Stelle:

„Gelegentlich einer früheren Wahl hatte sich der nunmehr verstorbene Arbeiter, Veteran und Kirchendiener Kempe durch den Alkoholgenuß hinreißend lassen, vor dem Wahllokal in arge Schimpfereien auszuwahren und die Ordnung zu stören. Eine größere Anzahl von Wählern kam in angetrunkenem Zustande in das Wahllokal. Eine Wahlbeeinflussung kann in der Handlungsweise des Becker nicht gefunden werden; es wird vielmehr gegenteilig behauptet, daß ein nüchternen Mensch freier überlegen kann, als ein angetrunkenen.“

Als diese unschuldvollen Anschuldigungen nur im Auge solcher Arbeiter, die sich vielleicht einen Kauf antrinken könnten, keine Gelegenheit zur Ururheinstiftung zu geben. Der verstorbene Kirchendiener konnte ja die mit seinem Rat so wenig harmonisierende Schimpfereien nicht wiederholen.

Den sozialdemokratischen Flugblattverteiler den Zutritt zu den Arbeiterkassernen zu verwehren, wird mit dem Rechte des Staatsbürgers begründet, der seine Grundstücke behüten und beschützen darf. Auch hier wird hauptsächlich der Zweck der Überperrung der Menschen verlegt.“

„Im übrigen“ sagt unwirsch ein Beamter im Gegenprotelle, „stellen sich die Urabnehmer auf den Standpunkt, daß ihnen das Recht auf Agitation genau so groß wie den Sozialdemo-

kraten.“ Von drei Zeugen, die nicht zu den Freunden der Firma Rabbeitz u. Giesecke gehören, wird gesagt: „Da sie als feindlich und parteiisch gelten müssen, könne nicht anerkannt werden, usw.“. So stellte sich diese Gesellschaft die Ermittlung der Wahrheit vor.

## Ablehnung uners Wahlprotelles.

Trotz dieser Abschwächungs-, Ablehnungs- und unsinnigen Verdrehungsversuche der Gegenproteller mußte die Wahlprüfungskommission einen Beschluß über die Gültigkeit der Wahl aussprechen und die zuständigen Stellen bitten, über acht Protestpunkte Beweisverhandlungen zu veranstalten.

Diese waren sehr umfangreich. Sieben Wahlvorstandsmitglieder und sieben Zeugen sind vom Landrat benommen. Die übrigen von folgenden Amtsgerichten: in Wanzleben 84 Zeugen, in Seehausen 6, in Ottersleben 6, in Magdeburg 4 und in Hamburg 1 Zeuge.

Es wäre sehr nützlich, wenn wenigstens die Genossen, die damals im Treffen standen, die unter Eid gemachten Aussagen der Zeugen lesen könnten. Diesen würde es ergeben wie dem Schreiber dieser Zeilen, der beim Studieren dieser Protokolle für das Seelenheil einer erheblichen Anzahl der Zeugen zu fürchten begann, wenn er sich überlegte, daß diese gelobten: die reine Wahrheit zu sagen, nichts zu verschweigen und nichts hinzuzusetzen, so wahr mir Gott helfe, Amen!

Zu dem Ergebnis der Beweisverhandlung hat die Wahlprüfungskommission am 28. Februar 1911 endgültig Stellung genommen. Der Antrag des Berichterstatters: „Die Protestbehauptung, daß eine bis ins Einzelne durchgeführte Wahlkontrolle stattgefunden habe, für erwiesen zu betrachten und die auf Rieseberg in Klein-Wanzleben, Seehausen und Kemlersteben abgegebenen Stimmen zu kassieren“, wurde mit 8 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Tagegen wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Reichstag zu empfehlen, die Wahl Riesebergs für gültig zu erklären. Der Reichstag hat diesen Vorschlag zum Beschluß erhoben.

Wald nach Beendigung dieser Tragikomödie fand im Januar 1912 die Reichstagswahl statt. Es lag fühlbar in der Luft, daß der alles beherrschende Einfluß des Kapitals wenigstens insoweit gebrochen war, als sich große Teile der Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft zum selbständigen Denken und Handeln aufgerafft hatten. In der Egeler Mühle machten die Industriearbeiter-Organisationen erfreuliche Fortschritte, und die junge, aber hoffnungsvolle Landarbeiter-Organisation unternahm in der fruchtbaren Würde ihre ersten Heberversuche. Eine größere Anzahl Versammlungslokale stand jetzt zur Verfügung. In diesem Wahlkampf ist mit einem alles überragenden Eifer gearbeitet worden und das Resultat war ein glänzender Sieg, der am Abend des Wahltages vielen alten Kämpfern Freudentränen in die Augen trieb. 11 090 Wähler = 52½ Prozent der abgegebenen Stimmen hatte die Sozialdemokratie im ersten Wahlgang auf sich vereint.

Es bleibt nun noch im Rahmen dieses Abschnittes des Parteierors übrig, einige Pflichten zu erfüllen, die aber auch sicher einem Herzensbedürfnis aller Genossen entsprechen: Zunächst ein ehrendes Gedenken den verstorbenen und den im Kriege gefallenen Kämpfern. Neben den vielen Ungenannten nicht zuletzt unsern lieben Freunde Fritz Gahn. Einen von Herzen kommenden Dank den Mitstreitern in den Orten Diesdorf, Kemlersteben, Salbte, Westerbüßen und Diesdorf, die aus dem ehemaligen Kreisverband ausgeschieden sind, für ihre treue und ausdauernde Mitarbeit, die ganz wesentlich zu unseren Erfolgen und Siegen beitrug. Und den gleichen Dank an unsre „Kassstimm“, die in allen Kämpfen treue Beraterin und Beschützerin unrer Interessen war, und viel zur Erwerbung und dauernden Fortbildung unrer Kreisbevölkerung beitrug.

Hermann Silberfischmidt

## Der Arbeiter-Gesangverein in Diesdorf.

Nach dem Falle des Sozialistengesetzes wirkte sich auch in Diesdorf wie überall noch die durch die Behörden erfolgte Hebe gegen die Sozialdemokratische Partei aus. Als es uns gelungen war, zu unserm Zusammenkünften ein Lokal zu bekommen, so wurde uns gerade durch diese Hebe im Jahre 1893 das Verzehrslokal entzogen. Unser eifriges Bestreben war, wieder ein Lokal zu erlangen. Von Zeit zu Zeit hielten wir Nachtrage bei den Wirten, uns zu unsern Veranstaltungen ihr Lokal zur Verfügung zu stellen, es war im. ohne Erfolg. Bei einer solchen Nachtrage durch Mitglieder des Klippischen Sängerbundes wurde im Jahre 1895 vom damaligen Wirte des „Weißen Hofes“, Peter Koch, wieder eine berneinende Antwort erteilt. Die Folge davon war, daß 17 Mitglieder sofort aus dem genannten Verein ausgeschieden. Sämtliche Ausgeschiedenen waren Anhänger der Sozialdemokratischen Partei.

Im Jahre 1899 erlangt das Kochsche Lokal der Genosse Hermann Silberfischmidt aus Magdeburg. Sofort waren die aus dem Klippischen Sängerbund ausgeschiedenen bei der Arbeit und gründeten den jetzt noch bestehenden Arbeiter-Gesangverein, der sich am 3. August 1899 konstituierte. Der Verein wurde sofort Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes; deswegen wurde er von gegnerischer und polizeilicher Seite aufs genaueste beobachtet. So mußte z. B. bei Festen und Konzerten jedesmal das Programm eingereicht werden, und oftmals mußte sich der Verein Erreichungen davon gefallen lassen. Schon das Singen des Hühnemannchen Liedes „Der Menschheit Erwachen“ gab der örtlichen Polizeibehörde Anlaß, dies zu verbieten, und es wurde erst genehmigt, nachdem der Vorsitzende bewiesen hatte, daß dieses Lied in ganz Deutschland ohne Beanstandung gesungen wurde.

Das Schlimmste aber, was sich eine reaktionäre örtliche Behörde erlaubte, war eine Strafangeize wegen Tragens eines Aranzes mit roter Schleife, bei dem Dahinscheiden eines unrer rührigen Mitglieder, Hermann Kollé, am 3. Oktober 1902. Die Angehörigen des Verstorbenen baten unsern Verein, am Satze sowie am Grabe zu singen. Bei der Einholung der Genehmigung zum Singen von drei Liedern im Trauerhause und am Grabe wurde diese mit dem Bemerkten erteilt, daß das Tragen von roten Fahnen und Kränzen mit roten Schleifen sowie von sozialdemokratischen Abzeichen verboten wäre.

Unsern Vereinsmitgliedern war der Verstorbenen mehr wert als das Verbot der Polizeibehörde. Sie wollten sich durchaus eine würdige Ehrung ihres besten Mitgliedes nicht nehmen lassen. Als sich der Trauerzug in Bewegung setzte, marschierte der Verein mit einem schönen großen Kranz mit roter Schleife an der Spitze. Nach Aussage des Totengravers bewegte sich dieser Zug in einer ruhigen und würdigen Weise; auch auf dem Friedhof war das der Fall. Aber damit war die Sache nicht erledigt. Durch den Gendarmen Bantz wurden die Beteiligten festgestellt und daraufhin bekamen 28 Sangesgenossen einen Strafbefehl von je 10 Mark. Gegen diesen Strafbefehl erhoben sämtliche Betroffenen Einspruch, worauf es dann zu einer Klage vor dem Gericht kam. Unre Genossen vertrat Rechtsanwalt Genosse Otto Landsberg (Magdeburg). Dieser hat es dann vor dem Schöffengericht in Magdeburg verstanden, für sämtliche Bestraften die Freisprechung zu erzielen. Hiergegen legte der Amtsanwalt Berufung ein und nun erfolgte vor dem Landgericht Magdeburg eine Verurteilung sämtlicher Beteiligten zu 6.— Mark. Der Vorsitzende, als Träger des Aranzes mit einer roten Schleife, wurde zu 10 Mark verurteilt. Dieses Urteil wurde bis zum Kammergericht angefochten, jedoch ohne Erfolg.

Wenn es Abicht der Behörden war, dem jungen Verein das Lebenslicht auszublösen, so war das mißlungen. Hilfreich sprangen uns damals die Gewerkschaften zur Seite und übernahmen emer Teil der Strafe und der Unkosten. Am stärksten war hieran der damalige Zentralverband der Maurer mit 21 Mit-



